

Nr. **3** '89

April
Postver-
triebsstück
G 7426 E
Erscheint
monatlich
19. Jahrgang
Jahresabo
33,- DM
Einzelpreis
3,- DM



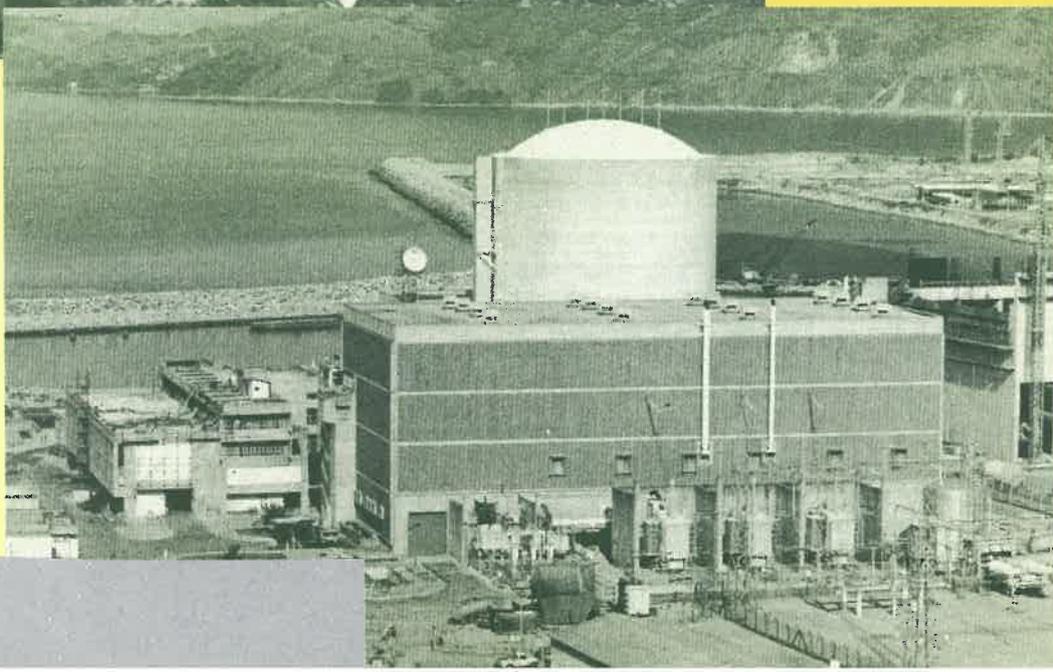
AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT



Bonner Rüstungsexport-Politik

Freihandel mit dem Tod

Afghanistan nach dem
sowjetischen Abzug
Abkommen zu
Angola/Namibia
wird umgesetzt
Internationalismus
auf neuen Wegen?



Kommentar
 Flaggezeigen gegen Fremdenhaß, Kommunalwahlrecht für AusländerInnen 3

Rüstungsexporte
 Freihandel beim Geschäft mit dem Tod 5
 Das Geschäft mit der Bombe blüht 7
 Die nukleare Kollaboration mit Südafrika wird fortgesetzt 9

El Salvador
 Das Regime steht unter Zugzwang Verhandlungsvorschlag der FMLN 10

Brasilien
 Großgrundbesitzer contra Umweltschützer 12

Paraguay
 Bleibt die Diktatur? 14

Nicaragua
 Geordnete Stillelegung des Unternehmens „Contra“? 15

Diskussionsforum Regionalkonflikte
 Beiträge von C. Pauli und L.A. Heinrich 17

Afghanistan
 Politische Übergangslösung ohne Chance? 19

Philippinen
 Drei Jahre Aquino 25

Iran
 Die Hinrichtungskommandos leeren die Gefängnisse 28

Iran – Irak
 Wie weiter mit der Solidarität? 30

Palästina
 Die diplomatische Offensive der PLO 31

Türkei
 Internationales Tribunal gegen das türkische Regime 33

Südliches Afrika
 Die Umsetzung des Angola/Namibia-Abkommens hat begonnen 34
 Abkommen Angola-Kuba-Südafrika 35
 Abkommen Angola-Kuba 36
 Westeuropäische Unterstützung für die UNITA 37

Äthiopien
 Projekt „Mein Herd für Äthiopien“ 40

Weltwirtschaft
 Die Schulden töten Kinder 41

EG – Dritte Welt
 Die gewachsene Rolle der EG 42

Sport
 Südafrika muß auch im Sport isoliert werden 44

Internationalismus
 Thesendiskussion: Internationalismus auf neuen Wegen? Beiträge von P. Wahi, R. Falk und W. Rosenke 46

Kultur
 Filmfestival in Kuba 51

Infos zur Solidarität
 Mittelamerika-Bundestreffen, Video zu El Salvador, Bücher zu Südafrika, Termine 53

Kurzinformationen
 Schuldenkrise, Jamaika, Uruguay, Westsahara, Kamputschia, Ökologie, Südasien 54



El Salvador

Ende Januar d.J. legte die Befreiungsfront FMLN einen neuen Verhandlungsvorschlag vor, dem sich die USA und das Duarte-Regime nur schwer entziehen können. Denn er beinhaltet unter bestimmten Bedingungen eine Anerkennung der diesjährigen Präsidentschaftswahlen

Seite 10



Gefahrenherd Bundesrepublik

Eine Serie von Enthüllungen wies jüngst die BRD als internationalen Gefahrenquell aus. Konzernbeihilfen zur C- und B-Waffen-Herstellung an Libyen und den Irak hier, zur Atomwaffenfähigkeit Pakistans, Südafrikas u.a. dort, kamen ans Tageslicht. Bonn mimt derweil die Unschuld vom Lande.

Seite 5



Afghanistan

Mitte Februar verließen gemäß dem Genfer Abkommen die letzten Einheiten der sowjetischen Truppen das Gebirgsland. Die moslemischen Rebellen belagern Kabul und rüsten zum Ansturm auf die städtischen Zentren. Hat Präsident Najibullah dennoch eine Chance, eine Formel für eine politische Koalitionslösung zu finden?

Seite 19

I M P R E S S U M

DRITTE WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich.
Anschrift der Reaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21/2 46 72.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.
Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp.
Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Franz Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübbers-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.
Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Helmut Groschup, Andreas Kramer-Schwitalla, Vene Maier, Ralf Pierr, Werena Rosenke, Christian P. Scherrer
Redaktionsschluss: 10. Februar 1988
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.
Titel: Gestaltung Udo Tremmel

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 08 68, 5000 Köln 51, Teletex 2 214 284 pahl.
Vertrieb: Telefon 02 21/3 60 02-0.
Adressänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.
Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird, verlängert es sich um 1 Jahr.
Sonderhefte sind als Nebenblätter beigelegt.
Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 21/ 1 60 01 37.
Druck: Plambeck & Co, Neuss.
Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtsparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: medico international, A3W, SCI, Pahl-Rugenstein, Südostasien-Informationen, ami
Fotonachweis: Luciano Valetta, Vene Maier, Newsweek, Time, El Pais, Wolfram Brönnner, USN&WR, Ralf Pierr, Times, DRITTE WELT Archiv.

**Flaggezeigen gegen Fremdenhaß
 Kommunalwahlrecht
 für AusländerInnen**



GEORG DIEDERICHS
 Redaktionsmitglied von
DRITTE WELT

Gegen den Ungeist wachsender Fremdenfeindlichkeit, wie er sich beispielsweise im Ergebnis der Wahlen zum Westberliner Senat/oder in weiteren Profilierungsversuchen von CDU und CSU nach rechts ausdrückt, zeigte die Hamburger Koalition aus SPD und FDP erfreulicherweise Flagge: Als erstes Bundesland hat die Hansestadt Anfang Februar d.J. das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen beschlossen.

Gegen den erbitterten Widerstand der CDU setzten SPD und FDP mit Unterstützung der Grün-Alternativen Liste (GAL) durch, daß künftig alle in Hamburg lebenden AusländerInnen mit mindestens achtjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik an den Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen der Stadt teilnehmen können. Damit wird 1991 erstmals für etwa die Hälfte der 180 000 in der Hansestadt ansässigen AusländerInnen die Möglichkeit bestehen, an der politischen Gestaltung ihres lokalen Umfeldes mitzuwirken.

Flagge wurde aber auch andernorts gezeigt: Nach Hamburg will Schleswig-Holstein ebenfalls das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen einführen. Zumindest haben sich die SPD und der Südschleswische Wählerverband (SSW) auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf verständigt. Danach dürfen bei der Kommunalwahl 1990 alle seit fünf Jahren im nördlichsten Bundesland lebenden Dänen, Iren, Niederländer, Norweger, Schweden und Schweizer nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit abstimmen, da in ihren Heimatländern Deutsche ebenfalls Wahlrecht genießen. Darüber hinaus beabsichtigt die SPD-Landesregierung, das kommunale Wahlrecht auch für alle anderen AusländerInnen, die eine bestimmte Mindestaufenthaltszeit in der Bundesrepublik nachweisen, bis zur Landtagswahl 1994 einzuführen.

Während vor allem die Hamburger Entscheidung von Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen und Ausländerinitiativen begrüßt wurde, kündigten Bundesjustizminister Engelhard (FDP) und Innenminister Zimmermann (CSU) unisono Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Zimmermann verstieg sich sogar zu der Aussage: „In Hamburg soll der Anfang mit der Umgestaltung der Republik gemacht werden. In Bezirken mit einem hohen Ausländeranteil hätte die deutsche

Bevölkerung bald nichts mehr zu sagen.“

Ins gleiche Horn stieß auch der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien im Bundestag, Alfred Dregger: „Das deutsche Volk, nicht die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, ist der Souverän unserer Republik. Ausländer sind Gäste, nicht Bürger und von daher auch nicht Mitbürger. (. . .) Man sollte ihnen nicht einen Teil der Herrschaft überlassen.“

Was da von maßgeblichen Repräsentanten der Bonner Rechtskoalition auch immer an „gewichtigen Bedenken“ gegen ein AusländerInnenwahlrecht aufgetischt wird, festzustellen bleibt, daß das Standardargument, das Wahlrecht sei nach Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes an die „deutsche Staatsangehörigkeit“ gebunden, „Volk“ sei „Staatsvolk“, und dies sei „deutsch“, zumindest für das „Gemeindevolk“ und die Kommunalwahlen rundheraus zu bezweifeln ist.

Denn das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, d.h. der Wille der kommunalen Parlamente, schafft selbst keine Gesetze, sondern kann sich nur im Rahmen der Gesetze bewegen, die die durch das „Staatsvolk“ gewählten Parlamente verabschiedet haben. Der Kommunalwähler übt somit höchstens mittelbare Staatsgewalt aus. Außerdem wird das „Gemeinde-“ bzw. „Bezirksvolk“ durch den Wohnsitz, nicht aber durch die Nationalität bestimmt.

Im übrigen zeigt auch ein Blick über die

Grenzen, daß das AusländerInnenwahlrecht durchaus machbar und praktikabel ist. Vorausgesetzt, der politische Wille ist dazu vorhanden. So haben z.B. Island (1963) und Schweden (1975) als erste europäische Staaten AusländerInnen das aktive und passive Wahlrecht zu Gemeinderäten eingeräumt. In Dänemark und Norwegen steht das kommunale Wahlrecht ebenfalls allen zu, ebenso in den Niederlanden. Aus keinem dieser Länder sind bisher negative Erfahrungen bekannt.

So hat denn auch das Gefasel hierzulande von den „extremen Ausländergruppierungen als Wähler“, der „Überprivilegierung der Ausländer“ und dem „Rückgang der Motivation, sich einbürgern zu lassen“ nur Ablenkungsfunktion. Denn entgegen allen statistischen Daten, die belegen, daß mindestens jede/r dritte der 4,5 Mio AusländerInnen in der Bundesrepublik geboren ist, daß heute 2,8 Mio, das sind 70 % aller AusländerInnen, länger als zehn Jahre und über ein Drittel mehr als 15 Jahre in der Bundesrepublik leben, wird ihnen allenfalls – ganz im Sinne Dreggers – der „Gäste“ status zugebilligt.

Diese „Gäste“ sind in Wirklichkeit jedoch Mitbürger, die hierzulande ihrer Arbeit nachgehen, Steuern und Sozialabgaben zahlen und nicht zuletzt mit dazu beigetragen haben, daß die Bundesrepublik heute unter den reichsten Nationen der Welt rangiert.

Die Verweigerung des aktiven und passiven Wahlrechts ist eben nur die juristische Form, in die Fremdenhaß und AusländerInnenfeindlichkeit gegossen wird. Insofern hat die Hamburger, ja selbst die Kieler Entscheidung mit all ihren Mängeln, ein deutliches Zeichen gegen den Einzug der stramm rechten „Republikaner“ ins Westberliner Abgeordnetenhaus oder die neuerliche Debatte um eine weitere Verschärfung des Asylrechts gesetzt.

Sie ist zudem eine Offensive gegen die Kandidatur der neofaschistischen DVU-Liste D und der Republikaner bei der im Juni d.J. anstehenden Europawahl. Perspektivisch heißt das allerdings auch, daß Hamburg kein demokratisches Inselchen für die in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen bleiben darf. Die übrigen Bundesländer sind daher aufgefordert, dem Hamburger Schritt zu folgen.

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird:

Radio Mandela

Stimme des ANC



Die vor über einem Jahr gestartete Spendenaktion „Radio Mandela“ kann einen ansehnlichen Zwischenstand vorweisen: Ende 1988 war sie bei nahezu einer halben Mio DM angelangt. Und sie soll 1989 fortgeführt werden.

Dies jedenfalls war der Tenor von Don Ngubeni, Direktor des ANC-Radio-Netzwerks „Radio Freedom“, der im Oktober 1988 zur Auswertung der Kampagne in der Bundesrepublik weilte. Er bezeichnete das Projekt „Radio Mandela“ gerade in der sich aktuell „zuspitzenden und wandelnden Situation“ als äußerst wichtig, gelte es doch, mit Hilfe dieses Mediums Widerstand und Bevölkerung in Südafrika rasch zu informieren. Da Pretoria vermehrt dazu übergegangen sei, „Radio Freedom“ zu stören, brauche der ANC dringend eine bessere technische Ausrüstung“.

Der Trägerkreis der Spendenaktion, der vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), der Anti-Apartheid-Bewegung und dem BUKO bis hin zum Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt reicht, ruft zu verstärkten Anstrengungen für „Radio Mandela“ auf.

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“

KINDER DES VULKANS

ALISON ACKER



Alison Acker
Kinder des Vulkans
Hrsg. Informationsbüro Nicaragua e.V., Medico International, terre des hommes Deutschland e.V.
Wuppertal/Stuttgart 1988,
224 Seiten, DM 19,80

Alison Acker, Literaturdozentin und Journalistin aus Toronto, Kanada, mehrfache Mutter und Großmutter, hat auf ihrer fünfmonatigen Reise mit Kindern und Jugendlichen Mittelamerikas gesprochen.

Alison Acker erzählt, warum die Mitschüler den 16jährigen Teenager Edith aus Honduras den »Fliegenden Kuß« nennen, warum der Indianerjunge Mash nicht mehr sprechen will und warum Elsa, das Flüchtlingskind aus El Salvador, das Spielen verlernt hat. Sie stellt David, den sieben Jahre alten »Hochstapler«, die achtjährige »Geschäftsfrau« Veronica und die honduranische Version des »Rattenfängers von Hameln« vor. Schließlich berichtet sie, was Diana im Namen der Sandinistischen Jugend vor einer Kirchengemeinde in Managua zu sagen hat.

Das Resultat ist ein engagiertes Buch, das sich ebenso an den erwachsenen wie den jungen Leser richtet. Es eignet sich ausgezeichnet zum Einsatz in der Schule, der Gruppe oder bei Seminaren, wo einzelne Reportagen herausgegriffen werden können, an denen die politische Situation eines Landes exemplarisch erarbeitet werden kann.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei:

Edition Nahua
Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1

Schmetterling Verlag
Holzhauser Str. 31, 7000 Stuttgart 80

Schmetterling Verlag
Edition Nahua

RÜSTUNGSEXPORTE

NICO BIVER

Das Libyen-Geschäft ist kein Einzelfall

Freihandel beim Geschäft mit dem Tod

Chemie-Waffenfabriken, Tornados, U-Boote und Urananreicherungsanlagen – dies sind Rüstungsgüter und Massenvernichtungsmittel, die zuhauf auf den Lieferlisten bundesdeutscher Konzerne stehen. Ein Politikum wird dies aber erst, wenn mit Libyen ein Erzfeind „unserer amerikanischen Freunde“ beliefert wird.

Als das Weiße Haus am 22.12.1988 erklären ließ, es sei „sehr besorgt“ über eine Chemie-Waffenfabrik im libyschen Rabita und ein militärischer Angriff sei nicht ausgeschlossen, hatte die Reagan-Administration gleich mehrere Ziele im Sinn. Im Vorfeld der internationalen Chemiewaffenkonferenz vom 7. bis 11. Januar d.J. in Paris, an der sich 151 Staaten beteiligten, wollte Washington sich als resoluter Gegner der weiteren Verbreitung von C-Waffen profilieren. Also wollten die USA, wie ein Regierungsvertreter erklärte, „die Angelegenheit als Bedrohung für den Weltfrieden darstellen und sie zu einem Hauptpunkt der Konferenz“ machen (1).

Grund, von ihrer eigenen C-Waffen-Politik abzulenken, hatte die US-Administration in der Tat genug. Daß die Verhandlungen über ein vollständiges Verbot der Herstellung, des Besitzes, der Weitergabe und des Einsatzes von chemischen Waffen in einer Arbeitsgruppe der UN-Abrüstungskonferenz in Genf nach neun Jahren heute auf der Stelle treten, ist u.a. durch die unnachgiebige Haltung Washingtons bedingt.

Die Sowjetunion erklärte sich 1987 mit regelmäßigen Inspektionen und Verdachtskontrollen, um ein C-Waffen-Verbot verifizieren zu können, einverstanden. Doch nun lehnen die USA radikale Kontrollmaßnahmen ab, die sie vorher selbst gefordert hatten. Zudem haben die USA 1987 die Produktion von Giftgas wiederaufgenommen, als die Sowjetunion ihre einstellte. Laut einem Bericht der „Washington Post“ ist die Produktion von 1 Mio Stück binärer chemischer Munition für Granaten, Bomben und Raketen beabsichtigt (2).

Das Washingtoner Manöver erwies sich jedoch weithin als Schlag ins Wasser. Die Hoffnung Reagans, vor der Amtsübergabe an Bush Libyen noch einmal einen entscheidenden Schlag zu versetzen, mußte spätestens dann begraben werden, als sich nach dem Abschluß zweier libyscher MIG 29 durch F 14-Kampfflugzeuge die Welt von der Ernsthaftigkeit der Drohungen überzeugen konnte. Die Verbündeten rieten von einer weiteren Eskalation ab, und die arabischen Staaten solidarisierten sich ausnahmslos mit Libyen. Washington ließ daraufhin seine Kriegsflotte abdrehen.

In der Tat war vielen unverständlich, warum es Libyen an den Krängen gehen sollte. Die Produktion von Giftgas ist nicht verboten, die USA selbst verfügen über mehr als 30 000 t chemische Kampfstoffe, und die Behauptungen wurden noch nicht einmal bewiesen. Der Irak, der einzige Staat, der in letzter Zeit nachgewiesenermaßen Giftgas einsetzte, erfreute sich hingegen der Unterstützung Washingtons im Golfkrieg. Erst nach dessen Beendigung protestierte das Weiße



Haus, als 5000 kurdische Zivilisten von Bagdad mit Giftgas massakriert wurden.

Auf der Pariser Konferenz stand dann zwar nicht Libyen im Mittelpunkt der Debatten, wohl aber die Frage der Verbreitung chemischer Waffen in der Dritten Welt, welche die USA zum Hauptproblem für eine Abrüstung auf diesem Gebiet hochgespielt haben. Die meisten Entwicklungsländer lehnten einen Abbau von chemischen Waffen in ihren Ländern ab, solange es nicht bei allen Massenvernichtungsmitteln zur Abrüstung komme.

Mit der „Atombombe des armen Mannes“, wie der frühere Generalsekretär U. Thant das Giftgas nannte, verfügen sie nicht nur über ein Abschreckungsmittel gegen die Nuklearmächte des Nordens, sondern vor allem auch gegen die heimlichen Atomwaffenbesitzer in der eigenen Region. So machten die arabischen Staaten ein C-Waffenverbot von Israels Abrüstung auf nuklearem Gebiet abhängig.

Diese Forderungen wurden im Abschlusdokument jedoch ebenso wenig aufgenommen, wie Washingtons Verlangen nach konkreten Maßnahmen, die Verbreitung chemischer Waffen zu verhindern. Die Teilnehmer einigten sich auf das vorrangige Ziel, „einen Vertrag über das weltweite, zeitlich unbegrenzt gültige Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung chemischer Waffen zum frühest möglichen Zeitpunkt abzuschließen und seine Einhaltung effektiv zu kontrollieren“ (3).

Sollte entgegen den Wünschen Washingtons dennoch Bewegung in

die Genfer Verhandlungen kommen, so wäre dies auf das Verhalten der Sowjetunion zurückzuführen. Außenminister Schewardnadse stahl seinem Washingtoner Amtskollegen Shultz in Paris die Schau, als er ankündigte, die Sowjetunion werde bereits in diesem Jahr mit der einseitigen Vernichtung ihrer C-Waffen beginnen, unabhängig davon, ob ein Vertrag zustande komme oder nicht.

Wesentlich erfolgversprechender erwies sich jedoch der zweite Teil der Washingtoner Kampagne um die angebliche C-Waffenfabrik im libyschen Rabita. Am 1. Januar d.J. berichtete die „New York Times“ unter Berufung auf Regierungsangaben, bundesdeutsche Firmen seien maßgeblich am Aufbau der Fabrik beteiligt. In Bonn taten Regierungsvertreter zunächst überrascht. „Es ist für mich überhaupt nicht denkbar“, erklärte Kanzler Kohl, „daß sich einzelne innerhalb der Bundesrepublik aus Gewinnsucht an Vorhaben beteiligen, die zumindest in Teilen der Welt friedensgefährdend sind.“ (4) Diese Ahnungslosigkeit mußte der stellvertretende Regierungssprecher Schäfer bereits am 2. Januar korrigieren. Bei einem Besuch in den USA hätten Genscher und Kohl am 15.11.1988 von der Angelegenheit erfahren. Außenminister Genscher stritt noch zwei Tage später ab, daß die Regierung über eigene Erkenntnisse vor diesem Zeitpunkt verfügt habe. Angesichts einer wütenden Kampagne in der US-Presse, wo der Bundesrepublik u.a. vorgeworfen wurde, an einem „Auschwitz in the sand“ (5) mitzubauen, näherte sich die Bundesregierung der Wahrheit.

Nach Angaben des „Spiegel“ soll der Bundesnachrichtendienst (BND) bereits 1986 über die Verwicklung bundesdeutscher Firmen in den Bau der Chemiefabrik berichtet haben. Immerhin gab Kanzleramtsminister Schäuble am 18. Januar zu, daß bereits im August 1987 der BND auf die Errichtung einer Anlage hingewiesen habe, die „mit hoher Wahrscheinlichkeit die neue Kampfstoffanlage ist“ und daß die US-Botschaft am 18.5.1988 über die Beteiligung deutscher Firmen informiert habe. Kohl selbst sei allerdings erst am 20. Oktober 1988 davon unterrichtet worden (6).

Untersuchungen liefen die ganze Zeit nur auf Sparflamme, ohne daß irgendwelche Erkenntnisse gewonnen wurden. Erst am 12. Januar d.J. wurde die Staatsanwaltschaft tätig, „weil“, so Oberstaatsanwalt Werner Botz, „in der Presse und im Rundfunk soviel kam“ (7).

Vor allem der „Stern“ hatte aufgrund von Dokumenten und Aussagen nachgewiesen, daß die eigens zu diesem Zweck gegründete Firma I.B.I. Engineering des Exil-Irakers Ihsan Barbouti die Lieferung der Chemiefabrik gemeinsam mit dem bundesdeutschen Unternehmen Imhausen Chemie GmbH aus Lahr organisiert hatte. Insgesamt sollen allein etwa 25 bundesdeutsche Firmen an der Belieferung beteiligt gewesen sein, darunter die bundeseigene Salzgitter Industriebau GmbH für die Planung sowie Siemens für elektronische Einrichtungen. Zur Verschleierung des Geschäftes hatte Imhausen als Zielort von Teillieferungen, die einen Verdacht hätten erwecken können, Hongkong angegeben. Dort sind jedoch weder die Pläne Salzgitters benutzt worden noch die Anlagen von Siemens angekommen (8).

Das Geschäft hätte wahrscheinlich kein besonderes Aufsehen erregt, wenn mit Libyen nicht gerade ein Erzfeind Washingtons mit von der Partie gewesen wäre. So gab sich Bonn gegenüber der US-Administration eine Blöße, die diese weidlich auszunutzen versteht. Gründe dafür, die Libyen-Affäre als Trumpfkarte auszuspielen und damit Druck auf Bonn auszuüben, hat Washington zur Genüge. Zu diesen zählt der Wunsch, daß Bonn der Aufrüstung mit Kurzstreckenraketen und der Übernahme stärkerer Rüstungslasten im Bündnis zustimmt.

Ein Dorn im Auge ist den USA auch die Haltung Bonns bzw. die Außenminister Genschers in der Frage der C-Waffen-Abrüstung. Auf der Pariser Konferenz hatte dieser erneut alle Staaten aufgefordert, sich zwecks Verhinderung geheimer C-Waffen-Produktion „uneingeschränkter Verdachtskontrollen der Chemiefabriken auf ihrem Territorium zu unterwerfen“ (9).

Eben dieses wird von den USA abgelehnt. Jetzt können sie aufzeigen, daß die Bundesrepublik noch nicht einmal in der Lage ist, den Export von C-Waffen-Anlagen durch die eigenen Chemiefabriken zu unterbinden.

Und schließlich wollen die USA die Bundesrepublik dazu zwingen, ihre Rüstungsexporte stärkeren Kontrollen zu unterwerfen. Dahinter steht, daß die BRD sich zu einem immer stärkeren Konkurrenten auf diesem Gebiet entwickelt und sich damit – auch im Rahmen der EG –



Die Gelnhausener Firma Imhausen organisierte das Libyen-Geschäft

auf Kosten Washingtons geopolitische Vorteile vor allem im Nahen und Mittleren Osten verschafft.

Die wahllosen bundesdeutschen Exporte im ABC-Waffenbereich bergen für die USA außerdem unwägbare Risiken. Die Verbreitung von C-Waffen macht Interventionen unkalkulierbar. Und als Atommacht hat Washington kein Interesse daran, daß weitere Staaten in der Dritten Welt in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Hier sind die Interessen der BRD anders gelagert, zumal Bonn sich auch durch die Atomexporte die Option offenhält, selbst Atommacht zu werden.

Um sich dem Druck aus Washington zu entziehen, aber auch unter dem Eindruck der aufgefliegenen Atomgeschäfte mit Pakistan u.a. (siehe nachstehenden Artikel), beeilte sich die Bundesregierung am 10. Januar d.J., eine Verschärfung der Exportkontrollen anzukündigen. Danach sollen mehr Länder unter die CoCom-Liste, die den Technologietransfer in sozialistische Länder verhindert, fallen. Der Datenaustausch zwischen den Kontrollbehörden soll verstärkt und ihre personelle Ausstattung verbessert werden. Außerdem ist geplant, das maximale Strafmaß von drei auf fünf Jahre zu erhöhen und die Geldbußen auf 1 Mio DM zu verdoppeln.

Ob das alles zu einer Verringerung der Rüstungsexporte führen wird, kann bezweifelt werden. Denn bereits früher waren meist nicht etwa fehlende gesetzliche Handlungsmöglichkeiten das Problem, sondern wurde nach dem Grundsatz des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) verfahren, „daß in die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung so wenig wie möglich eingegriffen wird“ (10). Allenfalls die in den USA übliche Umkehrung des Grundsatzes, nämlich daß jede Ausfuhr verboten ist, die nicht genehmigt wurde, könnte hier Abhilfe schaffen.

Daß Gesetzesbestimmungen allein die Rüstungsexporte nicht verhindern können, solange dafür kein politischer Wille besteht, das zeigen verschiedene Fälle der letzten Jahre. So wurde z.B. der ertappte Freiburger Exporteur Albrecht Migule, der eine Uranhexafluorid-Anlage nach Pakistan lieferte, lediglich zu acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Und auch die 1986 verhängten Strafen gegen vier Rheinmetall-Manager von 15 bis 24 Monaten auf Bewährung und 3000 bis 25 000 DM Geldstrafe wegen illegalen Exports von Flugabwehrkanonen, Munitionsanlagen und Schnellfeuergewehren nach Südafrika, Argentinien und Südafrika zeigten, daß illegale Rüstungsexporte eher als Kavaliersdelikte gelten.

Die Richter beklagten, „daß Kontrolle – wenn überhaupt – halbherzig und eben für die Wirtschaft erfolgt“ (11). Nicht nur die Libyen-Affäre zeigt, daß von den Behörden und der Regierung zunächst versucht wird, die Angelegenheit zu vertuschen, sie dann zu verschleppen und, wenn dies nicht mehr möglich erscheint, zu halbherzigen Maßnahmen zu schreiten.

Ein Beispiel dafür ist die Beteiligung bundesdeutscher Firmen am Aufbau der irakischen Giftgasfabriken. Auch damals sind die Behörden den Firmen nicht selbst auf die Schliche gekommen, sondern es bedurfte 1984 eines Hinweises aus den USA. Auch in diesem Falle wurde der Wahrheitsgehalt der Angaben bestritten.

Zur Besänftigung Washingtons wurde dann eine Verordnung ins AWG aufgenommen, die den Export von Anlagen zur Herstellung von C-Waffen verbietet. Sie ist jedoch, wie die Libyen-Affäre beweist, nur Makulatur.

Das bisher auffälligste Beispiel für die Bonner Verschleierungs- und

Verschleppungstaktik ist jedoch die Affäre um die Lieferung von U-Boot-Blaupausen durch die bundeseigenen Howaldswerke Deutsche Werft und das Ingenieurkontor Lübeck an Südafrika. Obwohl die Mitwissenschaft der Regierung in den zweijährigen Ermittlungen des U-Boot-Untersuchungsausschusses belegt wurde, obwohl für 60 Mio DM Unterlagen geliefert wurden, hat die Oberfinanzdirektion Kiel das Verfahren eingestellt.

Noch einfacher haben es die Rüstungsexporteure und auch die Kontrollbehörden, wenn es sich um sog. „Dual-use goods“, d.h. Güter, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verwendet werden können, handelt. Dies gilt nicht nur bei Chemie-Anlagen, die angeblich zur Pestizid-Herstellung verwendet werden, sondern auch für Hubschrauber, Transportflugzeuge oder Lastwagen. Jüngster Fall in dieser Kategorie ist die Lieferung von sog. Multisensorplattformen durch MBB an Südafrika.

Laut MBB-Geschäftsbericht von 1983 dienen diese „Flugbahnvermessungsanlagen . . . der Erprobung bemannter und unbemannter Waffensysteme“ (12). Dennoch wurde die Lieferung 1985 genehmigt, da sie der Flugbahnvermessung von Wetterraketen und Satelliten dienen sollen, über die Südafrika jedoch nicht verfügt.

Letztes Beispiel dafür, daß die Bundesregierung alles andere als die von ihr verkündete „restriktive Rüstungsexportpolitik“ betreibt, ist die Befürwortung und Mitfinanzierung des Verkaufs von Tornado-Kampfflugzeugen an Jordanien. Bereits die sozialliberale Koalition hatte gegenüber Frankreich und später gegenüber Großbritannien auf ein Vetorecht beim Export von gemeinsam produzierten Waffensystemen in Spannungsgebiete verzichtet.

Und auch der Ausfuhr des deutsch-britisch-italienischen Tornado stand damit kein Hindernis mehr im Weg. Bonn machte noch nicht einmal den Versuch, Großbritannien von der Lieferung abzuhalten. Zwar sollte es für diesen Export keine Hermes-Bürgschaft geben, dafür aber die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 370 Mio DM Kredite vorschießen.

Nach Protesten durch die Öffentlichkeit wurde zwar im Oktober 1988 auf dieses Vorhaben verzichtet, doch bemühten sich das Wirtschafts-, das Verteidigungsministerium und die Deutsche Bank um eine Alternative. Diese tat dann der bayerische Ministerpräsident Max Streibl in Form eines Bankenkonsortiums unter Führung der Bayerischen Landesbank auf. Sowohl Kanzleramtsminister Schäuble als

auch Staatssekretär Peter von Würzen hatten der Bank bestätigt, daß die Bundesregierung keine Einwände habe.

In Zukunft ist angesichts der zunehmenden westeuropäischen Zusammenarbeit bei großen Waffensystemen mit einer völligen Aushöhlung der bundesdeutschen Rüstungsexportbestimmungen zu rechnen. Multinational sollen sowohl der Jäger 90, der deutsch-französische Hubschrauber als auch die NATO-Fregatte gebaut werden. Angesichts dieser Entwicklung kommentierte Alfred Mechttersheimer, Abgeordneter der Grünen, bei einer Bundestagsdebatte am 27. Januar zum Tornado-Geschäft: „Die Bundesregierung ist zu einem einzigen Club von Hampelmännern der Rüstungsindustrie verkommen.“ (13)

Dies ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Margret Thatcher erinnerte „Dear Helmut“ nach der Finanzierungsverweigerung durch die KfW daran, daß es die Notwendigkeit gäbe, „die Lebensfähigkeit unserer Verteidigungsindustrie aufrechtzuerhalten, die NATO-Verteidigungsausgaben durch steigende Produktion niedrigzuhalten und außenpolitische Ziele des Westens sowohl jenseits als auch innerhalb des NATO-Gebietes zu unterstützen“ (14).

Daß genau dies auch von Bonn beabsichtigt ist, zeigen nicht nur die dann doch noch abgesicherte Finanzierung des Tornado-Geschäfts, sondern auch die wachsenden bundesdeutschen Rüstungsexporte. 1987 stiegen die genehmigten Rüstungsexporte einschließlich der strategischen Güter auf 30,8 Mrd DM, was 5 % aller Exporteinnahmen entspricht. Trotz angeblicher Restriktionen ist die BRD den Rüstungsexporturen Nummer drei und vier, Frankreich und Großbritannien, hart auf den Fersen.

Anmerkungen

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris, 23.12.1988
- 2) Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 20.1.1989
- 3) Unsere Zeit, Düsseldorf, 13.1.1989
- 4) Die Zeit, Hamburg, 13.1.1989
- 5) IHT, 2.1.1989
- 6) Vgl. Spiegel, Hamburg, 16.1.1989; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 19.1.1989 und Die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 23.1.1989
- 7) Ebenda
- 8) Siehe: Stern, Hamburg, 12. und 19.1.1989
- 9) taz, 10.1.1989
- 10) Spiegel, 9.1.1989
- 11) Die Zeit, 13.1.1989
- 12) Volkszeitung, Düsseldorf, 16.12.1988
- 13) FAZ, 28.1.1989
- 14) Spiegel, 23.1.1989

ULRICH RUPP

Neue Atomexporte aufgedeckt

Das Bombengeschäft blüht

Eine Reihe von Enthüllungen um die Jahreswende 1988/89 haben erneut deutlich gemacht, daß bundesdeutsche Firmen, größtenteils mit Wissen und Genehmigung von Regierungsstellen, militärisch verwendbare Atomtechnologien und -materialien in Länder der Dritten Welt exportieren. Hauptabnehmer der letzten Jahre waren die A-Bomben-Hersteller Pakistans.

Über den spektakulärsten Fall informierte am 21.12.1988 die Hanauer Staatsanwaltschaft. Danach soll die Gelnhausener Firma Neue Technologien GmbH (NTG) in Zusammenarbeit mit den Firmen Physikalisch Technische Beratung (PTB), Ortech und Gutekunst in den letzten Jahren Komponenten für die atomare Brennelementefertigung, Lagerbehälter für Uranhexafluorid, eine Tritium-Sammel- und Reinigungsanlage und eine kleine Menge Tritium nach Pakistan sowie andere Güter nach Indien und Südafrika geliefert haben (1).

Das gesamte Material kann für den Bau von Atombomben verwendet werden. Mit der Tritium-Anlage ist es möglich, Tritium mit einem Reinheitsgrad von 98 % herzustellen, wie es für den Bau von Wasserstoffbomben benötigt wird.

Wie weitere Enthüllungen der letzten Wochen und Monate zeigen,

ist die Lieferung von militärisch verwendbaren Materialien an Pakistan nur die Spitze eines Eisbergs. Auf den Lieferlisten bundesdeutscher Firmen stehen die meisten Staaten der Dritten Welt, die bereits über die Atombombe verfügen oder die Fähigkeit zu ihrer Herstellung aufbauen und die dem 1970 in Kraft getretenen Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind. Als Unterzeichnerland ist es der Bundesrepublik untersagt, militärisch nutzbare Atomtechnik dorthin zu exportieren, zumal deren Nukleareinrichtungen nicht der Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) unterworfen sind. Zu diesen Ländern zählen Südafrika, Israel, Indien, Pakistan, Brasilien und Argentinien (vgl. AIB 3/1988, und 5/1988).

Bereits im Sommer 1988 hatte sich der Untersuchungsausschuß des Bundestages, der den Atomskandal um die Hanauer Nuklearbetriebe (siehe AIB 3/1988, S. 3) untersucht, mit den Machenschaften

des Düsseldorfer Kaufmanns Hempel befaßt, der bereits seit 17 Jahren im Atomgeschäft ist. Er lieferte – meist auf Umwegen über Schweizer Tochterfirmen – angereichertes Uran nach Südafrika und schweres Wasser nach Indien, Argentinien, Pakistan und wahrscheinlich Israel. Schweres Wasser dient als Moderator für einen Reaktortyp, in dem aus Natururan Plutonium, d.h. Bombenmaterial, gewonnen werden kann (2).

Jedoch tummeln sich auf dem Nuklearmarkt nicht nur kriminelle Kleinfirmen, auf die die Bundesregierung gerne verweist. Im Januar d.J. wurde auch die Beteiligung von Siemens und Degussa an Nukleargeschäften mit Indien und Pakistan aufgedeckt, die mit behördlichem Segen erfolgt sind.

Der Unternehmensbereich KWU von Siemens hat Nuklearzubehör nach Indien geliefert und Know how an Pakistan weitergegeben. Damit sollen die dortigen Reaktoren, die aus den USA und Kanada stammen, in Schuß gehalten werden. Deren Regierungen hatten Lieferungen nach Indien bzw. Pakistan wegen des Atomwaffenprogramms dieser Länder untersagt (3).

In den bisher letzten Fall ist die Degussa verwickelt. Sie hat 95 kg Beryllium an Indien geliefert. Dieses wird sowohl für den Bau von A als auch von H-Bomben benutzt, um die Kettenreaktion anzuhetzen bzw. den Plutoniumbedarf zu verringern (4).

Wie immer in diesen Fällen verweist die Bundesregierung auf Lücken in den Exportgesetzen, Kompetenzwirrwarr und Unkenntnis bei den verschiedenen zuständigen Behörden und die unzureichende personelle und technische Ausstattung beim Zoll.

Allein hierin aber können nicht die Gründe für entscheidende Mitverantwortung der bundesdeutschen Atomindustrie dafür liegen, daß Länder wie Südafrika, Brasilien, Argentinien und Pakistan bereits über Atombomben verfügen oder an der Schwelle zur Atommacht stehen. Dies macht besonders das Beispiel Pakistans deutlich.

Indizien dafür, daß dieses Land die Bombe baut, gab und gibt es zur Genüge. Bereits 1965 hatte der damalige Außen- und Energieminister Zulfikar Ali Bhutto erklärt, sein Volk fresse Gras, um die Atombombe zu bauen, wenn Indien über eine solche verfüge. Als Indien 1974 seine erste A-Bombe zündete, war abzusehen, daß das mit ihm verfeindete Pakistan versuchen würde, ebenfalls in deren Besitz zu gelangen (5).

In seinem Testament, das Bhutto 1978 im Gefängnis schrieb, nachdem er vom Zia ul Haq-Regime zum Tode verurteilt worden war, hieß es: „Als ich die Regierung aufgab, um in diese Todeszelle zu kommen, befanden wir uns an der Schwelle zur vollen Atomwaffenfähigkeit.“

(6) Im Februar 1984 berichtete Zia ul Haq, Pakistan habe die Barriere zur Urananreicherung durchbrochen – eine Voraussetzung für den Bau der Bombe. Im Frühjahr 1987 schließlich enthüllte der pakistanische Atomwissenschaftler Abdul Qader Khan, sein Land sei fähig, die Atombombe zu bauen (7).

Ungeachtet dieser Informationen entwickelten sich bereits in den 70er Jahren rege Geschäfte zwischen bundesdeutschen Atomfirmen und Pakistan. Schlüsselfigur dabei war der o.g. Khan, der zwischen 1963 und 1972 in den Niederlanden und Belgien studierte. Nach seinem Wechsel zum deutsch-britisch-niederländischen Nuklearkonsortium URENCO in Almelo/NL spionierte er dort Konstruktionspläne für eine Urananreicherungsanlage und Listen von Zulieferfirmen aus.

Nach seiner Rückkehr 1975 nach Pakistan wurde er Chef des Atombombenprojektes und besorgte sich u.a. mit Zwischenstation in der Schweiz die notwendigen Ausrüstungen für eine Urananreicherungsanlage in Westeuropa.

Mitbeteiligt in der Bundesrepublik war zwischen 1977 und 1980 die Freiburger Firma CES Kalthoff. Sie lieferte u.a. eine komplette Uranhexafluoridanlage – eine Vorstufe zur Anreicherung – nach Pakistan. Fein säuberlich in ihre Einzelteile zerlegt und beim Zoll als Maschinen und Anlagen deklariert, ging die Sendung – 62 Lkw-Ladungen – via Schweiz nach Pakistan (8).

Firmeninhaber Albrecht Migule wurde im Frühjahr 1985 wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz mit acht Monaten auf Bewährung und 30 000 DM Geldbuße milde abgeurteilt. Denn zu seinen Gunsten sei zu berücksichtigen, „daß ihm die staatlichen Behörden die Tat insofern leichtgemacht haben, als der Angeklagte die Waren allesamt ordnungsgemäß verzollt hat und es zur Durchführung der Tat keiner Nacht- und Nebelaktion bedurfte. Er mußte keineswegs

besonders raffiniert vorgehen, um sein Ziel zu erreichen. Eines hohen Maßes an krimineller Energie bedurfte es nicht“ (9).

Über die Firma Heraeus-Leybold schließlich gelangte Pakistan an die Technologie für die Urananreicherungsanlage, die 1984 in Kahuta in Betrieb ging. Dort gelang es nach CIA-Angaben im Herbst 1986, waffentaugliches Uran herzustellen. Gegen Mitarbeiter der Firma wird ermittelt, Blaupausen der Firma URENCO über eine solche Anlage in die Schweiz verbracht zu haben. In den Metallwerken Buchs wurde die Anlage zusammengebaut und via Basel und Lyon an Tarnadressen in Dubai und von dort nach Pakistan geschafft.

Im Februar 1986 beschlagnahmte der schweizerische Zoll gerade

**MIT DER FREIZÜGIGKEIT IM NUKLEARHANDEL
WILL BONN NUR DIE KASSEN DER
ATOMINDUSTRIE FÜLLEN, SONDERN AUCH
DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR DEN BAU DER
EIGENEN BOMBE SCHAFFEN**

noch rechtzeitig drei Autoklaven (Stahlbehälter), um eine gerichtliche Verfolgung in Gang zu setzen. Die Baupläne wurden sichergestellt, und im März 1987 wurden Mitarbeiter der Metallwerke und der Liechtensteiner Firma Merimpex in der Schweiz wegen Verstoßes gegen die Atomverordnung zu mehreren tausend Franken Geldstrafe verurteilt. Ein Abschluß des Ermittlungsverfahrens der Kölner Staatsanwaltschaft ist nicht abzusehen (10).

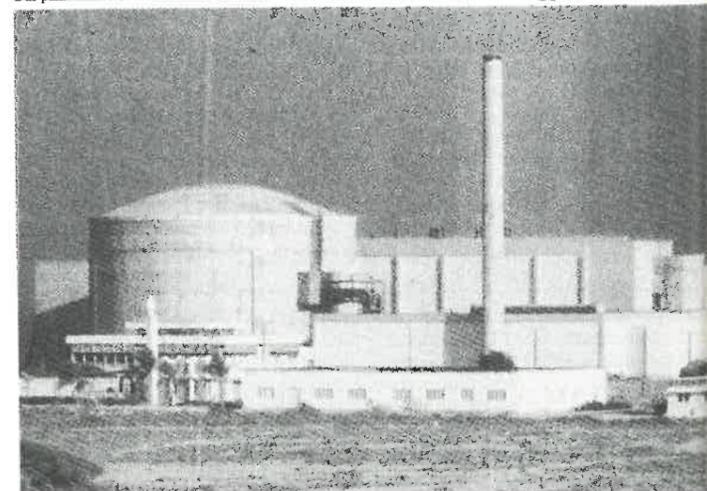
Jedoch beschränkt sich die Zusammenarbeit mit Pakistan nicht nur auf die Lieferung von Technologie. Pakistan hat bewußt tausende Spezialisten für Atomtechnologie im Ausland ausbilden lassen, um so an das nötige Know how heranzukommen. Seit 1980 befanden sich allein 55 Pakistani zur Ausbildung in den Kernforschungszentren Karlsruhe und Jülich (11).

Daß nicht geringe Kontrollmöglichkeiten und Gesetzeslücken für diese flagranten Verstöße gegen den Atomwaffensperrvertrag verantwortlich sind, sondern die Bestimmungen bewußt weit gefaßt sind, machen mehrere Fakten deutlich. Der Bundesregierung dürfte nicht entgangen sein, daß sechs Nichtunterzeichner des Atomwaffensperrvertrages – Israel, Indien, Pakistan, Südafrika, Brasilien und Argentinien – zu Atommächten aufgestiegen sind oder kurz davorstehen. Und den vier letzten gelang dies mit bundesdeutscher Hilfe! Die Ausfuhren wurden dabei in den meisten Fällen völlig legal abgewickelt, da es sich angeblich um Anlagen zur zivilen Nutzung der Atomenergie gehandelt hat.

Abgesehen davon, daß eine Trennung zwischen militärischer und ziviler Nutzung nicht möglich ist, war die Bundesrepublik immer besonders großzügig, alle Exporte in den Bereich der zivilen Nutzung einzuordnen. Während etwa die USA und Kanada die Lieferung von Technologie zur Urananreicherung und Wiederaufbereitung an Nichtunterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages ablehnen und beim Verdacht auf Entwicklung einer A-Bombe jegliche Nuklearlieferungen einstellen, hat die Bundesrepublik sogar auf die Kontrolle der von ihr gelieferten Anlagen verzichtet.

Trotz der Tatsache, daß alle o.g. Länder über ein Atomwaffenpro-

Das pakistanische Atomzentrum in Kahuta wurde mit bundesdeutscher Unterstützung gebaut



ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG

Die nukleare Kollaboration mit dem Apartheidsystem wird fortgesetzt

Illegale Atomexporte bundesdeutscher Firmen nach Indien und Pakistan machen heute Schlagzeilen. Die seit Jahren berüchtigte militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat Südafrika, der den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet und der wiederholt mit dem Einsatz der Atombombe gedroht hat, wird dabei in den Hintergrund gedrängt.

Allein in den letzten Monaten wurden folgende Kollaborationsfälle bekannt:

- Die Produktionsgesellschaft für Sondermaschinen GASA in Hösbach bei Aschaffenburg hat nach Aussage des Geschäftsführers von Nukem/Hanau, Herrn Aumüller, „vor vier Jahren“ ein Ultraschall-Rohrprüfgerät für Atomanlagen von Nukem erhalten, an Südafrika weitergeleitet und dort mitinstalliert.

- Der Direktor des „Schonland Forschungszentrum für Nuklearwissenschaften“/Südafrika, Prof. Dr. Friedrich Sellshop, ist vom Fachbereich Physik der Universität Frankfurt für die Auszeichnung mit dem Ehrendokortitel vorgeschlagen worden. „Mit Frankfurt verbindet Herr Sellshop“, heißt es in der Laudatio, „eine fast zwei Jahrzehnte lange Freundschaft. Er war oft hier in Frankfurt zu Besuch; einmal als Gastprofessor, zum anderen als Gastwissenschaftler bei der GSI (Gesellschaft für

Schwerionenforschung GmbH, d.V.).“

- Bei der GSI arbeitet z.Zt. ein theoretischer Physiker aus Südafrika.

- Die Bundesregierung schloß in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage vom 7.12.1988 „gelegentliche Besuchskontakte einzelner Wissenschaftler aus Südafrika“ in den Kernforschungszentren in Jülich und Karlsruhe nicht aus.

Seit Jahren wird in der Hanauer Atomfabrik völkerrechtswidrig Namibia-Uran verarbeitet. Die Nukem ist über eine Extraktionsanlage an der Uranmine Rössing in Namibia beteiligt und erhält bedeutende Subventionen von der Bundesregierung. Beides widerspricht dem vom UNO-Rat für Namibia 1974 verabschiedeten UNO-Dekret Nr. 1 zum Schutz der Rohstoffe und natürlichen Ressourcen Namibias.

Der Nachweis für die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika wurde seit 1975 von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC mehrfach erbracht. Zu diesen bekannten Fakten der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika zählen

- Das in der staatlichen „Gesellschaft für Kernforschung“/Karlsruhe entwickelte Trenndüsenver-

fahren zur Anreicherung von Natururan wurde über die Essener Firma Steag an Südafrika weitergeleitet. In Zusammenhang mit der Urananreicherungsanlage Pelindaba sind u.a. folgende Lieferfirmen und Lieferungen zu nennen: die Trennelemente, Kernstück der Anlage, von den Firmen Siemens und Messerschmitt-Bölkow-Blom; Verdichter von GHH-Sterkrade (MAN/Augsburg); spezielle Absperrschieber von der Kölner Firma Leybold-Heraeus und Meß- und Überwachungssysteme für Isotopenkonzentration von Varian MAT/Bremen.

- Die Firma Steigerwald/München lieferte eine Elektronenstrahlperforiermaschine für Präzisionsmetallbearbeitung.

Angesichts der Verflechtung von Wissenschaft und Militärindustrie und der so gearteten Stärkung des Apartheidregimes fordert die UNO seit Jahren einen Wissenschaftsboykott gegen Pretoria.

Wie die Explosion über dem Indischen Ozean im September 1979 beweist, ist Südafrika längst eine Atommacht geworden.

Aufgrund dieser Beweislast fordert die Anti-Apartheid-Bewegung von der Bundesregierung einen unverzüglichen Stop jeglicher atomarer und militärisch-nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika und Namibia sowie von den Justizorganen die Ahndung aller entsprechenden Straftaten.

gramm verfügen, trotz der Aufdeckung illegaler Lieferungen – bereits 1975 im Falle Südafrikas (siehe Kasten) – und trotz mehrfacher Hinweise aus dem Ausland hat Bonn es nicht nur für nicht nötig befunden, die Gesetze und Kontrollen zu verschärfen. Ganz im Gegenteil. Illegale Geschäfte werden gedeckt und verschleiert, um dem Ansehen der Konzerne nicht zu schaden.

Im Fall Hempel wurde die Bundesregierung 1981, 1985, 1986 und 1988 sowohl von den USA als auch von der Schweiz und Norwegen gebeten, zu intervenieren, Informationen zu liefern oder Nachforschungen anzustellen. Immer ohne Erfolg.

Dabei wäre es ohne weiteres möglich, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen. Die sinnvollste und effektivste wäre sicherlich, jeglichen Atomexport zu untersagen. Aber auch bei einem eng gefaßten Begriff der nur zivil nutzbaren Technologien wären wirksame Kontrollen bei entsprechendem Willen möglich. Dies beweisen nicht nur die USA und Kanada bei ihren Nuklearexporten, sondern auch die Bundesrepublik selbst, wenn es darum geht, die Ausfuhr militärisch nutzbarer Güter in die sozialistischen Länder zu verhindern (CoCom-Liste).

Sollte es bei entsprechender Verschärfung der Gesetze und Kontrollen dennoch zu illegalen Lieferungen kommen, blieben noch immer Eingriffsmöglichkeiten. „Der sicherste Weg, den atomaren Schwarzmarkt auszutrocknen liegt darin, daß die Staaten öffentlich die Rückgabe der widerrechtlichen Exporte verlangen“, schreibt Gary Milhollin, Direktor des Wisconsin-Projekts über Atomwaffenkontrolle (12).

Außerdem bliebe die Möglichkeit, wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Staaten zu verhängen, die die Atombombe entwickeln, wie es etwa die Gesetze in den USA vorsehen – selbst wenn sie dort, wie im Falle Pakistans, nicht angewendet werden.

Dies allerdings von Bonn zu verlangen, hieße, die Macht und die Interessen der bundesdeutschen Atomindustrie zu verkennen. Gerade die Wahrung ihrer Interessen ist der Grund für die liberalen Exportgesetze. „Im Nuklearbereich herrscht Freihandel“, kommentierte Hermann Bachmaier (SPD), der Vorsitzende des Atom-Untersuchungsausschusses, die gegenwärtige Lage (13). Deshalb konnten die Atomfirmen als Boykottbrecher auf Kosten US-amerikanischer und

kanadischer Konzerne Milliarden verdienen.

Deshalb ist es auch nicht wenig verwunderlich, daß in Washington die Kritik am Verhalten der Bundesregierung – und erst recht in Verbindung mit den Chemieanlagenlieferungen an Libyen – besonders harsch ist. Laut Milhollin macht sich selbst in der US-Administration die Meinung breit, „daß westdeutsche Nuklearexporture von mächtigen politischen Verbündeten geschützt werden“ (13).

Aufgeschreckt durch die in- und ausländische Kritik, will die Bundesregierung jetzt zwar ein paar zusätzliche Kontrollen einbauen und die Strafen unwesentlich heraufsetzen. Die künstliche Trennung zwischen friedlichem und militärischem Atom und damit die Fortsetzung der Atomexporte soll indes nicht beseitigt werden (14).

Die Tatsache, daß verbissen an Kalkar und Wackersdorf und damit an der sog. „zivilen“ Plutoniumwirtschaft festgehalten wird und die Weigerung, die Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“ zu übernehmen, machen deutlich, daß zumindest in der CDU/CSU weiterhin an der Option festgehalten wird, in den Besitz eigener Atomwaffen zu gelangen (15). Die Erfahrungen und das Know how, das die Atomwirtschaft bei ihrer Kollaboration mit den Herstellern von A-Waffen in der Dritten Welt sammelt, könnten hierfür unerlässlich sein.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Der Spiegel, Hamburg, 2.1.1989, und Die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 27.1.1989
- 2) Vgl. Der Spiegel, 17.10.1988, und taz, 4.11.1988
- 3) Siehe: Der Spiegel, 9.1.1989
- 4) Siehe: ebenda, 30.1.1989
- 5) Siehe: Vorwärts, Bonn, 7.1.1989
- 6) Middle East Report, New York, November/Dezember 1986
- 7) Vgl. The Observer, London, 1.3.1987
- 8) Vgl. Der Spiegel, 23.1.1989, und taz, 24.12.1988
- 9) Die Zeit, Hamburg, 30.12.1988
- 10) Vgl. Vorwärts, 7.1.1989
- 11) International Herald Tribune (IHT), Paris, 5.1.1989
- 12) Vorwärts, 29.12.1988
- 13) IHT, 5.1.1989
- 14) Vgl. taz, 11.1.1989
- 15) Siehe: Der Spiegel, 2.1.1989

HEIDI CZAPEK

Nach neuem Verhandlungsvorschlag der FMLN

Das Regime steht unter Zugzwang

Am 24. Januar d.J. legte die salvadorianische Befreiungsbewegung FMLN einen neuen Verhandlungsvorschlag vor, dem sich die USA und das Regime nur schwer entziehen können. Denn er beinhaltet unter bestimmten Bedingungen eine Anerkennung der diesjährigen Präsidentschaftswahlen.

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) hatte ihn in Mexiko Erzbischof Rivera y Damas zur Weiterleitung an Präsident Napoleon Duarte übergeben (siehe Kasten). Mit der Bekanntgabe des Inhalts war die Überraschung perfekt. Die FMLN kündigte an, die für dieses Jahr geplanten Präsidentschaftswahlen unter bestimmten Voraussetzungen anzuerkennen. Bisher hatte sie unter den gegebenen Bedingungen alle Wahlen in El Salvador abgelehnt, weil diese als Teil der US-Aufstandsbekämpfungsstrategie eine undemokratische Farce seien und letztlich nur einer Verlängerung des Krieges dienten.

Im Falle einer Verschiebung der Wahlen vom 19. März auf den 15. September, der Einstellung der Repression gegen die Volksbewegung, der Respektierung des Wahlkampfes der Opposition und der Beteiligung der Demokratischen Konvergenz (CD; ihr gehören die Parteien der mit der FMLN verbündeten Revolutionären Demokratischen Front (FDR) an) im zentralen Wahlrat werde die FMLN zur Teilnahme am Urnengang aufrufen und die CD unterstützen. Die fünf Comandantes der Guerilla fanden sich außerdem bereit, unter diesen Bedingungen das Wahlergebnis anzuerkennen. Und sie erklärten sich während der Übergangszeit einverstanden mit dem Verbleib der Regierung Duarte im Amt.

Mit dem Vorschlag versucht die Guerilla, die Tür zu einer Verhandlungslösung aufzustoßen und den seit neun Jahren andauernden Konflikt von der militärischen auf die politische Ebene zu verlagern. Der Zeitpunkt dafür ist günstig. Der Amtsantritt der Bush-Administration gibt zu Hoffnungen Anlaß, daß sich die US-Regierung vom konfrontativen Reagankurs distanziert und den Weg der politischen Problemlösung einschlägt.

Sie mußte erkennen, daß der Krieg in El Salvador mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen ist. Ganz im Gegenteil. Die FMLN beweist seit letztem Jahr eine wachsende militärische Schlagkraft – was auch vom Regime nicht mehr bestritten wird – und erhält poli-

tisch Rückendeckung von einer erstarkten Volksbewegung.

Comandante Venancio Salvatierra meinte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur „Agencia Nueva Nicaragua“: „El Salvador steht am Rand einer sozialen Explosion. Die wollen wir vermeiden, nicht weil wir nicht weiterkämpfen wollen, sondern weil wir die sozialen und materiellen Kosten dieser Auseinandersetzung verringern wollen.“

Die FMLN unterbreitet ihren Vorschlag also aus einer Position der Stärke heraus und demonstriert ihr hohes Maß an Selbstsicherheit, indem sie darauf verweist, daß sie bei einer wirklich demokratischen Wahl „ganz sicher gewinnen“ würde.

Eine friedliche Beendigung des Konflikts aber sieht sie als Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Gesellschaft: „Man muß sich . . . darüber im Klaren sein, daß wir . . . auf die vorhandenen menschlichen und materiellen Ressourcen zurückgreifen müssen, und der Krieg zerstört diese Ressourcen. Je besser es uns gelingt, diese Zerstörungen zu vermeiden, desto mehr Aussichten haben wir für die Zukunft.“ (1)

Durch ihren Vorschlag brachte die FMLN die USA und das Regime in Zugzwang, da er von ihnen verlangt, was sie selbst immer verkünden: die Achtung der Menschenrechte und freie Wahlen. Den Plan rundweg abzulehnen, würde deshalb bedeuten, die eigene Basis noch weiter zu schwächen.

Die „International Herald Tribune“ verwies am 26. Januar d.J. auf Stimmen nicht näher ausgewiesener „salvadorianischer Regierungsbeamter“, die den FMLN-Vorschlag zurückwiesen, es sich aber nicht verkneifen konnten, ihn als „politisch brillanten“ Schachzug zu werten. „Wenn die Rebellen so gut schießen würden, wie sie schreiben, hätten sie schon vor langer Zeit den Krieg gewonnen“, meinte ein Mitglied der regierenden Christdemokratischen Partei (PDC) (2).

Präsident Duarte und der Präsidentschaftskandidat der PDC, Chavez Mena, lobten zwar, die FMLN habe erstmals eine Wahl als

Mittel zur Beendigung des Krieges anerkannt. Doch gleichzeitig wiesen sie den Vorschlag als „unannehmbar“ zurück. Er sei „verfassungswidrig“, da die Verfassung die Wahlen für März vorschreibe.

Mena nannte die Forderung der FMLN nach Einbeziehung der CD in den zentralen Wahlrat „unsinnig“, da die Opposition bereits Delegierte im obersten Wahlgericht habe. (3) Darüber hinaus habe die FMLN, so Duarte, nicht den Frieden angeboten, sondern mit einer Verschärfung des Krieges gedroht.

Duartes Gegenvorschlag an die Guerilla lautete, sie solle den Friedensplan von Equipulas anerkennen, die Waffen niederlegen und sich ohne Vorbedingungen in den demokratischen Wettbewerb eingliedern. Erst dann stehe er für einen Dialog auch über einige Elemente des FMLN-Vorschlags zur Verfügung.

Erwartungsgemäß lehnte auch die rechtsradikale Nationalistische Allianz (ARENA), die über die Mehrheit im Parlament verfügt, den Plan mit dem Argument der Verfassungswidrigkeit ab. Der Abgeordnete Oberst Sigfredo Ochoa nannte ihn eine „Falle“, eine Taktik, mit der das Land destabilisiert werden solle. (4)

Mit dieser brüskten Zurückweisung des FMLN-Papiers standen die PDC und die ARENA jedoch allein. Die katholische Kirche hatte den Vorschlag schon vor seiner Veröffentlichung als „positiv und interessant“ gewürdigt. Für die CD begrüßte Rubén Zamora den Plan. Er deutete aber gleichzeitig an, das Linksbündnis werde auch dann seine Kandidatur für die Wahlen aufrechterhalten, wenn diese im März stattfinden sollten. (5)

Positiv antworteten sowohl das Permanente Komitee der nationalen Debatte, das nach der von der Kirche initiierten „nationalen Debatte“ von 62 Organisationen Ende 1988 entstanden war, als auch der Gewerkschaftsdachverband UNTS.

Mehrere lateinamerikanische Regierungen schlossen sich der Zustimmung der salvadorianischen Opposition an, da auch sie in dem Plan eine reale Chance zur politischen Lösung des Krieges sahen.

Das US-Außenministerium ließ schon vor einem Besuch des Vizepräsidenten Dan Quayle am 3. Februar d.J. in El Salvador verlauten, der Vorschlag der FMLN verdiene „ernsthaft studiert zu werden“, da er einige positive Elemente enthalte, zu denen vor allem die Abkehr der Guerilla von ihrer bisherigen Forderung nach Machtbeteiligung gehöre.

Außerdem sprachen sich die Demokraten, die den US-Kongreß dominieren, in einem Schreiben an Duarte für die Unterstützung des FMLN-Planes aus. Die drohten unverhohlen mit der Ablehnung des für dieses Haushaltsjahr vorgesehenen Hilfspaketes über 400 Mio \$. (6) Die FMLN honorierte die positiven Signale aus Washington prompt mit der Ankündigung, das zivile US-Personal in El Salvador sei nicht mehr Ziel militärischer Angriffe. Sie erklärte sich zudem bereit, den Waffenstillstand vor und nach den Wahlen auf je-

weils einen Monat auszudehnen. Die Christdemokraten waren mit ihrer Ablehnung des Plans zu weit vorgeschritten und mußten während des Besuchs des US-Vizepräsidenten ihre ablehnende Haltung ändern. Schon die Andeutungen des US-Außenministeriums hatten im herrschenden Lager El Salvadors für Verwirrung gesorgt.

Diese wurde noch verstärkt, als Quayle in San Salvador bei einem Treffen mit Duarte sowie politischen und militärischen Funktionsträgern die Menschenrechtsverletzungen ungewöhnlich scharf verurteilte und insgesamt die Situation in dem mittelamerikanischen Land in düsteren Farben zeichnete: mehr Guerilla, mehr Ermordete, eine stärkere extreme Rechte und Schwäche des demokratischen Systems. Dagegen forderte er die Stärkung demokratischer Prozesse und eine dialogbereitere Haltung; andernfalls könnten die USA mit Sanktionen antworten. (7) Die Drohung wirkte.

Die darauffolgenden Entwicklungen im herrschenden Lager machten einmal mehr deutlich, wer im Lande das Sagen hat. Duarte behauptete nun, daß er, als er von einem „Kriegsvorschlag“ der FMLN sprach, damit keine Zurückweisung gemeint habe. Dazu die spanische Zeitung „El País“: „Nun weiß niemand mehr, was er eigentlich sagen wollte.“ (8) Chavez Mena legte einen Gegenplan vor, demgemäß eine Verschiebung der Wahlen als Ergebnis einer Übereinkunft aller politischen Parteien möglich werden soll. Für den Fall des Scheiterns eines solchen Abkommens unterbreite er sogleich einen zweiten Vorschlag, der seine Wahlchancen erhöhen soll.

Im Falle seines Sieges am 19. März würde er sofort direkte Friedensverhandlungen mit der FMLN aufnehmen. Über das Ergebnis dieses Dialogs sollte dann am 15. September in einer Volksabstimmung entschieden werden.

Auch die ARENA gab ihr kategorisches Nein auf und zieht unter bestimmten Bedingungen eine Verschiebung der Wahlen in Betracht. Ihr Präsidentschaftskandidat, Alfredo Cristiani, erläuterte Quayle die weiterhin bestehende Ablehnung des Vorschlags durch seine Partei.

Ex-ARENA-Chef Roberto D'Aubuisson aber schlug schon moderatere Töne an und sprach sich für eine zeitlich befristete Amnestie für Vertreter der FMLN vom 10.-12. Februar d.J. aus, damit diese ihren Plan im Parlament vortragen und mit allen politischen Parteien diskutieren können. (9)

Grund für die veränderte Haltung der US-Administration, die sich auch in einem ersten Treffen mit FMLN-Vertretern ausdrückt, ist offenkundig eine realistischere Sicht der Lage in El Salvador. Die Aufstandsbekämpfungsstrategie der „Konflikte niedriger Intensität“ (LIC) ist offensichtlich gescheitert.

Dies drückt sich auf politischer Ebene im lähmenden Tauziehen zwischen der Regierung, den USA, dem Parlament und der Armee aus, das ein Machtvakuum hat entstehen lassen. Dieses erstreckt sich mittlerweile auch auf die mittleren und unteren Entscheidungsebenen. Aufgrund der militärischen

Vorschlag der FMLN zur Umwandlung der Wahlen in einen Beitrag für den Frieden

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) hat am 24. Januar d.J. einen neuen Vorschlag unterbreitet, um eine politische Lösung des Konflikts in El Salvador anzubahnen.

Die Generalkommandantur der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí beurteilt die Situation wie folgt:

1. Die Durchführung der letzten fünf Wahlen hat die grundlegenden Probleme des Landes nicht gelöst.
2. Das Volk hat seinen Glauben an die Wahlen verloren, weil es sie für Betrug hält und weil es der Meinung ist, daß der Konflikt nicht aufzuhalten und die schwere ökonomische Krise, die den sozialen Kampf vertieft, durch Wahlen nicht zu lösen ist.
3. Die absolute Abhängigkeit des Landes von den Vereinigten Staaten zwingt die traditionellen Parteien, Christdemokratie und ARENA, dazu, die Gunst der nordamerikanischen Regierung, statt die der Salvadorianer zu erringen.
4. Es gibt eine Tendenz zum Wahlbetrug und eine Tendenz zu Spannungen zwischen Legislative, Exekutive, Judikative und Militär. Die Debatte über das Wahlgesetz wird zu einem unlösbaren Problem. Die nächsten Wahlen werden daher zum Zündstoff für eine schwere politische Krise werden, die zu einem endgültigen Machtvakuum führen wird.
5. Die zunehmende Gewalt durch eine verstärkte Repression gegen das Volk, das Lösungen für seine Probleme verlangt, stellt die Streitkräfte vor das Dilemma, entweder Völkermord zu begehen und damit einen Aufstand zu provozieren oder das Machtvakuum und den Aufstand aus Hunger abzuwarten.
6. International gesehen werden zur Zeit die meisten Kriege auf dem Verhandlungswege beendet.

Die FMLN unternimmt letzte Anstrengungen, die soziale Explosion aufzuhalten, indem sie den Wahlen einen höheren Zweck verleiht, damit diese zu einem dauerhaften Frieden beitragen können. Sie unterbreitet daher den folgenden politischen Vorschlag:

Aufschiebung der Wahlen vom 19. März um ungefähr sechs Monate oder konkret bis zum 15. September, dem Tag der Unabhängigkeit. Sie sollen unter den folgenden Bedingungen durchgeführt werden:

1. Sofortige Einstellung der Morde, Festnahmen und der Repression gegen Demonstrationen, Streiks und jede Aktivität der Volksbewegung. Vollständige Respektierung der Wahlkampfaktivitäten aller Parteien durch die Streitkräfte.
2. Ausnahmslose Einkasernierung der Streitkräfte, der paramilitärischen Kräfte und der Sicherheitskräfte am Tag der Wahl und keine Übernahme von Aufgaben bei den Wahlen.
3. Einbeziehung der Demokratischen Konvergenz in den zentralen Wahlrat und Bildung eines Gremiums zur Kontrolle der Wahlen, bestehend aus Vertretern religiöser, humanitärer und ziviler Organisationen. Es wird Aufgabe dieses Gremiums sein, die Ordnung am Tag der Wahl zu sichern und internationale Beobachter zu ernennen und zu koordinieren.
4. Erstellung eines Wahlkodex auf der Grundlage eines Konsenses aller Parteien.

5. Festsetzung eines Wahlrechts für alle Salvadorianer, die sich im Ausland befinden, und Organisation der nötigen Voraussetzungen mit internationaler Unterstützung, damit dieses Wahlrecht wahrgenommen werden kann.

6. Die Regierung der Vereinigten Staaten muß sich abseits des Wahlprozesses halten und darf keine der Parteien unterstützen.

Die FMLN würde ihrerseits folgende Verpflichtungen eingehen:

1. Sie würde die Aktivitäten der Parteien und Wahlorgane im ganzen Land respektieren.
2. Sie würde die Bürgermeister respektieren, sofern sich diese von den Streitkräfte-Plänen lösen.
3. Sie würde eine Waffenruhe für den Zeitraum von zwei Tagen vor der Wahl bis zu zwei Tagen nach der Wahl anordnen und jedwede Kräftepräsenz aus den Ortschaften und Wahlorten zurückziehen.
4. Sie würde ihre soziale Basis dazu aufrufen, sich an den Wahlaktivitäten zu beteiligen. Sie würde das ganze Volk zur Wahl aufrufen und die Plattform und die Kandidaten der Demokratischen Konvergenz unterstützen.
5. Sie würde die Legitimität des Wahlergebnisses anerkennen.
6. Um eine Realisierung dieses Vorschlags zu erleichtern, würde die FMLN akzeptieren, daß die gegenwärtige Regierung für die gesamte Übergangszeit im Amt bleibt.

Ein Wahlprozeß, der unter den von uns vorgeschlagenen Bedingungen durchgeführt wird, würde eine nicht mehr rückgängig zu machende politische Lösung ermöglichen, die zu einem sehr bedeutenden Beitrag zum Frieden werden könnte.

Dieser Vorschlag beinhaltet Elemente, die sichtlich von der gegenwärtigen legalen Ordnung abweichen, einer Ordnung, die von den Kräften des Regimes, wie sie sich gegenseitig vorwerfen, immer wieder verletzt wird.

Wir rufen dazu auf, den Frieden über das geltende Gesetz zu stellen und machen die Kräfte mit Entscheidungsbefugnis darauf aufmerksam, daß eine Fortführung des Krieges ihre ökonomischen und politischen Interessen zum Zusammenbruch bringen wird.

Die Bedingungen, unter denen die aktuellen Wahlen durchgeführt werden, machen sie illegitim. Aus diesem Grund hat die FMLN sie abgelehnt und solange sich diese Situation nicht ändert, wird die FMLN diese Position beibehalten und sich dem Volk in seiner Ablehnung der aktuellen Wahlen anschließen. Der aktuelle Wahlprozeß verschärft den Krieg. Unser Vorschlag trägt zum Frieden bei.

Die FMLN ruft alle sozialen Kräfte des Landes dazu auf, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen und ist bereit, ihn sofort mit der Regierung, dem Parlament, den Streitkräften und allen politischen Parteien zu diskutieren.

Der Erzbischof von San Salvador, Monseñor Rivera y Damas, könnte zu einem Zustandekommen dieser Gespräche beitragen, die die von der Kirche unternommenen Bemühungen um einen nationalen Konsens ergänzen würden.

Aktionen der FMLN sind inzwischen mehr als 90 der insgesamt 262 Bürgermeister zurückgetreten.

Ein ziviles Element der LIC-Strategie ist somit zum Teil unwirksam geworden. Diese Tatsache berücksichtigt die FMLN in ihrem Vorschlag, wenn sie anbietet, die Bürgermeister zu respektieren, „sofern sich diese von den Plänen der Streitkräfte lösen“.

Grund für die politische Destabilisierung ist vor allem die wachsende Stärke der FMLN. Die Guerilla operiert mittlerweile erfolgreich in den Städten und ist in allen 14 Provinzen des Landes präsent. Die Oligarchie des Landes hat deshalb genug von US-amerikanischen Experimenten und verlangt den totalen Krieg, um möglichst rasch die Friedhofsruhe wiederherstellen zu können.

In den Streitkräften wurden mit den personellen Umbesetzungen Mitte 1988, denen auch Generalstabchef Blandón im November zum Opfer fiel, und Anfang d.J. die ARENA-Linie gestärkt, und damit der erste Schritt zur Rückkehr zu genozidartigen Formen der Kriegführung durchgesetzt. Ein Völkermord in El Salvador wie Anfang der 80er Jahre würde aber den Interessen der USA entgegenstehen, die eine demokratische Fassade in El Salvador aufrechterhalten müssen, um sich die Unterstützung ihrer Verbündeten im In- und Ausland sichern zu können.

Die Signale aus den USA für Verhandlungen mit der Guerilla und eine Verschiebung der Wahlen haben also auch den Hintergrund, daß Washington sich dadurch einen Zeitgewinn für die Konsolidierung der zerstrittenen und geschwächten Christdemokratie erhofft. Alle Wahlumfragen sagen für März einen Sieg des ARENA-Kandidaten voraus.

Ob es zu einem Dialog kommt, wird deshalb auch entscheidend von der ARENA und vor allem ihrer Hauptstütze, der Armee, abhängen. Beide wissen, daß die Ablehnung einer Verhandlungslösung unpopulär ist, und daß das Überleben des Regimes von den Dollars aus Washington abhängt.

Diese Lage widerspiegelt auch die Haltung der Armee zum FMLN-Vorschlag. Am 7. Februar d.J. erklärte Verteidigungsminister Vides Casanova, der Plan sei „wenig ernsthaft“, weil es Teil der Strategie der Aufständischen sei, eine Insurrektion zu provozieren und die Armee zu spalten“. Die Armee würde aber einen Gegenvorschlag der Politiker unterstützen, wenn dieser die Verfassung nicht verletze.

Die Möglichkeiten einer Verhandlungslösung sind damit erschwert. Ob es zu einer Beendigung des Krieges kommt, hängt deshalb entscheidend von der Stärke der FMLN ab und damit auch von der Unterstützung, die sie aus dem In- und Ausland erhält.

- Anmerkungen**
- 1) ANN-Wochenbulletin, Managua, Nr. 142/31.1.1989
 - 2) International Herald Tribune, Paris, 26.1.1989
 - 3) Süddeutsche Zeitung, 26.1.1989
 - 4) Die Tageszeitung, West-Berlin, 27.1.1989
 - 5) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28.1.1989
 - 6) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.1989
 - 7) Vgl. El País, Madrid, 5.2.1989
 - 8) Ebenda
 - 9) Vgl. Le Monde, Paris, 3.2.1989

PETER GARCIA

Großgrundbesitzer contra Umweltschützer

Hintergründe eines angekündigten Mordes

Am 22. Dezember 1988 erschütterte eine Sondermeldung Brasilien: In Xapuri, im fernen Bundesstaat Acre, hatten gedungene Mörder auf den 44jährigen Gewerkschafter und Umweltschützer „Chico“ Francisco Alves Mendes Filho geschossen. Er starb vor den Augen seiner sechsjährigen Tochter Helenira und seines dreijährigen Sohnes Sandino.

Mendes war Präsident des Nationalrats der 70 000 Gummizapfer Brasiliens, Vorsitzender der Landarbeitergewerkschaft von Xapuri, Gründungsmitglied der Arbeiterpartei (PT) in Acre sowie Mitglied des Gewerkschaftverbandes CUT. 1988 wurde er aufgrund seines unermüdlchen Einsatzes für die Erhaltung des tropischen Regenwaldes und für die Rechte der Indios zum Ehrenbürger von Rio de Janeiro ernannt.

Für diese Tätigkeit war er auch international geehrt worden, u.a. 1987 von der UNO mit der Auszeichnung „Global 500“. Seit 1985 beriet er die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) in Umweltschutzfragen, um Kredite für umweltschädliche Entwicklungsprojekte zu verhindern. 1987 suspendierte z.B. die IDB auf Mendes' Intervention hin ein Darlehen an die brasilianische Regierung für den Bau einer Fernstraße in Acre, weil Auflagen zum Schutz des Urwaldes und der Indianerreservate nicht erfüllt worden war.

Bei alledem blieb Mendes als Sohn eines Gummizapfers, der selbst mit dieser Arbeit sein Brot verdiente, immer ein bescheidener Mann. Wie die anderen Seringueiros (Gummizapfer) seiner Region – in Acre gibt es 23 000 – legte auch Mendes täglich bis zu 30 km zurück, um in den Wäldern Rohgummi zu sammeln.

Ein Schulbesuch war in seiner Jugend nicht möglich gewesen: Deshalb konnte er erst mit 24 Jahren Lesen und Schreiben lernen. Sein Lebensstil entsprach dem seiner Kollegen. In seinem einfachen Dreizimmerhaus gab es nicht einmal fließendes Wasser.

Während er international selbst von Staatschefs geachtet wurde, stießen seine gewaltfreien Aktionen zum Schutz des Urwaldes bei der brasilianischen Regierung – und noch mehr bei den Großgrundbesitzern – auf herbe Kritik. Chico Mendes ist der Erfinder des sog. „empate“ (auf deutsch etwa „unentschieden“ oder „remis“).

Empate bedeutet, daß sich Gummizapfer und Indios mitsamt Familien den riesigen Räumtraktoren und Planiermaschinen, mit denen die Urwälder niedergewalzt werden, unbewaffnet in den Weg stellen. Dann wird den Bedienungsmannschaften erklärt, welchen Schaden sie der Umwelt zufügen, um sie zur Einstellung der Abholzung zu bewegen. Natürlich funktioniert diese Methode nicht immer; trotzdem waren 15 von bisher 45 Aktionen erfolgreich. Dadurch konnten 1 200 000 ha Dschungel gerettet werden.

Der Tod von Chico Mendes kam nicht unerwartet. Bei einem Prozeß, den er gegen den Großgrundbesitzer Darli Alves da Silva geführt hatte, stellten die Richter eine Fälschung der Grundbesitzurkunden fest; die entsprechenden Ländereien wurden deshalb enteignet. Als dazu noch eine erfolgreiche Empate-Aktion gegen Darli und seinen Bruder Alvarino Alves da Silva kam, schworen

die beiden in aller Öffentlichkeit, sich an Mendes zu rächen. Da sie bereits in den Bundesstaaten Paraná und Minas Gerais wegen Mordes an Landarbeitern gesucht wurden, wußte jeder, was mit „Rache“ gemeint war.

Obwohl die örtlichen Polizeibehörden vom Richter der Stadt Umuarama in Paraná drei Monate vor dem Mord aufgefordert worden waren, die Brüder Alves da Silva zu verhaften, unternahm sie nichts gegen die beiden Landbarone; sie verfügten lediglich Polizeischutz für Mendes. Am Tag des Attentats saßen die beiden zum Schutz abgestellten Militärpolizisten in Chico Mendes' Haus beim Abendessen. Bis sie reagierten, waren die Mörder schon im Dunkel der Nacht verschwunden.

Als Tage später der Landbesitz der beiden Brüder Alves da Silva durchkämmt wurde, fand sich zwar von ihnen keine Spur; dafür entdeckten die Behörden in einem Wehr auf dem Landbesitz der beiden die Leichen von mehreren Männern – wahrscheinlich Gummizapfer, die bei früheren Konflikten von den Jagunços, den bezahlten Killern der Großgrundbesitzer, umgebracht worden waren.

Drei Wochen nach dem Mord stellte sich Darli Alves der Polizei; auch sein Sohn Darcy

sitzt bereits ein. Trotzdem wird das Kernproblem auch dann nicht gelöst sein, wenn der noch flüchtige Bruder geschnappt werden sollte. Denn die Alves-Familie mit ihrer mittelalterlichen Feudalherren-Mentalität ist nichts weiter als ein typisches Beispiel für Brasiliens Großgrundbesitzer-Kaste. Der Vorsitzende der Regionalorganisation des ultrakonservativen Verbandes der Großgrundbesitzer, União Democrática Ruralista (UDR), versuchte anschließend, seine Hände in Unschuld zu waschen. Obwohl die Brüder Mitglieder des Verbandes seien, würde der Verband ein solches Vorgehen nicht gutheißen.

Dieser Darstellung widersprach der Bischof von Rio Branco, Dom Moacyr Grechi, mit aller Entschiedenheit: „Es gibt keinen Zweifel, daß hinter diesen Morden die UDR steht. Sie fordert diese Konflikte heraus, ermordet die Führer, wobei sie immer mit der Nichteinmischung oder der Mittäterschaft der konstitutionellen Gewalten rechnen kann. Wir leben heute in einer schlimmeren Zeit als der des Ausnahmezustandes. Wir leben in einer Zeit der Straffreiheit für Verbrecher.“

Kein Wunder, daß inzwischen auch das Leben des Bischofs bedroht ist.

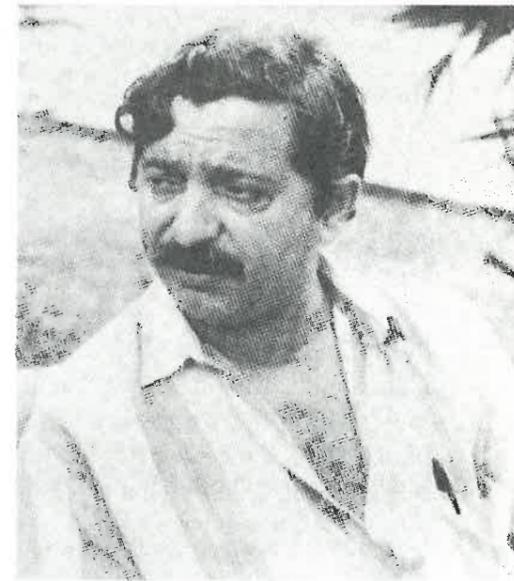
Die Gewalt der Großgrundbesitzer gegen Gummizapfer, Landarbeiter und Landbesitzer – und gegen die Priester der Organisation Pastoral da Terra – hat nach Angaben der Kirche seit 1980 über 2 000 Tote gefordert. Diese Zahl ist jedoch längst nicht vollständig, weil in dem Riesenland Brasilien viele dieser Morde nie bekannt werden. Außerdem sind nicht die Hunderte von Indios berücksichtigt, die der Landgier der Großgrundbesitzer zum Opfer fielen.

Dazu kommen noch Zigtausende, die durch den Terror der UDR-Killer in die Elendsviertel der Großstädte verjagt werden – unter ihnen auch 10 000 Gummizapfer. Ein Mord ist übrigens eine Ausgabe, die sich jeder Großgrundbesitzer leisten kann: Er kostet umgerechnet nur 25 \$.

Aber die Großgrundbesitzer Brasiliens lassen nicht nur Menschen umbringen. Durch das von ihnen mitgetragene massenweise Abholzen und Abbrennen der Urwälder wird allmählich die „grüne Lunge“ unseres Planeten zerstört – mit noch nicht absehbaren Folgen für die ganze Erde. Alleine 1988 wurden in Brasilien 200 000 km² Urwald vernichtet.

Einen beträchtlichen Teil davon opferten – mit einer Profitmentalität aus der Steinzeit des Kapitalismus – die Großgrundbesitzer, um riesigen, extensiv genutzten Weideflächen Platz zu machen. Deren Hektar-Erträge sind mit 50 kg Fleisch im Jahr geradezu lächerlich, wobei das meiste davon dann auch noch zu Billigpreisen an ausländische Hamburger-Ketten oder Tierfutterfabriken verschelbt wird.

Dabei besitzen die Latifundisten Brasiliens eigentlich schon genug Land: 1 % der Bevölkerung verfügt dort über 50 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Eine Landreform ist weiter entfernt als je zuvor; die Lobby der Großgrundbesitzer in der verfassungsgebenden Versammlung hat in die neue Ver-



Der ermordete „Chico“ Mendes

fassung in ihrem Sinn Passagen aufnehmen lassen, die sogar die halbherzige Landreform des Präsidenten Sarney zu einem Kampfprogramm machen.

Durch die Verhinderung der bitter notwendigen Agrarreform und die zusätzliche Vertreibung zahlreicher Kleinbauern sind die Großgrundbesitzer unmittelbar für eine weitere Ursache der Zerstörung des Tropenwaldes verantwortlich: Die Brandrodungen der „Sem-Terras“, der Hunderttausenden von Landlosen, die darin ihre einzige Überlebensmöglichkeit sehen.

Schließlich tragen auch die großen Industrialisierungs-, Elektrifizierungs-, Fernstraßen- und sonstigen Prestigeprojekte der Regierung in großem Maße zur Zerstörung des Urwaldes bei. Dem rücksichtslosen Raubbau an Bodenschätzen werden jährlich Flächen von der Größe Österreichs geopfert – in der Regel mit Hilfe der internationalen Kreditinstitute, Geschäftsbanken und der Unternehmen der Industrieländer.

Das größte dieser Projekte, der Bergbau- und Verhüttungskomplex Carajás, soll einmal 10 % der Fläche ganz Brasiliens bedecken. Die ersten beiden Eisenhütten dieses Projektes wurden Ende des vergangenen Jahres in Betrieb genommen; 26 weitere sollen folgen. Und da es dort keine Kohle gibt, wandert stattdessen der Urwald in die Hochöfen: in der Endphase 220 000 ha jährlich.

Es wäre jedoch nicht korrekt, die ganze Verantwortung dafür der Regierung Brasiliens aufzubürden. Hinter all dem steht der Zwang, unablässig die Exporte zu steigern, um immer mehr Devisen für die Bedienung der gigantischen und immer weiter wachsenden Auslandsschuld von 120 Mrd. \$ zu verdienen.

Deshalb haben Sitzungen des Bundestags zur „Rettung des tropischen Regenwalds“ – wie im Januar d.J. – eher den Effekt von Karnevalsveranstaltungen, solange die Bundesregierung nicht öffentlich und weltweit für eine drastische Reduzierung des Schuldendienstes eintritt.

Brandrodung im Amazonas-Gebiet



ALEKS J. ARNDT

Putsch gegen Stroessner

Bleibt die Diktatur?

In der Nacht zum 3. Februar d.J. wurde in Paraguay der vorletzte und „dienstälteste“ Diktator Südamerikas, Don Alfredo Stroessner, durch einen Militärputsch gestürzt. Die „Befehlsgewalt über das Land“ übernahm der Schwiegervater seines jüngsten Sohnes, Heeresgeneral Andrés Rodríguez, Befehlshaber des 1. Heereskorps.

Rodríguez beeilte sich zu versichern, daß die Demokratie wiederhergestellt und die Menschenrechte respektiert würden. Vor der Presse in Asunción kündigte er an, daß am 1. Mai d.J. Wahlen stattfinden würden.

Dieser Putsch kam überraschend, aber nicht unerwartet. Schon lange zeichnete sich ab, daß Stroessner zunehmend in eine innere und äußere Isolierung geriet. Eine Spaltung der regierenden Colorados in sog. „Traditionalisten“ und „Militante“ ist seit 1987 augenfällig. Sie entzündete sich an der immer offener gestellten Frage nach der Nachfolge Stroessners, der aufgrund seines fortgeschrittenen Alters (76) und seines Gesundheitszustandes schon seit geraumer Zeit nicht mehr in der Lage war, das auf ihn zugeschnittene System der Diktatur noch vollständig unter Kontrolle zu halten.

Während die „Militanten“ sich für den ältesten Stroessner-Sohn, Oberstleutnant Gustavo Adolfo Stroessner, aussprachen, neigten die „Traditionalisten“ zur Rückkehr zu einer zivilen Regierung. Bei den Parteivorstandswahlen im August 1987 kam es zur offenen Auseinandersetzung, als Polizeikräfte namhafte Vertreter der „Traditionalisten“ – darunter auch Rodríguez – am Betreten des Tagungsgebäudes hinderten und dadurch den „Militanten“ die Vorstandsmehrheit sicherten.

Gleichzeitig mit der zunehmenden Schwäche der Stroessner-Diktatur kam es zu einem allgemeinen Aufschwung des Volkswiderstandes, ermutigt durch den Übergang der Nachbarländer Brasilien, Argentinien, Bolivien und Uruguay zu Formen bürgerlicher Demokratie.

Trotz der brutalen Repressionsmethoden („Verschwindenlassen“ von Gefangenen usw.) wuchsen die Protestaktionen der Bauern, Studenten und Arbeiter im Land immer mehr an. Neue linke Bewegungen wurden gegründet, wie z.B. die Paraguaysche Befreiungsbewegung Rodríguez de Francia (MOPALI) und die Demokratische Volksbewegung (MDP).

Es wurden Tendenzen zu einer stärkeren Koordinierung der Opposition sichtbar, u.a. in einem Aufeinanderzugehen der 1978 ins



Andrés Rodríguez, neuer Diktator oder demokratischer Präsident?

Leben gerufenen Nationalen Übereinkunft (AN; Koalition aus vier bürgerlichen Parteien) und der Kommunistischen Partei (PCP). Zwischen ihnen kam es im Juli 1988 zu einem Briefwechsel zur Programmatik der Opposition.

Eine starke Kraft stellte innerhalb der Opposition die katholische Kirche dar, die unter der Führung des Erzbischofs Ismael Rolón unaufrichtig die Menschenrechtsverletzungen der Diktatur anklagte und den Opfern half, besonders den landlosen Bauern und den politisch Verfolgten.

Nahtlos fügt sich der Putsch auch in die Bestrebungen der USA ein, sich allzu diskreditierter Figuren in ihrem Einflußbereich zu entledigen, um revolutionären Entwicklungen vorzubeugen. Unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Drogenschmuggel“ hatten die USA schon seit längerem offene und diskrete Beziehungen zu Teilen der Anti-Stroessner-Opposition. Mit Clyde Taylor hatte Reagan demonstrativ einen ehemaligen Drogenfahnder als Botschafter nach Asunción geschickt. Der Rauschschmuggel, der weitgehend von Militärs kontrolliert wird, erreicht in Paraguay Größenordnungen in der Höhe der offiziellen Handelsbilanz.

Der jetzige US-Botschafter Towel wurde weithin belächelt, als er gegenüber Stroessner äußerte: „Ich werde rastlos mit Ihrer Regierung zusammenarbeiten, um unser ge-

meinsames Ziel zu erreichen, den scheußlichen Drogenverkehr für immer auszurotten“. In Asunción pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß gerade Stroessner und Rodríguez Chefs des „narcotráfico“ sind. Rodríguez scheint aber nicht der Wunschkandidat Washingtons für einen „Stronismo (1) ohne Stroessner“ zu sein, denn Marlin Fitzwater, Sprecher des Weißen Hauses, meinte dazu: „Wir möchten unsere Beziehung zu ihm zu diesem Zeitpunkt nicht charakterisieren.“ (2) Zur jetzigen Entwicklung hatten sich bereits im Oktober 1988 oppositionelle Kräfte geäußert. So sprach der Führer der Authentischen Radikal-Liberalen Partei (PLRA) Domingo Laino von „Drogengeneralen vom Typ eines Andrés Rodríguez, der vorhat, Stroessner als Chef der Diktatur nachzufolgen.“ (3)

Und die PCP erklärte: „Es ist möglich, daß jetzt, da die Stroessner-Diktatur angeschlagen ist und von allen abgelehnt wird, diese allmächtigen Söldner die Verantwortung nur auf Stroessner und seine Verwandten abwälzen wollen, ihre Hände in Unschuld waschen und sich als Retter und Demokraten in letzter Stunde präsentieren, durch eine Militärjunta zur Sicherung des Weiterbestehens der Diktatur.“ (4)

Der Zeitraum bis zu den Wahlen ist angesichts der Vielschichtigkeit und der Widerspruchsfülle von alten und neuen Oppositionskräften und der unterentwickelten Infrastruktur im Lande viel zu kurz, um sich auf einen gemeinsamen Kandidaten und ein gemeinsames Programm einigen zu können. Die Colorado-Partei hingegen verfügt über eine landesweite Struktur und hat mit der demokratischen Demagogie von Rodríguez alle Chancen, bei der im Moment herrschenden Stimmung im Lande den Wahlsieg zu erringen. Nach der paraguayischen Verfassung erhält zudem die stärkste Partei automatisch 66 % der Parlamentssitze.

Alarmierend ist auch die Ankündigung von Rodríguez, alle Parteien „außer den kommunistischen“ könnten kandidieren. Angesichts eines lange bestehenden „Schubladengesetzes“ gegen den Kommunismus, das es erlaubt, jede beliebige Oppositionspartei mit dem Vorwurf „kommunistischer Betätigung“ zu verbieten, könnte die Befürchtung der PCP wahr werden: „Ohne Freiheit für Kommunisten gibt es und wird es keine Freiheit für niemanden geben.“

Hoffnung für die Demokratie in Paraguay besteht jedoch angesichts der Wiederzulassung der oppositionellen Zeitung „ABC-Color“, der Wiederzulassung des Senders „Radio Nanduti“ und der Massenbewegung, deren Kraft mit den bisherigen Mitteln der Diktatur nicht mehr eingedämmt werden kann.

Rodríguez, der von der Weltöffentlichkeit weitreichende Versprechungen gemacht und sehr wenig Spielraum hat, könnte von der selbst ausgelösten Entwicklung überrollt werden.

Anmerkungen
1) Spanische Bezeichnung für den „Stroessnerismus“
2) International Herald Tribune, Paris, 5.2.1989
3) Adelante, o.O., Nr. 267/November 1988
4) Manifest der PCP an das Volk, zitiert nach: Adelante, a.a.O.

INTERVIEW MIT CLEMENS RODE

Konfliktfall Nicaragua

Geordnete Stillelegung des Unternehmens „Contra“?

Clemens Rode, Verfassungsrechtler, Beauftragter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Managua und Berater des Vermittlers Hans-Jürgen Wischniewski (Sozialistische Internationale) bei den Friedensverhandlungen der Sandinisten mit der Contra, gehört zu den Insidern des Friedensprozesses in Mittelamerika. Im Gespräch mit Christian P. Scherrer in der nicaraguanischen Hauptstadt bilanzierte er den Zwischenstand und die Aussichten der politischen Lösungssuche.

Frage: Herr Rode, Sie sind Berater von Hans-Jürgen Wischniewski, der bei den Friedensverhandlungen der nicaraguanischen Regierung mit den Contras als ausländischer Beobachter teilnimmt. Wie stellt sich grosso modo die Situation nach dem Scheitern der Sapoa-Verträge dar? Die Einflußnahme der USA über Bermudez, den starken Mann der Contra, geht offenbar weiter. Festgestellt werden kann ein klarer Wille der Contra-Führung um Bermudez, die Verhandlungen zu sabotieren, um Zeit zu gewinnen und abzuwarten, wie die neue US-Regierung sich auf die Situation in Mittelamerika einstellen wird.

C. Rode: Die Situation war folgende: Alle Welt und alle Nicaraguaner haben zu hohe Ansprüche an die Geschwindigkeit der Verhandlungen gestellt. Direkte Verhandlungen haben am 28. Januar 1988 angefangen. Nach den ersten Direktverhandlungen sind noch nicht einmal fünf Monate vergangen, als es zum Abkommen von Sapoa kam.

Dies alles ist in ungeheurer Geschwindigkeit gelaufen, wenn man mit anderen ähnlichen Verhandlungsprozessen, früher Algerien, heute Afghanistan, Angola usw., vergleicht, alles Prozesse, die viel langsamer waren.

Frage: Dazu kam es zu Zugeständnissen der Sandinisten, die niemand erwartet hat.

C. Rode: Mit Zugeständnissen der Sandinisten, die man nur dann nicht hätte erwarten können, wenn man gemeint hätte, hier handele es sich um ein autoritäres System. Dies ist nie die Absicht der Sandinisten gewesen. Also, es gibt eine Verfassung, die eine nicaraguanische Demokratie mit ihren Eigenheiten vorsieht.

Diese Verfassung muß sowieso noch ausgefüllt werden, weil ungeheuer viele Artikel von Ausführungsgesetzen sprechen. Jetzt werden diese Ausführungsgesetze gemacht, wie im Falle der Gemeindewahl, und ganz viele Ausführungsgesetze folgen. Und das wird hier das Parlament Stück für Stück langsam bewerkstelligen. Dies erstaunt schlecht infor-

mierte Kreise im Ausland.

Wenn die Sandinisten immer wieder in die Offensive gegangen sind in bezug auf politische Punkte in den Verhandlungen und Verhandlungsvorschlägen, dann haben sie einfach nichts anderes getan als aufzuzeigen, welche Schritte sie ohnehin noch machen müssen nach ihrer Verfassung, und welche Schritte sie zu machen bereit sind. Hier ist das Neue daran, daß man gesagt hat: Wenn wir uns auf einem Weg in den abschließenden Waffenstillstand befinden, dann ist auch die Beteiligung der politischen Gruppen der Contra im nationalen Dialog denkbar.

Frage: Glauben Sie, daß die Contra-Führung sich inzwischen darauf einrichtet, daß ihre Firma zumacht, vor allem vor dem Hintergrund des Regierungswechsels in den USA?

C. Rode: Ob alle Kreise der Contra sich darauf einrichten, ist unklar. Aber die Verhandlungen sind nur deshalb so gelaufen wie sie gelaufen sind, weil große Teile der Contra-Führung beim Vorliegen bestimmter politischer Voraussetzungen bereit waren, ihren bewaffneten Kampf gegen die Regierung von Nicaragua einzustellen.

Sie kämpften in den Verhandlungen um diese Voraussetzungen, um das Erlangen einiger Bedingungen. Die Absicht ist, die bewaffneten Versuche zur Lösung eines politischen Konflikts zu einem Ende zu bringen und in die politische Arena einzusteigen.

Frage: Können Sie sich Enrique Bermudez als Politiker in Nicaragua vorstellen?

C. Rode: Ich kann mir Bermudez weder als Politiker noch in Nicaragua vorstellen, weil es sich nicht um eine nicaraguanische kriegführende Partei handelt, sondern um bekannte Interessen einer Weltmacht, weil die Reagan-Administration, insbesondere Reagan selbst in einer ersten Wahlkampagne, gesagt hat, die Sandinisten müßten weg.

Dieses Ziel hat die US-Regierung nach meiner Einschätzung bislang, jedenfalls zum Teil, noch nicht aufgegeben.

Frage: Teile der US-Regierung haben offen

und direkt auf ein Scheitern der Verhandlungen zwischen den Sandinisten und der Contra hingearbeitet.

C. Rode: Die letzten Verhandlungen (in Managua vom 7. bis 9. Juni 1988) sollten abschließend scheitern, wenn es nach Elliot Adams und anderen Hardlinern der US-Administration gegangen wäre. Und dies sollte folgendermaßen gemacht werden: Öffentlich wurde grünes Licht für eine Verhandlungslösung erteilt, aber den politisch-militärischen Hardlinern in der Contra-Führung um Bermudez wurde gesagt: „Versucht die Verhandlungen zu sprengen!“

Die US-Regierung hat aber öffentlich erklärt, sie wäre für eine Verhandlungslösung.

Interviewpartner C. Rode (l.) und H.J. Wischniewski in Managua





Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Sapoa. Wischniewski unterzeichnete als Zeuge

Daraufhin haben zivile Contra-Führer an vielen Stellen und öffentlich erklärt, sie wären auch für eine Verhandlungslösung. Da konnte bei einem Zusammenbruch der Verhandlungen nur einer die Schuld haben: die sandinistische Regierung.

Frage: Wie wird es in Sachen Waffenstillstandsabkommen mit der Contra weitergehen? Die Zeit bis zur Einschöpfung des neuen Präsidenten und bis zur Erlangung der Handlungsfähigkeit der neuen US-Administration wird wahrscheinlich durch „low profile“ gekennzeichnet sein. Mit dem Ablauf der sog. Schonfrist der ersten 100 Tage, also gegen Anfang Mai 1989, dürften Entscheidungen anstehen.

C. Rode: Der Gewählte wird weiterhin mit einem von der Demokratischen Partei beherrschten Kongreß regieren. Es gibt Kräfte im Kongreß, möglicherweise die Mehrheit, die das Problem Nicaragua gelöst haben möchte, in bezug auf die Contra. Sie möchten es auch deshalb gelöst haben, weil die Lösungsmöglichkeiten klar auf dem Tisch liegen.

Hier ist im Grunde keine verfahrenere Situation: Also, die Lösungsmöglichkeiten sind auf dem Tisch, warum sollte man sie nicht ergreifen?

Frage: Insbesondere da von einer veränderten Weltlage auszugehen ist, und da mit dringenden Problemen „zu Hause“, wie der zunehmenden öffentlichen und privaten Verschuldung, dem permanenten Zahlungsbilanzdefizit und einer erneuten Dollarschwäche, gerechnet werden kann. Die USA haben sich kaputtgerüstet.

C. Rode: Gleichzeitig geht der US-Administration längerfristig das Feindbild verloren, weil die Sowjetunion ihre Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt umgestellt hat und weiter umstellt.

Es ist zunehmend nicht mehr plausibel, daß hier angeblich ein Satellit des Ostblocks auf dem amerikanischen Kontinent installiert werden soll. Geopolitisch sind die Bedingungen für die Friedensfindung in Nicaragua recht günstig.

Je mehr die Contra wartet, desto weniger

politisches Verhandlungskapital wird sie haben, weil die parlamentarischen Prozesse in Nicaragua wie geplant und ganz beständig weitergehen.

Frage: Nach den US-Wahlen, insbesondere mit Bush an der Regierung, besteht weiterhin eine Möglichkeit, daß die Contra offizielle militärische Unterstützung erhält, nebst Zuwendungen über die Geheimdienste und aus dem Drogenhandel.

C. Rode: Diese Möglichkeit gibt es. Bush ist außerordentlich verletzlich auf zwei Gebieten: Außenpolitik und Drogenhandel. (...) Er kämpfte in seinen Reden heftig gegen Drogenhandel, und er sagte, daß er eine außenpolitische Kompetenz hätte, die Dukakis nicht habe.

Es gibt so viele Informationen gerade hier aus Mittelamerika, daß George Bush entweder ignorant oder inkompetent war, oder daß er Wissen hatte von Operationen, die im Dreiecksverhältnis stehen zwischen Iran, Contra und Drogenhandel. Jederzeit könnten neue Sachen in Washington rauskommen, über absolut gesetzwidriges Handeln von Vertretern der US-Administration in der Region. Entweder Bush hat das gewußt und gedeckt, oder er war völlig ignorant über wesentliche Vorgänge in der Außenpolitik einer US-Administration, in der er Vizepräsident war.

Frage: Das erstere scheint doch um einiges wahrscheinlicher; Bush ist wahrscheinlich als ehemaliger CIA-Boß einer der bestinformierten Politiker der USA, was Geheimoperationen und die Rolle des CIA im internationalen Drogenhandel angeht.

Ein weiterer Faktor bei einer künftigen Unterstützung der Contra sind die Medien, die die Welt „kleiner gemacht haben“ bzw. ein Faktor, den man etwas euphemistisch „Weltöffentlichkeit“ nennt, ist zu berücksichtigen. Der informierten Öffentlichkeit kann nicht entgangen sein, daß Nicaragua im Innern eine pluralistische Demokratie mit gemischter Wirtschaft kennt, allerdings unter Kriegsbedingungen, und daß die Regierung von Nicaragua zahlreiche Initiativen zu einer Friedensfindung unternommen hat, und als einziger Unterzeichnerstaat Esquipulas II verwirk-

licht hat. Die meisten darin enthaltenen Punkte wurden in die Praxis umgesetzt.

C. Rode: Soweit das möglich war; Nicaragua hat nicht voll erfüllen können. Aber das geht so lange nicht, wie z.B. Honduras, im Widerspruch zum Vertragswerk, massiver als je zuvor Gastgeberland für die Contra ist. Honduras ist weiterhin öffentlich erklärtes Empfängerland für die Contra-Hilfe.

Frage: Die Perestroika in der Sowjetunion hat, wie Sie bereits erwähnt haben, zunehmend Konsequenzen auf geopolitischer Ebene, am deutlichsten in der Frage der sog. Regionalkonflikte. Beobachter sehen das Ende der Konflikte im Mittleren Osten, im Südlichen Afrika, in Afghanistan und in Indochina nahe. In zwei weiteren Regionalkonflikten sind aus verschiedenen Gründen die Interessen der USA direkter involviert: im Nahen Osten und in Mittelamerika. Seit hundert Jahren hat die Monroe-Doktrin beide Amerikas zum exklusiven Interessengebiet der USA erklärt. Wie weit können geopolitische Verschiebungen Einfluß nehmen auf den „Hinterhof“ der USA hier in Mittelamerika?

C. Rode: Die Außenpolitik der nächsten US-Regierung wird sich von der Außenpolitik der Reagan-Administration in jedem Fall unterscheiden. Und dieses nicht nur aus eigenem Willen, sondern auch aus der Evaluierung und Beurteilung der Außenpolitik anderer wesentlicher Größen.

Die EG hat eine völlig andere Auffassung von Mittelamerika als die US-Administration. Unter Alliierten sollte man nicht zu lange so tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten haben. Offensichtlich stellt die Sowjetunion ihr außenpolitisches System radikal um und zieht sich aus einem regionalen Konflikt nach dem anderen zurück. Sie hat damit bereits in Afghanistan begonnen, tut es gerade in Angola. Sie hat in ihrer Auffassung zu Nicaragua klar erklärt, es werde keinen Militärstützpunkt auf dem Festland geben. In den Regionalkonflikten Südostasiens gibt es ebenfalls Verhandlungen.

Wenn das so ist, dann kann man nicht mehr gegen einen nichtexistierenden Feind anreiten, sondern man muß seine Politik umstellen.

AKTIONSZENTRUM DRITTE WELT

A3W

DRITTE WELT LADEN
BIBLIOTHEK MEDIEN

BIERSTRASSE 29 4500 OSNABRÜCK
TEL. 0541-26369

Verleihkatalog
Ton-Dia - Schauen

42 entwicklungspolitische Dia-Serien
im bundesweiten Verleih
neue, erweiterte Auflage kostenlos erhältlich

DISKUSSIONSFORUM REGIONALKONFLIKTE

„Es lebe der demokratische Imperialismus!“

Bisher wurden im DRITTE-WELT-Diskussionsforum zwei entgegengesetzte Positionen zum Thema „Antimperialismus“ wohl am deutlichsten im Beitrag von Jürgen Reusch einerseits (DW 1-2/1989) und andererseits in meiner Stellungnahme (DW 11/1988) formuliert. Ich möchte deshalb zu Reuschs Kritik an meiner Position noch einige Anmerkungen nachliefern:

Reusch wirft mir vor, ich würde nicht sehen, daß wir im „Nuklearzeitalter“ leben: „Die menschliche Zivilisation befindet sich – systemübergreifend – in einer existenziellen Krise, nicht nur durch die Gefahr einer nuklearen Katastrophe, auch durch die Möglichkeit der irreversiblen Schädigung der Biosphäre, (...) die katastrophale Verelendung der 3. Welt, usw.“ Ich habe den Eindruck, mit dem Begriff „Nuklearzeitalter“ wird ein Popanz aufgebaut, der den Blick für die Zerkennnisnahme der historischen Realitäten seit 1945 eher verstellt.

Was geschah denn im „Nuklearzeitalter“, dessen Beginn ja wohl auch Reusch mit 1945 (Hiroshima) ansetzen würde? Die imperialistischen Hauptmächte setzen, unbeeindruckt von den „Überlebensinteressen der Menschheit“, die Rüstungsspirale in Gang, die USA überfielen Korea, Vietnam, Kambodscha, organisierten Angriffe gegen Kuba, Frankreich führte den Algerienkrieg, überall auf der Welt wurden und werden westlich orientierte Diktaturen installiert und finanziert und Befreiungsbewegungen bekämpft.

Ebenfalls im „Nuklearzeitalter“, und ganz entfernt vom Gedanken, zusammen mit ihren Unterdrückern die menschliche Zivilisation retten zu können, führten die Völker der Kolonien und Halbkolonien einen anticolonialistischen Kampf für ihre Unabhängigkeit (z.B. China, Vietnam, die afrikanischen Völker bis hinein in die 70er Jahre, El Salvador, Nicaragua etc.). Das waren und sind wesentliche Auseinandersetzungen im „Nuklearzeitalter“. Diese Auseinandersetzungen sind nicht zufällig, sondern sie stehen historisch begründbar auf der Tagesordnung und zu ihnen gilt es Stellung zu beziehen.

Reusch versucht, aus seiner Konstruktion „Nuklearzeitalter“ eine Tendenz hin zur Entspannung abzuleiten: Der Imperialismus sei durch seine eigene Rüstung in seinen Möglichkeiten eingegrenzt. Da der Imperialismus allerdings unter der Schwelle des Nuklearkrieges eine Vielzahl modernster Waffen in der ganzen Welt verbreitet und auch selbst einsetzt, ist diese Behauptung etwas seltsam. In seinen Möglichkeiten wurde er bisher nicht durch sich selbst, sondern durch den antimperialistischen Kampf beschränkt, durch die Gegenwehr in der Dritten Welt und in den Metropolen.

Die Tatsache, daß die imperialistischen Staaten nicht zum Mittel des Atomkrieges griffen, die Tatsache, daß sie nicht ständig Krieg führten (niemand hat je behauptet, daß sie das müssen), bringt Reusch zu Überlegungen bezüglich der „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus und über Möglichkeiten zur „Durchsetzung politischer, militärischer und ökonomischer Beziehungen friedlicher Koexistenz“. Dieses System soll also schon deshalb zum potentiellen Partner der Völker werden, weil es sie im „Nuklearzeitalter“ nur

ab und zu konventionell überfällt und in der Zwischenzeit ganz friedlich durch ökonomische Ausbeutung umbringt? 50 Millionen Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen der Unterentwicklung!

Eine Hauptthese von Reusch ist, daß es menschenbedrohende Probleme gibt, die nur gemeinsam durch eine „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ gelöst werden können und deren Lösung dem Klassenkampf und dem antimperialistischen Kampf übergeordnet ist. Ich halte das für ein Weglassen und Verschweigen der wesentlichen Zusammenhänge: Daß es eine „systemübergreifende Krise der menschlichen Zivilisation“ gibt, ist schon wieder eine Konstruktion. Damit soll keineswegs die Größe und Dramatik der von Reusch aufgezählten Probleme bestritten werden. Aber ihrer Ursache und Entstehung nach sind sie hundsnormale Ergebnisse der funktionierenden und derzeit wieder mit beträchtlichen Wachstumsraten expandierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Dieser ganz normale Gang der Kapitalakkumulation schafft weltweit über 300 Millionen Arbeitslose und damit die erwähnte Verelendung der Dritten Welt. Der ganz normale Gang der Profitmaximierung und der monopolistischen Konkurrenz zerstört die Umwelt und verknüpft Wissenschaft und Technik zum bloßen Anhängsel der Profitmacherei. (Das „systemübergreifend“ kommt daher, daß Reusch die Tatsache, daß es in den Gesellschaften des Ostens auch nicht besser ging, anscheinend dahingehend verabsolutiert, daß man es nicht besser machen könne und eine Gesellschaftsänderung kein wesentlicher Lösungsbeitrag ist.) Als strategische Hauptaufgabe setzt Reusch dem entgegen: „Die strategische Hauptaufgabe der Gegenwart ist aus diesen Gründen – so meine These – nicht mit dem Begriff des Antimperialismus adäquat zu erfassen. Es geht vielmehr darum, der reaktionärsten, aggressivsten, am meisten neokolonialistischen und umweltzerstörender Imperialismusvariante eine wirksame demokratische Alternative gegenüberzustellen und sie weltweit durchzusetzen. (...) Es geht zunächst also nicht gegen den Imperialismus als Ganzes, um seinen Sturz, sondern um die Verdrängung einer bestimmten imperialistischen Politik.“

Damit wird der Imperialismus vom historischen Entwicklungsstadium der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von der Gesellschaftsordnung zur bloßen Politikvariante, der eine andere Variante (der demokratische Imperialismus?) entgegengesetzt werden kann. In der Konsequenz dieses verflachten Imperialismusbegriffs mutet man diesem System aber viel zu viel an positiven Entwicklungsmöglichkeiten zu. Wenn die Verarmung der Dritten Welt das Ergebnis von Kapitalakkumulation und Ausbeutung ist, läßt sich das nicht „demokratisieren“. Das Kapitalverhältnis kann nur abgeschafft werden, und das hieße – ganz altmodisch – Vergesellschaftung der Großproduktion und deren Planung, Enteignung des Großgrundbesitzes und Landreform etc. Reusch mag das für Wortradikalismus halten, ich halte es für die notwendige Zielvorstellung, deren Aufgabe nur zu Reformillusionen führen kann.

Ähnlich stellt sich das auch in der Umweltfrage: Wie soll eine profitorientierte Technik und Wissenschaft – und eine andere ist im Kapitalismus nur ansatzweise möglich – die Probleme, die sie selbst schafft, plötzlich lösen können?

Damit ich nicht falsch verstanden werde – ich behaupte nicht, daß der Kapitalismus zu gar nichts fähig wäre. In seiner Ära gab es sehr wohl zivilisatorische Leistungen. Er ist sicher auch in der Lage,

die Autoabgase zu reduzieren und ähnliches mehr. Aber die gesamte Geschichte des Kapitalismus zeigt auch, daß er neben Robert Koch Josef Mengele hervorbringt, daß er die Krisen und Probleme, die er produziert, nur reparieren kann, indem er die nächste Krise, das nächste bedrohende Problem damit vorbereitet. Zudem zeigen die Klagen der Umweltschützer, daß trotz aller offizieller Feiertagsreden bisher so gut wie nichts gegen die drängendsten Mißstände unternommen wurde – selbst dieses Allernötigste muß also in Konfrontation gegen das, nicht in Koexistenz mit dem System er kämpft werden.

Die strategische Hauptaufgabe ist deshalb, die notwendigen Tageskämpfe hinzuführen auf das Ziel, die Produktionsverhältnisse zu verändern. Ich denke, das ist keine Auseinandersetzung um Nuancen der Politik, und es ist auch kein von der Praxis abgehobener Streit. Ich höre aus Reuschs Argumentation (und genauso bei Brönnner) die starke Tendenz heraus, „Mitverantwortung“ übernehmen zu wollen und ich bin, wie einige andere Beiträge zeigen, nicht der einzige, der das tut. Aber diese Tendenz, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen zu wollen (obwohl es dem ganz gut geht), hat vor nicht ganz hundert Jahren die Sozialdemokratie zu dem gemacht, was sie heute ist.

Was in diesem Zusammenhang interessant sein dürfte, ist die Frage, welche konkrete Politik Reusch und Brönnner aus ihren Einschätzungen ableiten würden. Vielleicht läßt sich auf dieser etwas leichter faßlichen Ebene noch einmal eine Fortsetzung der Diskussion führen.

CHARLES PAULI
REGENSBURG, WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER
UND MITARBEITER VON DRITTE WELT

Auch im „Nuklearzeitalter“ gilt die Imperialismus-Definition

Zum Diskussionsbeitrag von Jürgen Reusch in DRITTE WELT 1-2/1988

Das von dem Kollegen Reusch geforderte Denken mag zwar neu sein, es scheint mir aber – was alleine wichtig wäre – nicht richtig zu sein. Die Ausführungen Reuschs zeichnen sich durch eine Ansammlung von Widersprüchen aus, und zwar keineswegs durch dialektische, wie man sie vom stellvertretenden Leiter eines Instituts für Marxistische Studien und Forschungen erwarten darf. Ich möchte in meiner Kritik weder auf den von Reusch verteidigten Artikel von W. Brönnner noch auf den von ihm angegriffenen Diskussionsbeitrag von Ch. Pauli eingehen, sondern lediglich auf seinen Beitrag.

Reusch widerspricht sich selbst mehrfach: Er schreibt, daß er „ganz entschieden bestreitet“, daß die Behauptung, der Friede müsse gegen den Imperialismus durchgesetzt werden und sei letztlich nur sicher durch dessen Sturz, der Standpunkt der marxistischen Linken sei und daß er diese Position für das Nuklearzeitalter für geradezu abenteuerlich halte. Weiter unten schreibt er jedoch: „So stimmt es zwar, daß der Weltfrieden letztendlich erst durch den Sieg des Sozialismus sicher ist.“ Das jedoch hält ihn nicht

davon ab, bereits im nächsten Satz zu behaupten, daß es hier und heute auch reale Ansatzpunkte gibt, eine „umfassende“ Friedensordnung (die ein konstruktives Herangehen an die globalen Probleme einschließt) in Kooperation von Sozialismus und Kapitalismus durchzusetzen.

Obwohl er hier bereits unzweideutig die Klassenzusammenarbeit propagiert, nimmt er im folgenden W. Bröner gegen den „Vorwurf“ Paulis in Schutz, dieser tue eben jenes, er nämlich lande bei „Klassenzusammenarbeit statt Antimperialismus“. Schließlich – so Reusch – schlage kein vernünftiger Mensch vor, auf die vielleicht irgendwann einsetzende höhere Einsicht des Monopolkapitals zu vertrauen. Entscheidend sei, daß die jetzt noch vorherrschende reaktionäre Variante imperialistischer Politik nicht unabwendbar und unveränderbar ist und daß deshalb auf der Tagesordnung der Gegenwart Reformkämpfe stünden, die breite Bündnisse unter Einfluß realistischer Kräfte des Monopolkapitals erfordern. Ich frage: Was ist das anderes als „Klassenzusammenarbeit“?

Es ist nicht nur im wörtlichen Sinn Klassenzusammenarbeit, sondern es ist Zusammenarbeit mit dem Hauptklassengegner aller ausgebeuteten Klassen und Schichten, der imperialistischen Bourgeoisie, denn – daran erinnert sich hoffentlich auch Reusch noch – der „Imperialismus“ ist nach marxistischer Auffassung nicht eine besonders „böse“ Art von Politik, wie es die Ideologen der 2. Internationale aus dem wohlbekanntem Grund, ihren Übergang zur Bourgeoisie theoretisch zu begründen, postulierten, sondern das Wesen des Monopolkapitals selbst – nicht nur seines reaktionärsten Teils. Daß weder die Bourgeoisie noch der „Imperialismus“ ein homogener Block sind, ist nichts Neues. Die Existenz einer Ansammlung verschiedener Bäume rechtfertigt es aber noch nicht, die damit einhergehende Existenz des Waldes zu leugnen.

Wer wie Reusch letztlich den „Antimperialismus“ zurückweist und, indem er vom Vorherrschen einer „reaktionären“ Variante imperialistischer Politik schreibt, offenbar auch eine mehr oder weniger fortschrittliche Variante des Imperialismus ausgemacht hat, bekennt sich nicht nur zur „Klassenzusammenarbeit“, die in genau zu begründenden Fällen ja durchaus notwendig sein kann und auf internationaler Ebene ja auch von Stalin zumindest so erfolgreich wie von Gorbatschow betrieben wurde, sondern verläßt den Boden des Marxismus, dessen ganzes Sein auf die Beendigung jeglicher Ausbeutung und damit die soziale Liquidierung aller ausbeutenden Klassen gerichtet ist. Im übrigen ist zu fragen, was denn das Monopolkapital zu einer besseren Politik bewegen kann, wenn es weder seine Einsicht ist noch der auf es ausgeübte Druck im Rahmen der nationalen und internationalen Klassenkämpfe.

Die ja nun keineswegs von Reusch erfundene dahinterstehende These ist die von der „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus. Diese wird aber unter Mißbrauch eines Leninzitates mit nichts anderem bewiesen, als mit der selbstverständlichen und alles andere als neuen Tatsache, daß der Imperialismus nicht permanent und überall Krieg führen muß. Wer würde bezweifeln, daß er auch andere Mittel zur Sicherung seiner Herrschaft einsetzt? Ich muß allerdings gestehen, daß mir kein Zeitraum einfällt, in dem der Imperialismus bzw. die eine oder andere imperialistische Macht nicht irgendwo auf der Welt auch militärisch mit seiner Herrschaftsausweitung und -sicherung beschäftigt gewesen sei, wenn nicht direkt, dann durch von ihm eingesetzte und ausgehaltene lokale Regimes.

Nachdem aber nun gezeigt wurde, daß Reusch sich zumindest verbal nicht völlig offen zu dieser Linie durchringen konnte und hin und wieder genau

das Gegenteil vom Zuversagten behauptet, wollen wir sehen, was es mit dem Realitätsgehalt seiner Linie auf sich hat. Daß die Produktivkraftentwicklung auch die Möglichkeit der militärischen und ökologischen Zerstörung der gesamten Menschheit mit sich gebracht hat, leugnet sicher auch kein Anhänger des „alten“ Denkens, zumal diese Situation schon lange vor der Erfindung des „neuen“ Denkens in Moskau und dessen nach jahrzehntelang geübtem Muster vollzogener Adaptierung durch einen bestimmten Teil der kommunistischen Weltbewegung bestand. Der Streit geht überhaupt nicht um die Feststellung von klassenübergreifenden „Menschheitsfragen“, sondern nur darum, wie diese beantwortet werden können.

Es kann sicher nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, daß in begrenztem Rahmen eine kurz- bis mittelfristige Zusammenarbeit bei der Lösung ökologischer und militärischer Probleme auch mit Kräften der Monopolbourgeoisie möglich ist (s. Hitler-Stalin-Pakt und Antihitlerkoalition). Wenn man diese jedoch für fähig und willens hält, konsequent umfassende Lösungen zu suchen und zu finden, dann sollte man ehrlich genug sein, seinen abgetragenen marxistischen Mantel auf den Müll zu schmeißen und sich zu irgendwas anderen zu bekennen.

Ich frage mich auch, wie es sich Reusch denn erklärt, daß es die „reaktionäre Variante“ des Imperialismus ist, die heute das Sagen hat und die in der ganzen Geschichte des Imperialismus immer nur kurzfristig von integrativer ausgerichtete Varianten abgelöst wurde. Er wird doch nicht behaupten wollen, daß diese herrschende Fraktion der herrschenden Klasse die bestehenden ökologischen, militärischen und ökonomischen Probleme der Welt nicht gut genug kennt und aus lauter Dummheit so „unrealistisch“ ist? Ich muß gestehen, daß ich die Reagars und Thatchers für alles andere als für gescheiterte Imperialisten halte. Ich kann nicht des Eindruckes nicht erwehren, daß auch diese Kräfte durchaus nati-

stisch genug sind, keineswegs an die Entfesselung eines atomaren Weltkrieges zu denken, daß sie ihre Eindämmungs- und „Roll-back“-Strategie wohlkalkuliert unterhalb der Schwelle des atomaren Krieges auf die Peripherie konzentrieren und daß die Aufrüstung für sie vielmehr ein Mittel war und weiter ist, die sozialistischen Länder politisch zu erpressen und ökonomisch auszubluten und daß die jüngsten Entwicklungen keineswegs eindeutig beweisen, daß sie dabei völlig erfolglos gewesen wären.

Da das „neue Denken“ seine Kraft m.E. wesentlich aus der Tatsache bezieht, daß es vom Generalsekretär der KPdSU propagiert wird, muß etwas zum „realen Sozialismus“ gesagt werden. Dessen immense Schwierigkeiten und Mängel, die vielen Linken schon lange bekannt waren als ein Großteil der gegenwärtigen Fangemeinde des „neuen Denkens“ noch eifrige Altgläubige waren, ist wesentlich Resultat der Fortexistenz des kapitalistischen Systems auf dem größten Teil des Erdballes. Der Sozialismus kann in einem Land und dann noch einem traditionell so rückständigen wie der UdSSR nur die Grundsteine für eine letztlich im Interesse der ganzen Menschheit und keineswegs nur des Proletariats liegende Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen legen.

Er muß verkümmern und schließlich untergehen, wenn es den Ausbeuteten und Entrechteten nicht gelingt, mit jeglicher Ausbeuterordnung – aktuell dem Monopolkapitalismus/Imperialismus weltweit Schluß zu machen. Das bisher deutlichste Beispiel dafür scheint Ungarn zu sein (s. dazu „Arbeiterkampf“ vom 9.1.1989) und wir können leider nur abwarten, ob es das einzige bleibt. Diese permanente Revolution bedeutet selbstverständlich nicht den militärischen Export der Revolution, schließt aber eine strategische Zusammenarbeit mit jeder Fraktion der Bourgeoisie aus.

LOTHAR A. HEINRICH
BONN, FREIER JOURNALIST UND
MITARBEITER VON DRITTE WELT

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik Nr. 1-2/1989

Infos: US-Truppen in Lateinamerika ● Keine Hilfe für äthiopische Kriegsgefangene ● Entwicklungshilfe für Brasilien mit Umweltschutzauflagen ● Analyse: Zwischenbilanz – Entwicklungspolitik zur Nord-Süd-Politik ● Frischer Wind in Cubas Presse ● Firmenportrait MBB ● Dokumentation: Schuldennachlaß zum Schutz des Tropenwaldes ● Harare-Erklärung zur „Solidarität der Kirchen mit den Frontstaaten“
Einzelpreis 3,30 DM (Doppelheft 5,50 DM); Abo 55 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-4, 6000 Frankfurt/M. 17

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 4, Dezember 1988.

Thema: Tabak – Blauer Dunst für die Dritte Welt ● Kulturgeschichte des Rauchens ● Dritte Welt als neuer Absatzmarkt der Tabakindustrie ● Gifte im Tabak ● Frauen und Rauchen seit der Verbreitung der Zigarette ● Tabakanbau in Malawi ● Rembrandt in Südafrika ● BAT und Rothmans in Zaire ● Bremer Tabakbörse und Tabakanbau in Indonesien ● Zigarettenproduktion in Kuba ● Interview zum Tabakanbau in Nicaragua ● Gifte im Tabak ● Tabakanbau und Abholzungen
Einzelpreis 4 DM; Abo 21 DM.
Bezug: EPK, Postfach 28-16, 2000 Hamburg, 20

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8, Dezember 1988

Schwerpunkt: Literatur, Kunst ● Kriegs- und Krisenliteratur, Verlagswesen, Theater und Musikszene in Zimbabwe ● Künstlerische Arbeiten in Lesotho ● Schriftsteller in Angola ● Aktivitäten des mosambikanischen Malers Malangatana bei der ECASAAMA-Konferenz ● Außerdem: Tendenzen in der „weißen“ Politik Südafrikas ● Der „Delmas-Prozess“ ● Namibia-Angola-Vertrag ● ANC-Treffen mit sowjetischen und südafrikanischen Wissenschaftlern ● Unterstützung „interner Projekte“ in Südafrika ● Beigeheftet: SADCC-Brief Nr. 8/1988 „Kooperationsfeld Nahrungssicherung“
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 155, Februar 1989

Schwerpunkt: Biotechnologie ● Die Zukunft der Welternährung im Griff des Agrobusiness ● Gen- und Biotechnologie ● Die Konzernstrategien der Ferruzzi-Gruppe ● Gentechnik – neue Waffe im Kampf um Nahrungsmittel ● Baseler Appell ● Totalherbizide ● Außerdem: George Bushs dunkle Machenschaften ● El Salvador ● Die PLO auf Friedenskurs ● Politische Gefangene in der Türkei ● Entwicklungstheorie-Diskussion
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

AFGHANISTAN

ANDREAS KRAMER-SCHWITALLA

Angesichts des sowjetischen Truppenabzugs

Politische Übergangslösung ohne Chance?

Der Afghanistankonflikt trat mit dem Abzug der sowjetischen Truppen in ein neues Stadium ein. Bedeutet die Belagerung Kabuls durch ca. 25 000 Mudjahedin, daß eine militärische „Endlösung“ unausweichlich ist? A. Kramer-Schwitalla vom Afghanistan-Informationskreis, der sich kürzlich im Land am Hindukusch umsah, skizziert die nicht ganz so einfache Ausgangslage.

General Abdul Haq ist im ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) verantwortlich für die Streitkräfte. Als wir, vom Informationskreis Afghanistan, ihn im September 1988 fragen, wo überall die sowjetischen Streitkräfte an Kämpfen beteiligt seien, berichtete er, daß sich sowjetische Einheiten nur noch in fünf von 32 Provinzen befänden: „In den letzten zwei Jahren haben sie sich mehr und mehr in ihre Militärlager und Stellungen zurückgezogen; sie sind immer weniger unmittelbar an Kämpfen beteiligt und übernehmen Sicherungsaufgaben.“ (1)

Sowjetische Militärs bestätigten diese Rollenverteilung (2). Etwas mehr als 50 000 Rotarmisten waren es noch, die im September 1988 der afghanischen Regierung im Krieg gegen die vom CIA mit modernen Waffen ausgerüsteten Mudjahedin den Rücken freihielten. Die andere Hälfte des insgesamt 100 300 Mann starken Militärkontingent war schon am 15. August 1988 in die Sowjetunion zurückgekehrt. So war es in den Genfer Afghanistan-Abkommen vom April 1988 vorgesehen. (Wortlaut und Einschätzungen in: DRIT-

TE WELT 6/1988, S. 5 ff.; d. Red.). Von UN-Beobachtern kontrolliert (3), vollzog sich hier etwas, das die sowjetische Führung bereits im Januar 1980, kurz nach dem Eingreifen der Roten Armee angekündigt hatte, was aber im Westen so recht keiner glauben wollte (4): „Die einzige Aufgabe, die den sowjetischen Truppenkontingenten gestellt wurde, ist, den Afghanen bei der Abwehr der Aggression von außen beizustehen. Sie werden (...) restlos abgezogen, sobald die Ursachen verschwunden sind, die die afghanische Staatsführung bewogen, um ihre Entsendung zu ersuchen.“ (5)

Nach dem Abschluß der Genfer Abkommen im April 1988 gab es insbesondere auf Seiten der afghanischen Regierung berechtigte Hoffnungen auf eine baldige Beilegung des Konflikts. Erwartet wurde von ihr, daß die Waffenlieferungen von pakistanischem Territorium eingestellt würden. Auch rechnete sie fest mit der Schließung der Zentralen der Mudjahedinparteien und ihrer Ausbildungs-lager. Intensiv bereitete sie sich auf die Rückkehr der Flüchtlinge vor.

Jedoch das Gegenteil geschah: Als existierende Abkommen gar nicht, intensivierten die

USA und Pakistan ihre Waffenlieferungen an die afghanische Opposition. Diese nutzte sogar die Vertragstreue der Kabuler Regierung aus und errichtete im Süden des Landes ihre militärischen Stützpunkte. Nach Generalmajor Abdul Haq war die Regierung „nach Unterzeichnung der Abkommen (...) sehr optimistisch und hoffte, daß die Bevölkerung nach Afghanistan zurückkommen kann. Deshalb haben wir auch an der Grenze unsere Armeeeinheiten zurückgezogen. Z.Z. sind die Grenzen offen; jeder kann die Grenze überqueren. Aber anstelle der Flüchtlinge kamen Waffenkarawanen.“ (6)

Daß von pakistanischer Seite täglich das Genfer Abkommen gebrochen wird, ist auch in westlichen Medien nicht strittig (7). Entsprechend verfahren ist die Lage an der pakistanisch-afghanischen Grenze: Bei der UN-Mission zur Überprüfung der Genfer Abkommen ging am 20.1.1989 die 189. Note der afghanischen Regierung zur Überprüfung einer Vertragsverletzung ein. Jede Note enthält zwischen 10 und 20 dokumentierte Vertragsverstöße.

Die Waffenarsenale der Mudjahedin sind

Sowjetische Truppen bei der Überquerung der Brücke über den Grenzfluß Amu-Darja



zum Bersten voll: Sie reichen aus, um den Krieg ohne Nachschub mehrere Jahre weiter zu führen.

Mit diesen Waffen eskalierten die Mudjahedin den Krieg aufs Neue: In der Periode Juli-August-September 1988 feuerten sie über 1000 weitreichende Boden-Boden-Raketen auf die Hauptstadt Kabul ab – Angriffe, die mehr als 100, überwiegend zivile Todesopfer kosteten.

Zunächst stoppte die sowjetische Führung den Abzug weiterer Einheiten. Sie schlug vor, das Problem politisch, mit Hilfe einer UN-Konferenz zur Einhaltung der Genfer Abkommen zu lösen. Dies scheiterte jedoch an einer Ablehnung der USA (8) – woraufhin die Sowjetunion der afghanischen Regierung zur Abwehr der Raketenangriffe hochmoderne Raketen und Flugzeuge lieferte und sich vorbehalt, die Abzugsfrist am 15. Februar d.J. verstreichen zu lassen.

Angesichts der kurzen noch verbleibenden Frist trafen sich jüngst sowjetische und afghanische Regierungsvertreter, um die Vor- und Nachteile eines termingerechten Abzuges abzuwägen. Am 16.1.1989 erklärte dann der sowjetische Oberbefehlshaber Gromow in Kabul, beide Seiten hätten sich für einen fristgerechten Abzug entschieden. Das erklärte sowjetisch-afghanische Ziel, die Einmischung von außen vor dem Abzug der Sowjets zu unterbinden, konnte nicht erreicht werden.

Wenn am 14. Februar der letzte Rotarmist das Land verlassen hat, wird sich jedoch eine entscheidende Bedingung des Konflikts in Afghanistan verändert haben: Die moslemischen Krieger werden keinen „heiligen Krieg“ mehr gegen die „ungläubigen“ Russen führen, sondern gegen Moslems in Kabul, die ihnen wiederholt Friedensbereitschaft gezeigt haben. Der US-Regierung droht zudem bei Fortführung der Waffenlieferungen nicht nur der Vorwurf der Verletzung völkerrechtlich verbindlicher Verträge. Auch der Weltöffentlichkeit wird dann deutlicher werden, welche Rolle die USA in Afghanistan spielen (9).

Der Rückzug aus Afghanistan ohne Beendigung der Einmischung von außen ist weniger eine Niederlage, als ein herber Rückschlag für die sowjetisch-afghanische Politik.

Eine politische Lösung – im eigenen Lager und gegenüber den Mudjahedin – durchzusetzen, stellt angesichts des extremen militärischen Drucks, den letztere z.Z. entwickeln, hohe Anforderungen an die Disziplin und die Risikobereitschaft der afghanischen Führung. Daß eine solche Lösung dennoch in absehbarer Zeit möglich erscheint, beruht auf zwei Entwicklungen, die vor allem in bürgerlichen Medien weitgehend ignoriert bzw. falsch eingeordnet werden.

Seit 1980 findet die Kabuler Regierung wachsende Unterstützung in der Bevölkerung. (10) Auch im Wiederaufbau der Streitkräfte wurde ein Stadium erreicht, das die baldige Machtübernahme der Mudjahedin in überschaubarer Zeit unwahrscheinlich erscheinen läßt. Die Opposition ist – obwohl



Afghanische Mudjahedin – gut genug gerüstet für den geplanten Ansturm auf die städtischen Zentren?

sie sich scheinbar im Aufwind befindet – angesichts der existentiellen Probleme, denen sie sich zu stellen hat, zerstritten wie noch nie.

Je länger der Krieg in Afghanistan andauert, desto komplizierter und schwerer wird die Gestaltung einer Friedensregelung. Die Genfer Abkommen regeln wichtige Voraussetzungen, aber vereinbaren keine Waffenstillstandsregelung.

Die Führungen in Kabul und Moskau versuchen, den Frieden durch eine stufenweise Lösung der wichtigen Probleme zu erreichen. Dabei lassen sich folgende Phasen unterscheiden: die „Afghanisierung“ des Konflikts, die Durchsetzung eines Waffenstillstands und die Bildung einer breiten Übergangs- bzw. Koalitionsregierung.

Mit der „Afghanisierung“ des Konflikts ist die Absicht verbunden, diesen möglichst weit aus dem auch militärisch ausgetragenen Ost-West-Konflikt herauszulösen. Das angehäufte Vernichtungspotential der afghanischen Kriegsparteien soll begrenzt oder gar verringert werden. Und es sollen Voraussetzungen entstehen, die der Logik der Versöhnung zum Durchbruch verhelfen.

Der Rückzug der sowjetischen Truppen ist ein wichtiges Element der „Afghanisierung“. Offen bleibt, ob die Regierungen der USA und die Pakistans ebenfalls die Waffenlieferungen und die Unterstützung für die Mudjahedin einstellen.

Wie verhalten sich die USA und Pakistan nach dem Abzug? Es ist noch nicht zu erkennen, daß die USA und Pakistan bereit sind, die logistische und politische Unterstützung der Mudjahedin nach dem 15. Februar einzustellen. Ganz im Gegenteil, der designierte Außenminister der Bush-Administration Baker stellte vor einem Senatsausschuß heraus, er wolle die Reagan'sche Afghanistanpolitik fortführen (11). Für die USA ist die Unterstützung der Mudjahedin die größte CIA-Aktion seit Vietnam, die Mrd \$ verschlang (12).

Inzwischen setzt sich bei Analytikern in den USA die Erkenntnis durch, daß die Kabuler Regierung mit dem Abzug der Sowjets im

Februar d.J. nicht „sofort“ stürzen wird. Folglich sind auch die in der US-Presse diskutierten Optionen langfristiger.

Eine Fortsetzung der Waffenlieferungen wird derzeit in den USA insbesondere von jenen Kräften gefordert, die ein mit Pakistan verbündetes antisowjetisches Regime anstreben. Kritiker dieser Option argumentieren dagegen, daß die Bildung einer fundamentalistischen Mudjahedin-Regierung angesichts des latenten Antiamerikanismus der Fundamentalisten sich als ein „Pyrrhus“-Sieg herausstellen könnte (13).

Auch Pakistan, auf dessen Territorium schätzungsweise 3,5 Mio afghanische Flüchtlinge Zuflucht fanden, geriet als Koordinator der westlichen Unterstützung noch weiter in die Abhängigkeit der USA als es ohnehin schon war. Den pakistanischen Militärs fiel die Schlüsselrolle zu, die Hilfe in die richtigen Kanäle zu lenken.

Realistischer ist der amerikanische Afghanistan-Experte S. Harrison. Er hält es für möglich, eine Übergangsregierung zu bilden, die von Nationalisten geführt wird und in der weder Kommunisten noch Fundamentalisten dominieren. Nach Harrison setzt dies voraus, daß die USA ihre Hilfe für die „künstliche“ Allianz der Mudjahedin einstellen (14).

Eine friedliche Regelung des afghanischen Konflikts bedeutet für Pakistan, daß die Flüchtlinge allmählich zurückkehren können und die innenpolitischen Spannungen Pakistans abgebaut werden.

Die neue Premierministerin Bhutto, vom Militär argwöhnisch geduldet und abhängig von der US-Hilfe, konnte in der Afghanistanpolitik noch keine Wende durchsetzen. Im Gegenteil, die „Leutnants“ Zia ul Haqs sind aktiver als je zuvor.

Benazir Bhutto befindet sich in einem Dilemma: Schon um als Premierministerin nominiert zu werden, war sie auf die Fürsprache des US-Botschafters angewiesen (15): Bedingungslos unterstützte er sie nicht; so teilte er ihr u.a. mit, seiner Regierung läge „vor allem daran, daß Pakistan seine bisherige Af-

ghanistan-Politik fortsetzt und nicht die Mudjahedin kurz vor dem Ende des sowjetischen Truppenrückzugs (. . .) im Stich läßt“ (16).

Läßt Benazir Bhutto aber den pakistanischen Militärs in der Afghanistanpolitik „freie Hand“, dann wird sie ihren innenpolitischen Reformkurs gefährden und „antidemokratische Kräfte“ stärken, die nichts lieber sähen als ihren Sturz. Entscheidend für das zukünftige Verhalten Pakistans wird die Haltung der neuen Bush-Administration zum Konflikt in Afghanistan sein.

In der Periode nach 1980 zeigte sich immer deutlicher, daß ein Kompromiß mit der bewaffneten Opposition gefunden werden mußte. Denn der eskalierende Krieg erschwerte nicht nur den weiteren Aufbau, sondern machte ihn in wichtigen Bereichen der Gesellschaft sogar unmöglich.

„Es sind 8 Jahre, so Präsident Nadjibullah Anfang Januar 1987, „daß dieser Krieg in unserem Lande anhält. Während dieser Zeit haben Hunderttausende Menschen ihr Leben verloren. Seit Jahrhunderten haben die Menschen an hauptsächliche Dinge des Lebens gedacht – an Obdach, Kleidung und Nahrung – aber was hat ihnen der Krieg gebracht? Gräber anstatt Obdach, Särge anstatt Kleidung, Geschosse in den Magen anstatt Nahrung.“ (17)

Die Verkündung der Politik der Nationalen Versöhnung am 15. Januar 1987 leitete den erforderlichen politischen Wandel ein: Verurteilte oppositionelle Personen wurden freigelassen und amnestiert: Die Regierung war bereit, die politische und kulturelle Autonomie oppositioneller Gruppen, Stämme und Clans in ihren Gebieten zu garantieren, soweit sie sich der Nationalen Versöhnung anschlossen. Sie appellierte an die Parteien im Exil, sich an der Bildung einer Koalitionsregierung zu beteiligen.

Begleitet wurde dieser Appell von einem sechsmonatigen, einseitigen Waffenstillstand, der dreimal verlängert wurde. Die afghanische Armee griff die Mudjahedin nur „im Falle hoher Dringlichkeit und im Falle eines offenen, direkten Angriffs“ (18) an.

Der Appell zum Waffenstillstand wurde von Teilen der Mudjahedin, die in Afghanistan kämpften, angenommen.

Ein solches einseitiges Angebot war mit hohen Risiken verbunden. Dies zeigte sich z.B. in Kunduz, einer Stadt im Norden Afghanistans. Dort hatte die Regierung den Mudjahedin an einem religiösen Feiertag erlaubt, ihre Familien und Verwandten zu besuchen. Sie plünderten die Stadt und ermordeten über 500 Menschen. Erst durch den Einsatz der afghanischen Armee konnten sie vertrieben werden.

Generalmajor Abdul Haq, vom Informationskreis Afghanistan nach der Resonanz der Politik der Nationalen Versammlung unter der bewaffneten Opposition im Lande selbst befragt, berichtete, daß seit Januar 1987 50 000 ehemalige Mudjahedin in die verschiedenen, auf Seiten der Regierung kämpfenden Einheiten aufgenommen wurden. Mit verschiedenen Einheiten der Opposition, 45 000 Mudjahedin umfassend, habe die Regierung Waffenstillstandsabkommen abgeschlossen, und mit weiteren 40 000 Freischärlern stehe die Regierung in Verhandlungen.

Stimmen die Angaben Abdul Haqs, dann ist seit dem Appell zur Nationalen Versöhnung die personelle Stärke der bewaffneten Opposition, die er mit 180 000 angab, um mindestens die Hälfte gesunken.

Die 60 000–70 000 bewaffneten Mudjahedin stellen jedoch für die afghanische Regierung, die nach eigenen Angaben 500 000 Menschen unter Waffen hat, eine ernsthafte Bedrohung dar. Sie können mit relativ geringem militärischem Aufwand die langen Überlandstraßen für lebenswichtige Transporte unterbrechen und die ökonomisch und politisch wichtigen städtischen Zentren mit Raketen beschießen. Sie vermögen damit das Leben dort mindestens zeitweilig zu lähmen.

Der von den pakistanischen Militärs bevorzugt mit Waffen versorgte fundamentalistische Teil der Opposition scheint jedoch im Gegensatz zur Regierung entschlossen zu sein, den Konflikt militärisch zu lösen. Dazu Präsident Nadjibullah: „Sie haben sich zum Ziel gesetzt, die Politik der Nationalen Versöhnung ad absurdum zu führen.“ (19)

Die Fundamentalisten ignorieren dabei, wie kriegsmüde die afghanische Bevölkerung und wie groß die Unterstützung einer friedlichen Lösung des Krieges dort bereits ist. Die Politik der Versöhnung hat sogar inzwischen Anhänger im Lager der Opposition. Auch wenn es offensichtlich dort lebensgefährlich ist, diese Politik zu propagieren – wie der Mord an dem bekannten afghanischen Soziologen Majruh zeigt (20) –, findet der Appell zur Nationalen Versöhnung also bei Teilen der kriegsmüden bewaffneten Opposition wachsende Resonanz.

Der bewaffnete Widerstand in Afghanistan wird von Freischärlern unter der Führung einzelner Kommandanten geleistet, die politisch, administrativ und militärisch eine beherrschte Region, ein Tal oder einige Dörfer beherrschen, allerdings keine Provinz und keine Provinzhauptstadt. (21)

Sie sind auf Waffen und Geld angewiesen, die sie über die Parteien erhalten. Die Korruption, der politische Hader und die schlechte Behandlung der kämpfenden Mudjahedin durch die Parteien führte allmählich zum wachsenden Autoritätsverlust der Parteiführer unter den Kommandanten. Verstärkt wurde die Herausbildung der Kommandanten als eigenständige politische Kraft durch die Verschärfung des Krieges seit 1987, in dessen Verlauf die Kommandanten immer mehr eine Schlüsselrolle einnehmen.

Ihnen selbst ist ihr Stellenwert für die Opposition inzwischen durchaus bewußt; sie schließen sich unabhängig von den Mudjahedin-Parteien zu Bündnissen zusammen und stellen eigene Forderungen auf (22). Von einigen Ausnahmen abgesehen, hat jedoch keiner dieser Kommandanten eine Popularität, die über seinen engen regionalen Bereich hinausgeht. Keiner von ihnen – obwohl sie es sind, die praktisch den Krieg führen – hat Aussicht, in einer Mudjahedin-Regierung einen führenden Posten zu bekommen.

Dies verletzt den Stolz der Kommandanten und macht sie zugänglich für Offerten der Regierung, die ihnen politische Posten anbietet.

Mit der Unterzeichnung der Genfer Abkommen und dem unerwarteten Tod des paki-

**DER RÜCKZUG DER ROTEN
ARMEE OHNE BEENDIGUNG
DER EINMISCHUNG VON
AUßEN IST EIN RÜCKSCHLAG
FÜR DIE
VERSÖHNUNGSPOLITIK**

stanischen Diktators Zia ul Haq veränderte sich für diese Kommandanten die Lage: Die großen Waffenarsenale befinden sich jetzt auf afghanischem Gebiet unter ihrer Obhut. Dies macht sie gegenüber den Mudjahedin-Parteien in Peschawar noch autonomer als sie es inzwischen ohnehin schon sind.

Gleichzeitig befürchten sie aber auch, daß sie bald ihre Rückzugsbasen in Pakistan verlieren und ihre Finanzquellen allmählich versiegen. Dies erklärt, warum die Kommandanten für die Kabuler Regierung Hauptansprechpartner sind, wenn es um die Beendigung des Krieges geht. Wenn Kommandanten sich der Nationalen Versöhnung anschließen, werden sie als Patrioten geehrt. Die Regierung garantiert ihnen volle politische Autonomie in ihren Gebieten und unterstützt sie mit Saatgut, Düngemitteln und Landwirtschaftsmaschinen. Für viele kriegsmüde Kommandanten und ihre Freischärler ist dies eine durchaus attraktive Perspektive.

Ein anderer Teil der Kommandanten kämpft weiter. Sie führen aber nicht nur gegen die Regierung Krieg. Ihre Operationen richten sich auch gegen rivalisierende Kommandanten. Täglich kommen viele Mudjahedin in solchen Scharmützeln um.

Im November 1987 verabschiedete die Loya Jirga (Verfassungsversammlung) die

neue afghanische Verfassung. Mit ihrer Verabschiedung wurde die Reform staatlicher Institutionen als wichtiger Teil der Politik der Nationalen Versöhnung eingeleitet. Mit dieser „fortschrittlichsten Verfassung, die Afghanistan je hatte“ (23), wurde das Machtmonopol der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) zugunsten eines Mehrparteiensystems abgeschafft.

Die tatsächliche Verankerung der staatlichen Institutionen in der Bevölkerung, die immerhin zu breiten Teilen in entlegenen, unzugänglichen Gebieten lebt, zeigte sich an den Parlamentswahlen im Jahre 1988. An ihnen beteiligten sich 1,6 Mio Menschen, u.a. auch 200 000, die der Opposition zuzurechnen sind. Eine so hohe Wahlbeteiligung wurde bei Wahlen in der vorrevolutionären Periode nicht erreicht.

Das Parlament ist pluralistisch zusammengesetzt, über die Hälfte der Gewählten gehört keiner Partei an und nur knapp ein Viertel ist Mitglied der DVPA. Ein weiteres Viertel der Sitze wurde „vorsorglich“ für die Opposition im Exil reserviert. Bis heute besetzte sie ihre Parlamentsitze nicht.

Die Loya Jirga richtete den Aufruf an alle



Die Verhandlungen zwischen Worontsov (r.) und den Repräsentanten der Peschawar-Allianz Mojaddedi (l.) in Islamabad blieben ergebnislos

Kräfte des Landes, das Blutvergießen zu beenden, sich an der Nationalen Versöhnung und der Bildung einer Koalitionsregierung zu beteiligen. Diese Offerte wurde von den Parteien in Peschawar schroff bis vorsichtig ablehnend beurteilt. Für den Eintritt in die Regierung konnten aber – bis dahin gegen die Regierung opponierende – in der Bevölkerung angesehene Einzelpersonlichkeiten gewonnen werden.

Die Mehrheit, 18 Minister des 32köpfigen Kabinetts des bürgerlichen Premierministers Sharq, gehören nicht der DVPA an. Der Ministerpräsident selbst und die Mehrheit der Minister gehören jenen Teilen der Intelligenz und bürgerlichen Kreisen an, die bereits vor der Revolution politische Posten innehatten.

Von der sozialen Zusammensetzung her sind jetzt auch neue gesellschaftliche Gruppen in der Koalitionsregierung repräsentiert. Vize-Premierminister Amini ist Unternehmer, der Handelsminister Jalar angesehener Kaufmann und Agrarminister Gufran ein in den USA akademisch gebildeter Großgrundbesitzer.

Die Motive, sich an der Regierung zu beteiligen, wurden vom jetzigen Gesundheitsminister und ehemaligen Leibarzt König Zaher Schahs, Dr. Abdul Fatah Nadjm, gegenüber dem Informationskreis Afghanistan wie folgt von ihm selbst beschrieben: „Sie wissen ja,

daß ich nicht zur DVPA gehöre. Ich bin Mohammedaner. Schauen Sie, früher hing da ein Bild von jemandem, ich habe es heruntergenommen und etwas anderes, eine Sure aus dem Koran dort hingehängt. . . Ich bin Befürworter der Politik der ‚Nationalen Aussöhnung‘. Wo immer ich hingehe und spreche, sei es im Ausland oder hier im Inland, spreche ich zuerst 10 Minuten zu diesem Thema. Die Versöhnung ist zunächst mein Ziel. Ohne sie geht nichts in unserem Land voran. Die Menschen sind müde vom Krieg, überall . . . (24)

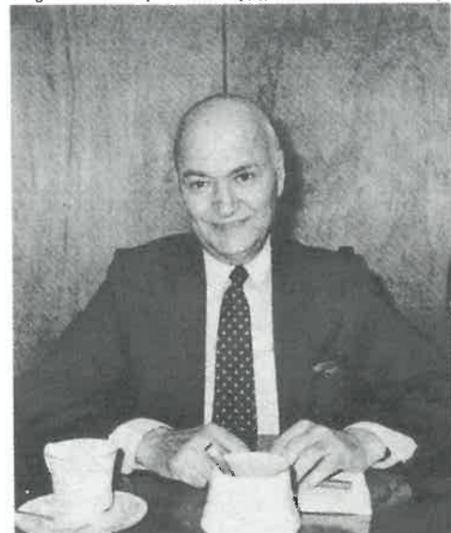
Die Unterzeichnung der Genfer Verträge und die Waffenstillstandsangebote verstärkten den Druck auf die Parteien in Peschawar, ihre ablehnende Haltung gegenüber Verhandlungen mit der Regierung zu begründen. Der Abzug sowjetischer Truppen verstärkt diesen Druck eher noch.

Dabei wird deutlich, daß die Meinungsverschiedenheiten unter fundamentalistischen und traditionalistischen Mudjahedinparteien groß, wenn nicht gar unüberbrückbar sind. Sichtbar wurde dies bereits vor einem Jahr bei dem Streit, ob Mudjahedin-Vertreter mit dem UN-Beauftragten Cordovez, der die Mög-

lichkeiten einer Verhandlungslösung sondieren, sprechen sollten oder nicht.

Der Graben zwischen den politischen Flügeln wurden noch breiter als die Fundamentalisten am 19.6.1988 die Bildung einer Exilregierung unter Führung des bis dahin weitgehend unbekanntem Ingenieurs Achmad Schah bekanntgaben. Die Bildung dieser Regierung wurde ein Disaster: „Die Exilregierung der Peschawar-Allianz, vor allem in ih-

Bürgerlicher Ministerpräsident Sharq (l.); Frauenmiliz in Kabul (r.)



ren bestehenden personellen Zusammensetzung und ohne konkretes Konzept und überzeugende Perspektiven, (wird) kaum im Inneren des Landes Fuß fassen können“ (25), re-sümierten selbst Kritiker im Lager der Opposition.

Notdürftig kaschiert werden die unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Mudjahedin durch eine Fassade der Einheit der Parteienallianzen. Von ihren arabischen,

DIE DIFFERENZEN ZWISCHEN TRADITIONALISTISCHEN UND FUNDAMENTALISTISCHEN MUDJAHEDIN SIND GRÖßER, WENN NICHT GAR UNÜBERBRÜCKBAR GEWORDEN

amerikanischen und iranischen Geldgebern dazu gedrängt, schufen die Mudjahedin-Parteien zwei Dachorganisationen, um ihre Politik zu koordinieren. Die in Pakistan angesiedelten sieben sunnitisch/islamisch ausgerichteten Mudjahedinparteien schufen die „Siebener“ oder „Peschawar“-Allianz und die acht schiitisch/islamischen Parteien im Iran die „Meschad“-Allianz.

Beide Allianzen arbeiten eher gegen – als miteinander. Traditionelle Vorurteile ethnischer und religiöser Art verhindern ein Zusammengehen der vorwiegend aus der ethnischen Minderheit der schiitischen Hasaras zusammengesetzten „Meschad“-Allianz und den vorwiegend aus sunnitischen Paschtunen und Tadjiken bestehenden Peschawar-Parteien.

In der Peschawar-Allianz gehen die entscheidenden Abstimmungen immer klar zugunsten der Fundamentalisten aus, da jede Partei nur eine Stimme hat. Bei dortigen Mehrheitsverhältnissen von 4:3 zugunsten der Fundamentalisten, bleibt den Traditionalisten nur die Alternative, die Entscheidungen zu akzeptieren oder die Allianz zu verlassen und von Geldkonten und Waffenlieferungen abgeschnitten zu werden.



Die Geschichte des Kampfes zwischen diesen Flügeln geht zurück bis in die 60er Jahre, als die Fundamentalisten in unveröhnlicher Gegnerschaft zur Monarchie Zaher Schahs standen. Für einen fundamentalistischen Führer wie Hekmatiar war das Regime Zaher Schahs „der Anfang allen Übels“ (26).

Die Traditionalisten dagegen sind zum Großteil Anhänger des Königs. Ähnlich denken auch viele Sympathisanten der Kabuler Regierung bis hin zu Regierungsmitgliedern.

Die Fundamentalisten, insbesondere Hekmatiar haben im pakistanischen Geheimdienst und Militär einen stärkeren Rückhalt als die traditionalistischen Mudjahedin-Parteien. Er und der Fundamentalist Rabbani erhalten das Gros der Waffen und Ausrüstungen. Der Grund hierfür ist weniger die straffe zentralistische Organisation der beiden Parteien als ihre Bereitschaft zur Anerkennung der in der britischen Kolonialzeit gezogenen Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan, die auch von afghanischen Regierungen vor der Revolution nie anerkannt wurde.

Während die Traditionalisten in den Flüchtlingslagern und in Gebieten im Süden Afghanistans einen relativ starken Rückhalt in der Bevölkerung haben, ihr militärisches Potential aber sehr begrenzt ist, verhält es sich mit den Fundamentalisten genau andersherum. Die Fundamentalisten und ihre religiösen Anschauungen sind für die Afghanen relativ fremd und haben wenig Resonanz.

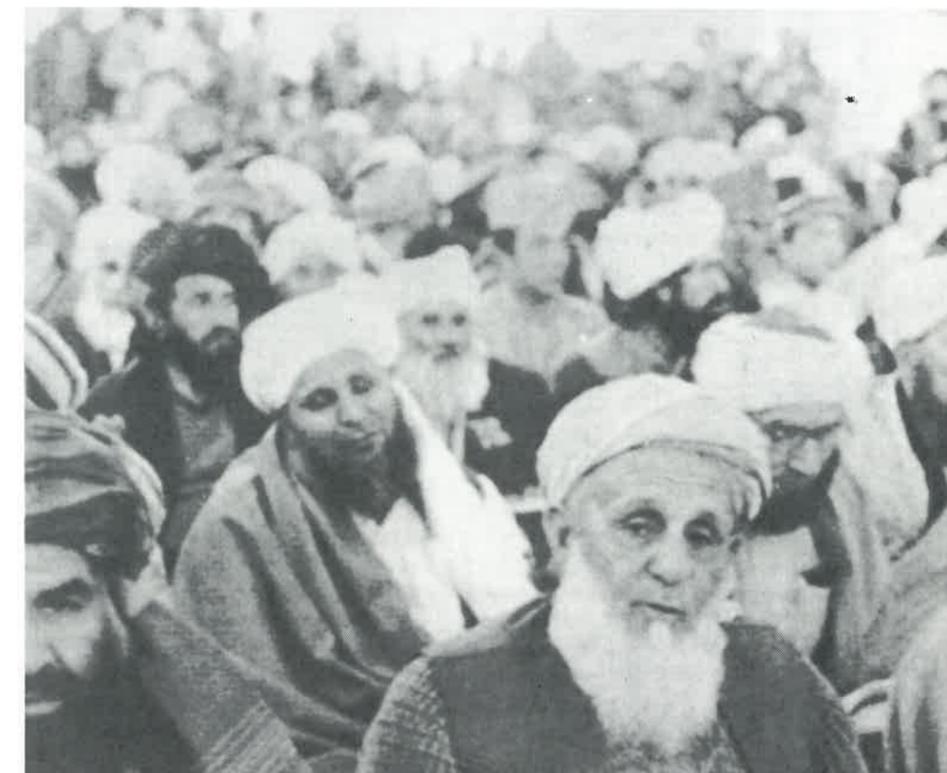
Die Mehrheit der Afghanen praktiziert keinen „fanatischen“, sondern eher einen „weltlichen“ Islam. Die Fundamentalisten, deren Einheiten militärisch ein gefährliches Potential darstellen, verfügen im Vergleich zu König Zaher Schah über relativ wenig Rückhalt in der Bevölkerung.

Diese relative Isolation bestärkt die Fundamentalisten in der Vorstellung, ihre einzige Chance läge darin, mit Waffengewalt und Terror die Kabuler Regierung von „Ungläubigen“ stürzen und in die Einflusssphären der Traditionalisten eindringen zu müssen. Mit persönlichem Terror versuchen sie, demokratische Formen der Politik, wie die Abhaltung von Jirgas (Clan-, Stammesberatungen) zu verhindern und die Kontaktaufnahme von

Mitgliedern der Opposition mit Emissären des Ex-Königs Zaher Schah zu unterbinden.

Z.Z. verstärken die Fundamentalisten ihre Angriffe auf die Hauptstadt Kabul und verschiedene Provinzhauptstädte. Sie versuchen in jüngster Zeit, durch Belagerung und Bombardements die Bevölkerung in den Städten so zu demoralisieren, daß sie sich von der Kabuler Regierung abwenden (27). Durch die fortwährenden Angriffe, durch den Abzug der letzten sowjetischen Einheiten und durch die winterbedingte Blockade der Paßstraßen ist die Sicherheitslage z.Z. insgesamt sehr kompliziert. Den Fundamentalisten gelang aber – ihren Ankündigungen zum Trotz – bislang nirgendwo ein entscheidender militärischer Erfolg.

Die Traditionalisten und ihre Führer Modjadidi, Gailani und Nabi haben den Bruch mit der „Peschawar“-Allianz noch nicht vollzo-



Die Schura, eine Mudjahedin-Versammlung in Islamabad, brachte bis Mitte Februar keine Einigung und auch nicht die vorausgesagte Gegenregierung zustande

gen. Angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Lager der Mudjahedin muß den Traditionalisten die Allianz jedoch wie ein politisches Zwangskorsett vorkommen. Wie das Kräfteverhältnis in der Anhängerschaft der Opposition tatsächlich ist, zeigte eine vom US-Meinungsforschungsinstitut GALLUP 1987 finanzierte Befragung von 2000 Flüchtlingen und Freischärlern. Die Befragung, an deren Methoden und Ergebnissen man ansonsten durchaus Zweifel haben kann, bestätigte nochmals, was viele bereits wußten, was aber von den Fundamentalisten heute noch bestritten wird: 71 % der Befragten wünschen, daß der ehemalige König Zaher Schah die Führung des Landes übernimmt. Für einen „reinen“ islamischen Staat, wie ihn die Fundamentalisten schaffen wollen, votierten nur 12 % und einen Frontkommandanten

würden nur 2 % als Führer akzeptieren (28).

Seit einem halben Jahr werben die Traditionalisten für die Gründung eines „Rates des afghanischen Widerstandes“. In diesem sollen auch die Kommandanten und die Meschad-Allianz eingebunden werden. Sollte dieser Zusammenschluß zustandekommen, dann werden sich die Gewichte im Lager der Opposition wahrscheinlich zugunsten der Traditionalisten verschieben.

Objektiv spaltet dieser Plan die Mudjahedin eher als er sie einigt. Daher fand er bisher auch keine Unterstützung in den USA und Pakistan. Solange diese den Fundamentalisten nicht die Unterstützung entziehen, sehen die Traditionalisten keine andere Wahl, als in der Peschawar-Allianz zu verharren und gleichzeitig verdeckt mit der Kabuler Regierung zu verhandeln, um an einem für sie günstigen Zeitpunkt in eine Koalitionsregierung einzu-

treten. Ein solcher Zeitpunkt ist nach dem Abzug der sowjetischen Truppen gegeben.

Einen konstruktiven Standpunkt vertritt die im Iran angesiedelte Meschad-Allianz, in der vorwiegend Organisationen der Hazaras aus Zentral-Afghanistan zusammengeschlossen sind. Diese Gebiete sind im Herbst letzten Jahres zur „Friedenszone“ erklärt worden.

Dieses bedeutet, daß dort die lokalen Machträger, die z.T. auch mit der Meschad-Allianz kooperieren, mit der Regierung in Kabul einen Waffenstillstand geschlossen haben. Die Meschad-Allianz hat sich im Gegensatz zur Peschawar-Allianz bereit erklärt, über eine Übergangsregierung „unter Ein-schluß aller Kräfte“ verhandeln zu wollen (29).

Seit Dezember 1988 entwickelt die So-

BEGEGNUNGEN IN AFGHANISTAN 1988
GESPRÄCHE UND INTERVIEWS
ZUR POLITIK DER NATIONALEN VERSÖHNUNG



HERAUSGEBER:
INFORMATIONSKREIS AFGHANISTAN

AKTUELL: ZUR LAGE IN AFGHANISTAN
Preis DM 15,-
Bestellen bei:
Andreas Kramer, 4600 Dortmund 1, Mendestraße 18, Tel.: 0231 418713

ami

Der un-
brochene Menschheitstraum,
Form und Inhalt zu einer Einheit zu bringen,
hat nun auch die anti-militarismus-Information
erfaßt.

ami - der meistgelesene Monats-Info-Dienst zur
Rüstung, Militär, Frieden

ami - unabhängig, unbequem, verlässlich Zeitgei-
stern trotzend

ami - seit 1971 eine kompetente anti-militaristi-
sche Stimme

AMI IST JETZT NEU

ami erscheint ab Januar 1989 im neuen Gewand.
Aus dem beliebten Infodienst und Nachschla-
gewerk ami haben wir nun auch eine attraktive
Zeitschrift ami gemacht. Denn wo der Inhalt so
schwer wiegt wie in der ami, da soll das Lesevergnügen
nicht zu kurz kommen. Wir machen Ihnen
ein einmaliges Angebot:

KENNELNERN - ABO 1989

Sie erhalten gratis und ohne weiteren Vorpfl-
chtungen drei Ausgaben der ami (incl. eines The-
menheftes) zum Kennenlernen. Stellen Sie selbst
fest, was der ami so viele treue LeserInnen be-
schert!

ami - bringt verständlich auf den Punkt, was Sa-
che ist in der Militär- und Sicherheitspolitik und
was eine Friedenspolitik berücksichtigen muß -
politisch, rechtlich, theoretisch.

ami - gliedert "den Militarismus" für Sie über-
sichtlich auf. ami ist zum Auseinandernehmen und
Sammeln nach einem durchdachten Rubrikensys-
tem. Sie legen sich mit der Zeit ein umfangrei-
ches Handbuch an.

ami - informiert kompetent und kritisch. Wir le-
sen über 100 Zeitungen und Fachzeitschriften und
werten sie gezielt aus - damit Sie das nicht selbst
machen müssen. In ami-Artikeln sind die Quellen
ausgewiesen. Wenn Sie anfragen, schicken wir Ih-
nen gerne die Originale.

ami - treibt Diskussionen voran. Dreimal im Jahr
erscheint ami als Doppelheft (60 Seiten) zu einem
wichtigen Thema, das wir für Sie aufbereiten -
theoretisch, kontrovers, praxis-orientiert.

Bestellungen des "Kennenlern-Abo 89" bis zum
28.2.89 an:

ami-Verlag, Elßholzstr.11, 1000 Berlin 30. Post-
karte genügt!

antimilitarismus
information

wjet-Diplomatie intensive Vermittlungsaktivi-
täten. Der Vize-Außenminister und Botschaf-
ter in Afghanistan, Woronsow, führte im De-
zember 1988 und Januar 1989 Gespräche
mit Ex-König Zaher Schah, der iranischen Re-
gierung, der Meschad-Allianz der pakistani-
schen Regierung und der Peschawar-Allianz
mit dem Ziel, sie für die „Bildung einer Regie-
rung auf breiter Grundlage“ zu gewinnen.

Diese Verhandlungen bedeuteten nur der
Form nach ein Einlenken gegenüber der For-
derung der Opposition nach „direkten Ge-
sprächen mit den Sowjets“. Faktisch vermit-
telten die Sowjets: „Unsere Mission ist auf
Vermittlung beschränkt und soll dazu beitra-
gen, daß Afghanen einen direkten Dialog am
Tisch friedlicher Verhandlungen führen.“
(30)

Die Verhandlungen Woronsows ergaben,
daß starke Kräfte in der afghanischen Opposi-
tion sowie die Regierungen Pakistans und des
Iran eine politische Lösung anstreben. Nach
Aussagen des afghanischen Präsidenten Nad-
jibullah haben die Regierung des Iran und die
Meschad-Allianz zugestimmt, daß in Afghani-
stan eine Regierung auf breiter Grundlage
und ohne Diskriminierung der bestehenden
Organisationen geschaffen werden sollte.

Ähnliche Positionen, so Nadjibullah, ha-
ben auch „einige Führer“ in Pakistan einge-
nommen. Auch die pakistanische Regierung
habe „sich für eine Regelung mit politischen
Mitteln ausgesprochen“. Nadjibullah zufolge
haben sich die Fundamentalisten jedoch
nicht nur gegen eine Beteiligung der DVPA ge-
wandt, sondern sich auch gegen die Beteili-
gung bestimmter Kräfte aus dem Lager der
Opposition ausgesprochen (31).

Eingesetzt werden könnte eine solche
Übergangsregierung durch eine „Friedens-
konferenz“ oder „Konsultativgruppe“, der al-
le politischen Parteien und Gruppierungen
angehören sollten (32). Die Gespräche mit
Ex-König Zaher Schah ergaben, daß er bereit
ist, politische Funktionen zu übernehmen,
wenn die sowjetischen Truppen Afghanistan
verlassen haben. Die Bildung einer „allge-
mein akzeptierten Regierung“, so Zaher
Schah, sei auch der einzige Weg zu einem um-
fassenden Waffenstillstand.

Der Weg bis dahin ist jedoch steinig, denn
bislang weigern sich militärisch starke Teile
der Peschawar-Allianz mit DVPA-Ministern in
einer Regierung zusammenzuarbeiten. Von
dieser Maximalposition wollen Sie nur abge-
hen, wenn es sich bei den Vertretern der Ka-
buler Regierung um gute „Muslims“ handelt.

Es ist bereits jetzt abzusehen, daß die
Durchsetzung und Kontrolle einer Friedens-
regelung schwer zu bewerkstelligen sein
wird. Ob UN-Truppen eine Sicherung des
Friedens übernehmen, ist noch unklar.

Gorbatschows afghanisch-sowjetischer Vor-
schlag, vorgetragen vor der UN-Vollversamm-
lung Anfang Dezember 1988 zielte darauf ab,
eine UN-Konferenz einzuberufen, die Vor-
schläge zur Erhaltung der Blockfreiheit und
Neutralität Afghanistans und zur Einhaltung
des Waffenstillstandes und Durchführung der
Entmilitarisierung Afghanistans entwickeln
soll.

Z.Z. ist die Koordinierung sämtlicher UN-
Aktivitäten in Sachen Afghanistan bei Gene-
ralsekretär Javier Perez de Cuellar angesie-
delt. Auch entwickelte die UNO ein Hilfspro-
gramm für Afghanistan. Dieses soll die Re-
parierung der afghanischen Flüchtlinge er-
möglichen und Finanzmittel für den Wieder-
aufbau des Landes bereitstellen. 1,16 Mrd \$
stehen in diesem Jahr zur Verfügung und 839
Mio \$ sollen in den nächsten drei Jahren auf-
gebracht werden.

Viel Geld. Aber noch sind die politischen
Voraussetzungen einer solchen Aufbauarbeit
in dem zerstörten Land nicht geschaffen.
Noch herrscht Krieg. Und es ist keineswegs
sicher, ob die bewaffnete Opposition und ih-
re Mentoren genug Vernunft aufbringen wer-
den, sich auf eine friedliche Lösung des Kon-
fliktes einzulassen.

Anmerkungen

- 1) Informationskreis Afghanistan (Hg.), Begegnungen in Afghanistan, Dortmund 1989
- 2) Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 16.8.1988; Darstellung des sowjetischen Oberkommandierenden Gromow
- 3) NZZ, 30.11.1988
- 4) Vgl. Der Spiegel, Hamburg, Nr. 22/1980: Nur 10 % der Bundesbürger hielten es im Frühjahr 1980 für möglich, daß die Sowjets „Afghanistan räumen“ und Afghanistan ein „neutraler Staat“ wird.
- 5) PRAWDA, Moskau, 12.1.1980, Rede von L. Breschnew zur internationalen Lage
- 6) Hg. Informationskreis Afghanistan, ebenda
- 7) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31.8.1988: Dort berichtet der Korrespondent T. Ross: „Seit einem halben Jahr werden die Mudschahedin im östlichen Afghanistan in beträchtlichem Maße von pakistanischen Offizieren beraten“ und „seit der selben Zeit liefern die Pakistanner weit mehr als früher Waffen und Munition direkt an die Kommandeure.“
- 8) Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 28.10.1988
- 9) Bob Woodward, Reagan und die geheimen Kriege des CIA, München 1987, S. 91. Woodward beschreibt die Haltung des US-Sicherheitsberaters Brzezinski im Jahre 1980 so: „Afghanistan war für Brzezinski das sowjetische Vietnam, und er wollte diese Situation entschlossen und rücksichtslos nutzen. Laßt sie ausbluten, hatte er gesagt.“
- 10) Die Bündnisorganisation zur Unterstützung der Politik der Nationalen Versöhnung, die „Nationale Front“, hat über 1 Mio aktive Mitglieder.
- 11) SZ, 19.1.1989
- 12) International Herald Tribune (IHT), Paris, 23.12.1988
- 13) Ebenda, 9.4.1988
- 14) Ebenda, 14.11.1988
- 15) Ebenda, 27.11.1988. Dort wird von einem Treffen zwischen Frau Bhutto und dem Botschafter Oakley berichtet. Dieser soll für die Nominierung Frau Bhuttos nach dem Gespräch „grünes Licht“ gegeben haben.
- 16) FAZ, 20.12.1988
- 17) Vgl. Nadjibullah, Rede vor der Obersten Außerordentlichen Kommission der Nationalen Aussöhnung, 4.1.1987
- 18) Ebenda
- 19) Nadjibullah, Bericht vor dem Plenum des ZK der DVPA, 10.6.1987
- 20) Afghanistan Tribune, Organ der FASA, März/April 1988
- 21) Hg. Informationskreis Afghanistan, Begegnungen in Afghanistan, Dortmund 1989
- 22) Afghanistan Tribune, Juli/August, 1988, S. 14
- 23) Parlamentspräsident Abawi in: Hg. Informationskreis, ebenda
- 24) Informationskreis Afghanistan (Hg.), Begegnungen in Afghanistan, Dortmund 1989
- 25) Afghanistan Tribune, Juli/August, 1988, S. 12 f
- 26) Die Welt, Hamburg, 25.6.1987
- 27) Ebenda, 8.6.1988
- 28) Afghanistan Tribune, Januar/Februar 1988, S. 2
- 29) Unsere Zeit (UZ), Düsseldorf, 5.1.1989
- 30) Außenminister Schewardnadse, vgl. ebenda, 17.1.1987
- 31) Ebenda, 11.1.1989
- 32) Ebenda, 5.1.1989

PHILIPPINEN

RAINER WERNING

Drei Jahre Aquino (I)

„Tötet für Demokratie“

Bereits im Frühjahr glückte Ronald Reagan eine treffliche Formulierung, als er erklärte, die USA unterstützten nicht nur außengesteuerte Contras wie im Falle Nicaraguas. Sie seien gleichsam bestrebt, wie im Falle der Philippinen eine Contra an der Macht zu haben. Daß dieser Vergleich so falsch nicht war, zeigt die Bilanz Rainer Wernings drei Jahre nach dem Sturz des Marcos-Regimes.

Am 25.2.1986 hatte Corazon Aquino den kurzerhand von einer US-amerikanischen Militärmaschine ins Hawaii-Exil ausgeflogenen Ferdinand Marcos als 7. Präsidentin der Republik der Philippinen abgelöst. Eine gleichsam bemerkenswerte – den US-Präsidenten und den Papst, das philippinische „Reformmilitär“ sowie Teile der bundesdeutschen Grünen einschließende – Große Koalition bejubelt, was als „Wunder“, gar „Rosenkranzrevolution von Manila“ in die Annalen eingehen sollte. Ein Volk, so die von reichlich 1 000 auf den Archipel gereisten ausländischen Journalisten ausgehende Botschaft, hatte sich friedlich eines Despoten entledigt und mit „Cory“ seinem Verlangen nach Freiheit und Demokratie, Arbeit und Reis Flügel verliehen.

Nach den aus US-amerikanischer Sicht traumatisch verlaufenen Entwicklungen in Vietnam, Iran und Nicaragua, wo jeweils der Sturz langjährig gestützter Diktatoren mit dem Ausscheren dieser Länder aus der Einflußsphäre Washingtons zusammenfiel, bildeten die Philippinen den (nach El Salvador, Sudan und Haiti) (1) vierten – vorerst – gelungenen Coup der Reagan-Administration, das „Vietnam-Trauma“ zu kurieren. Es gelang durch die rechtzeitige Steuerung der innenpolitischen Krise in den Klientel-Staaten, diese auch forthin an sich zu binden (2).

Als ideologische Verbrämung dieses Prozesses diente das Konstrukt „People Power“, das um so eifriger propagiert wurde, je mehr das Volk und dessen Macht aus der Regierung gebannt blieben. „People's Power“, die von der quasi-legalen und illegalisierten Linken anvisierte Volksmacht im Sinne einer demokratischen Koalitionsregierung, stand für die „demokratischen Umstürzler“ des konservativen bis reaktionären Aquino-Blocks, der „Reformmilitärs“, gruppiert um den damaligen Generalstabschef und heutigen Verteidigungsminister Fidel V. Ramos, sowie der aus der Marcos-Ära übernommenen Technokraten nie ernsthaft zur Debatte.

„People Power“ und die sie verkörpernde Präsidentin sind in den drei Jahren ihrer Herrschaft für all jene zur Bedrohung geworden, die dem geforderten nationalen Konsens ihre Erfolgshaft verweigern. Bekanntlich trägt Geschichte, so sie sich wiederholt, tragikomische Züge. Diese zeigen sich heute in der



Vigilanten beim Polizeitraining in Manila

(staatlich sanktionierten und geförderten) rapiden Verbreitung sog. „Vigilante-Gruppen“ (3), die in Gestalt der „Tadtad“, „Alsa Masa“, „Nakasaka“, „Alsa Moro“, „People's Liberation Organization“ (PLO) usw. operieren. Ihr erklärter Kampfslogan – „Tötet für People Power! Tötet für Demokratie!“ – findet im laizistischen wie sakralen Manila ungeteilte Zustimmung. So erklärte der sonst in gottgefälligen Lavieren geübte Erzbischof der Hauptstadt, Jaime Kardinal Sin: „Scheitert das Waffenstillstandsabkommen und sollte sich der harte Kern der Kommunisten nicht ergeben, so glaube ich mich der Erklärung von Präsidentin Aquino anschließen zu können, gegen sie das Kriegsschwert zu erheben.“ Bereits im Januar 1987 waren die Nonnen und Priester in einem von der Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen (CBCP) zirkulierten Pastoral Schreiben aufgefordert worden, bei Strafe ihres Kirchenausschlusses „die Bande zu den Kommunisten zu lösen“ und „keine Inkonsistenz mit den Werten der Frohen Botschaft zu dulden“ (4).

Wie nun entwickelte sich die neue Regierung nach ihrer Installierung im Frühjahr 1986 und was charakterisiert ihre qualitativen Unterschiede zum „ancien régime“? Eine sorgfältige Analyse der Aquino-Ära läßt drei sich teilweise überlappende Phasen ihrer Herrschaftsstabilisierung erkennen.

Die durch hochfliegende Erwartungen geprägte Aufbruchstimmung (Februar bis März 1986), da Aquino für kurze Zeit erwog, mit einer Revolutionsregierung und -verfassung zu regieren, endete mit der Konstituierung einer verfassungsgebenden Versammlung (ConCom). Deren ca. 50 Mitglieder wurden nicht demokratisch gewählt, sondern von der Präsidentin auf Druck der eigentlichen Königsmacher, des Militärs, in Marcos-Manier handverlesen.

Dieser Schritt bot die Gewähr, daß der berechenbare Teil von „People Power“ – „neue“ Großgrundbesitzer, Kompradoren und Bürokraten – auch künftig die Fäden in der Hand behielt. Bis auf einen Vertreter der Bauern blieb das Gros der Bevölkerung außen vor.

Bis zum November 1986 begleitete die schrittweise Etablierung einer neu-alten, sich nunmehr um den Aquino-, Cojuangco- und Laurel-Clan rankenden Elite, ein „Enrileisierungs“-Prozeß. Zwar hatte der bis dahin amtierende Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, teils wegen seiner langjährigen unrühmlichen Verbundenheit mit Marcos, teils aufgrund US-amerikanischen Drucks hin, seinen Hut zu nehmen. Doch dessen zentrale Forderung, mit dem neugewonnenen Demokratiebonus im Rücken und ohne Rücksichtnahme auf moralische Sentiments gegen die Linke den „totalen Krieg“ zu entfesseln, wur-

de Schritt für Schritt realisiert (5).

Spätestens seit der Jahreswende 1986/87, als Militärs direkt Schlüsselpositionen im Staatsapparat übernahmen und, durch „Corys“ Abstimmungserfolg beim Verfassungsreferendum (Februar 1987) ermuntert (6), den „Vernichtungsfeldzug gegen den Kommunismus“ zum Kernstück ihrer politischen Programmatik machten, wandelte sich die bürgerliche Regierung zu einem militärisch-zivilen Counterinsurgency-Regime (Aufstandsbe-kämpfung).

Die kaum über operettenhaft inszenierte Coups von Teilen des Militärs hinausreichenden „Putsche“ demonstrierte einerseits die „Entschlossenheit“ des Regimes in seinem „Kampf“ gegen die vermeintliche Bedrohung von „rechts“, legitimierte letztlich indes die Eskalation des Terrors gegen alle(s) „Linke(n)“. Dies begründete, wie es Washingtons neuer Botschafter in Manila, Nicholas Platt, im Herbst 1987 formulierte, die Kalkulierbarkeit und Kontinuität der philippinischen Politik!

Von dieser Interpretation bis zur Erklärung Reagans und seines Außenminister Shultz, die Inseln gehörten nunmehr „fest zum Kreis der wiederhergestellten Demokratien“, war es dann nicht mehr weit. Das Aquino-Regime bleibt demnach solange international unterstützungswürdig, wie sich seine über das Charisma „Corys“ vermittelten populistischen Elemente funktionalisieren lassen.

Was diese Variante des Staatsterrorismus im besonderen auszeichnet, ist die im Vergleich zur Endphase der Marcos-Herrschaft ungleich größere politische Flexibilität und soziale Integrationskraft. Marcos' Kardinalfehler war es ja gewesen, seinen Gewaltapparat gegenüber einer klassenmäßig von seinem Regime nicht unterschiedenen Opposition abgeschottet zu haben. Indes sind unter

Aquino sämtliche Kräfte umworben, die sich einem aggressiven Antikommunismus verschreiben.

In philippinischen Geheimdienstberichten (z.B. in dem im vergangenen Herbst publik gewordenen Dossier Oberst Villareals) figurieren u.a. der Weltkirchenrat, Brot für die Welt, die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (eine Bundesbehörde!) nebst westeuropäischen Nichtregierungsorganisationen und Solidaritätsgruppen als „sympathisierendes Netzwerk“ des Linksbündnisses der Nationalen Demokratischen Front (NDF)! So sehr uns ein solcher Humbug allenfalls ein müdes Lächeln abverlangt, kommen derartige Anschuldigungen im Lande selbst existentiellen Bedrohungen bzw. Todesurteilen gleich.

In- wie ausländische Menschenrechtsvereinigungen wie die Philippinische Allianz von Menschenrechtsorganisationen (PAHRA) und amnesty international haben diese Praktiken scharf attackiert – mit dem Resultat, daß die Resonanz in den internationalen Medien, für die in den Philippinen Demokratie herrscht, weitaus geringer als zu Marcos' Endzeit ausfällt (7).

Die größere Gefährlichkeit und relative Stärke des Regimes begründen folgende Faktoren:

Sozial appelliert es unablässig an die Tugend der Amnesie; allen Bekundungen, die Menschenrechte wiederherzustellen und zu achten, zum Trotz ist bis heute kein Militär für Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung unter Marcos' und Aquinos Zeiten zur Rechenschaft gezogen worden. Im Namen nationaler Aus- und Versöhnung soll all das „vergessen“ (gemacht) werden.

Politisch präsentiert es sich zentristisch – „jenseits von Diktatur und Kommunismus“ – , was gerade im westlichen Ausland als „Faszi-



Opfer des Polizeiterrors in Manila

nosum“ gilt. Deshalb bleiben selbst die brutalsten Massaker der Klientel-Regimes entschuldbar und machen die massive Präsenz US-amerikanischer Truppen überflüssig. Sie bleiben jetzt, da als interne Angelegenheit heruntergespielt, unterhalb der Reizschwelle „negativer“ internationaler Publizität.

Ökonomisch verfolgt es in Abkehr von der unter Marcos zentralistisch ausgerichteten Klientelwirtschaft das den Auflagen der Weltbank und des IWF vollauf entsprechende freie Spiel der Marktkräfte. Als dessen Säulen gelten die Importliberalisierung, die Privatisierung sowie Umwandlung eines Teils der ca. 30 Mrd. \$ betragenden Außenschuld in lokale Kapitalbeteiligungen (debt-to-equity-swapping). Tatsächlich begünstigt dies eine Ent-Nationalisierung der Binnenökonomie mit noch unabsehbaren Folgen (8).

In diesem Zusammenhang wird denn auch verständlich, daß weder die anfangs kurzzeitig angepeilte „selektive Schuldenbedienungs“ durchgesetzt noch das nach etlichen Modifizierungen im Sommer 1988 in Kraft getretene „Umfassende Agrarreform-Programm“ (CARP) mit seiner ursprünglichen „Land-dem-der-es-bebaut“-Option auch nur ansatzweise verwirklicht wurde. Stattdessen fließt allein über die Hälfte der Exporteinnahmen in den Schuldendienst, während das mehrphasige CARP ausländische Investoren mit zusätzlichen Anreizen/Konzessionen (Slogan: Diversifizierung der Produktpalette) lockt.

Militärisch wird seit Anfang 1987 ein „verfeinertes“ Counterinsurgency-Konzept umgesetzt. Selbst die untersten politisch-administrativen Einheiten sowie die judikativen Vollmachten sind zur Domäne des Militärs geworden, das sie entweder direkt besetzt bzw. ausübt oder deren Kontrolle gemeinsam mit oder exklusiv durch „Vigilanten“ wahrnimmt. Da Letztere offiziell als „basisnahe Verkörperung von People Power“ legitimiert werden, erübrigt sich eine neuerliche, formelle Proklamation des Kriegsrechts.

Bei alledem handelt es sich um die landesspezifische Ausformung und Umsetzung des sog. „Low-Intensity Conflict“, des Krieges niedriger Intensität. Im Unterschied zur konventionellen Counterinsurgency verzichtet diese Strategie auf die massive (und kostspielige) US-Truppenpräsenz und initiiert selbst in-

stitutionelle, doch systemimmanente Reformen – bis hin zur Demontage politisch kontraproduktiv gewordener, „abgeschliffener“ Diktatoren (9).

Die Präsidentschafts-, Kongreß- und Kommunalwahlen, so werden die Unterstützer und Befürworter Aquinos nicht müde zu betonen, hätten eindeutig den landesweiten Redemokratisierungsprozeß abgeschlossen. Da sind Zweifel angebracht: Wahlen an sich sind freilich ein hin-, längst aber kein ausreichendes Kriterium (wiederhergestellter) demokratischer Verhältnisse. Wären sie das – das Südvietnam Nguyen van Thieu, das Südkorea Chun Doo Hwans und Napoleon Duartes El Salvador usw. – hätten geradezu als Parade-Demokratien flanieren müssen.

Vor dem Hintergrund dieser strukturellen Voraussetzungen des Machtantritts Aquinos und der seitherigen Entwicklung ihrer Administration dechiffriert sich das „Wunder der Februarrevolution“ als – zumindest vorläufig – erfolgreiche, konsistente Konterrevolution. Rückblickend gewinnen die schäumenden, zwischen Ende 1984 und Anfang 1986 veröffentlichten Erklärungen der Präsidentin und ihrer engsten Berater – „den Schutz der Menschenrechte zur vornehmlichsten Aufgabe der Regierung zu machen“, „das Joch krasser wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten

**DIE VON
MENSCHENRECHTSGRUPPEN
DOKUMENTIERTEN FÄLLE
POLITISCHER REPRESSION
REICHEN AN DAS NIVEAU DER
MARCOS-ÄRA HERAN**

und den Despotismus abzuschütteln“ sowie „die nationale Würde und Selbstbestimmung wiederherzustellen“ – eine bizarre Dimension. Sie blieben uneingelöst, unreal und verbrämen doch eine Realität, die Hugo Gutierrez, Richter am Obersten Gerichtshof, als „Überdauern von Vorfällen und Mechanismen des Kriegsrechts“ charakterisiert mit der Konsequenz, daß „sich das Marcos-Regime wiederholt“ (10).

Beginnen wir mit der Menschenrechtspolitik. Konnte sich Marcos zur Durchsetzung seiner politischen Interessen die längste Zeit des Militärs bedienen, so hat letzteres Aquino für seine Zwecke instrumentalisiert. Es konnte und kann dies tun, weil das Militär trotz interfraktioneller Zwigigkeiten mehrheitlich der Präsidentin eigentliche Stütze bildet. In diesem Sinne ist die Politik des Landes militarisierter und die Militarisierung der Gesellschaft als „wiederhergestellte Demokratie“/„People Power“ politisierter denn je zuvor.

Nicht nur reichen die von philippinischen Menschenrechtsorganisationen dokumentierten Fälle politischer Repression an das Niveau der Marcos-Ära heran, die von diesem aus der Taufe gehobenen „Civilian Home Defense Forces“ (CHDF, eine Art paramilitärischer Heimatschutztruppen/Bürgerwehren)

sind, anstatt – wie es die 87er Verfassung vorschreibt – aufgelöst zu werden, schrittweise durch „Vigilanten“ ergänzt oder ersetzt worden.

Als die metropolitane Presse vor deren brutalem Treiben nicht länger die Augen verschließen konnte, reagierten Aquino und das Militär mit der von Marcos meisterlich betriebenen Praxis des Etikettenschwindels: Ende Juli 1988 beschloß die Militärspitze, die notorischen CHDF durch sog. „Citizens Armed Forces Geographical Units“ (CAFGU) und „Civilian Volunteer Organizations“ (CVO) zwecks „Effektivierung des Kampfes gegen den kommunistischen Aufruhr“ abzulösen sowie die „Vigilanten“ als „Bantay Bayan“ (Wächter des Volks) zu deodorisieren. Laut Brigadegeneral Rodrigo Gutang, Vorsitzender des Komitees für Öffentliche Ordnung und Sicherheit im Repräsentantenhaus, beabsichtigt das Militär demnach, bis 1990 150 000 CAFGU-Reservisten zu mobilisieren, die, nachdem reguläre Armee-Einheiten bestimmte Gebiete „von Rebellen gesäubert“ hätten, dort zur Terrainsicherung eingesetzt würden (11).

Die Anzeichen mehren sich, daß selbst in der Hauptstadt die aus Lateinamerika bekannten städtischen Todesschwadronen von hochrangigen Armee- und Polizeioffizieren aufgestellt und mit Waffen versorgt werden, sie also nicht – so die offizielle Lesart – als ausschließlich „rechte ad-hoc-Gruppen“ entstehen. Immerhin liegen Untersuchungsausschüssen des US-Senats Zeugenaussagen wie die des früheren Hauptmannes der salvadorianischen Armee, Ricardo Fiallos, vor, die belegen, daß solche Gruppen „aus Mitgliedern der Sicherheitskräfte gebildet“ und deren Terroraktionen „von führenden Militäroffizieren geplant“ sind.

Offensichtlich formierten sich in Manila bereits vor Monaten unter der Ägide des Western Police Districts (WPD) und des militärischen Regionalen Hauptstadtkommandos (CAPCOM) die „Adler“ und „Waling Waling“ (Orchideen) als aus verschiedenen WPD-Stationen zusammengesetzte und speziell gegen (vermeintliche) NPA-Partisanen eingesetzte Eingreiftruppen. Ihnen obliegt es ferner, untergetaucht, im Untergrund lebende Personen aufzuspüren, Massenorganisationen zu infiltrieren und die in ihren Operationsgebieten/Wohnbezirken lebende Bevölkerung genau zu observieren.

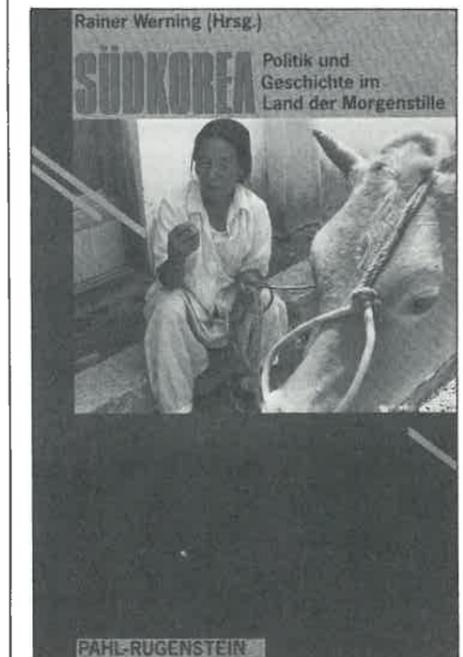
Dem Führungstrio dieser Variante der Todesschwadronen sollen die beiden Obersten Juanito Lagasca und Aladin Dimagaliw sowie WPD-Chef General Alfredo Lim angehören, wobei deren Fäden wiederum im CAPCOM unter Brigadegeneral Alexander Aguirre zusammenlaufen. Laut des in Manila operierenden Kommandos der Neuen Volksarmee (NPA), der Alex Boncayao Brigade (ABB), fungiert Aguirre seinerseits als wichtiger Verbindungsmann zur örtlichen CIA-Dependence (12). *(Wird fortgesetzt)*

Anmerkungen

1) Näheres in: Fred Halliday, Beyond Irangate. The Reagan Doctrine and the Third World, Amsterdam 1987, S.

**„Am hohen Himmel
stehen so viele
Sterne, in unserem
Land gibt es soviel
Kummer.“**

Diese Zeilen aus dem koreanischen Lied „Arirang“ drücken auf subtile Weise das Leid eines Volkes, einer Gesellschaft, aus. Rainer Werning, der die Korea-Informationstelle bei „terre des hommes Deutschland“ leitet, bringt uns Südkorea nahe. Mit Beiträgen von Deutschen und Koreanern zeigen sich die Zusammenhänge von Politik, Wirtschaft, Militär-Strategie, Widerstand und Kultur – des Alltags, der Geschichte und Gegenwart Südkoreas.



Rainer Werning (Hrsg.)
SÜDKOREA
Politik und Geschichte
im Land der Morgenstille
KB 487, 278 Seiten, DM 14,80

Aus dem Inhalt: Leidvolle Geschichte(n) – Kolonialismus und erzwungene Abhängigkeit; Wachstum mit Schattenseiten: Südkorea in den 80er Jahren; Atomwaffen und Atomindustrie in Südkorea; Exportschlager Antikommunismus: Die „Moonies“; Minjung – Facetten des Widerstandes; Schwierige Solidarität: terre des hommes in Südkorea. Beiträge von Deutschen und Koreanern.

Rainer Werning leitet die Korea-Informationstelle „terre des hommes Deutschland“.

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.
PAHL-RUGENSTEIN

Cory Aquino bleibt die wichtigste Trumpfkarte des Militärs



2) Die genauen Mechanismen sind detailliert beschrieben in: Tim Kuschnerus/Rainer Werning: Die Philippinen unter Aquino, Facetten eines Machtwechsels, Frankfurt/M. 1987 und R. Werning (Hg.): Philippinen. Demokratie aus der Wundertüte, Essays, Interviews, Dokumente, Münster 1987

3) Landesweit existieren mittlerweile reichlich 200 dieser faktisch als Todesschwadronen fungierenden „Wächter“-Gruppen, deren Verbreitung im Vorfeld des Verfassungsreferendums (Februar 1987) einsetzte. Nach Manila-Besuchen von Generalmajor a.D. John K. Singlaub (World Anticommunist League; WACL), Ray Cline (einst stellvertretender Direktor) und Roy Prosterman (Landreformexperte unter dem früheren Verteidigungsminister und Präsidenten Magsaysay, in Südvietnam und Mittelamerika) stockte, wie das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ im März 1987 schrieb, der CIA ihre Mittel für Geheimdienstoperationen und der seit 1983 in der Elgin Air Force Base, Florida, stationierte 23rd Air Force First Special Operations Wing (SOW) seine auf dem philippinischen Flottenstützpunkt Clark angesiedelte 1. Air Force Special Operations Squadron mit zusätzlichem Personal auf. Gleichzeitig wies der damalige Innenminister Jaime Ferrer die Provinzgouverneure und Bürgermeister an, in ihren Hoheitsgebieten unverzüglich „Viliganten“ aufzustellen. Siehe: Rev. Thomas Marti, MM., U.S. Intervention in the Philippines. Threat and Challenge, Quezon City 1987, S. 8ff; Sunday Inquirer Magazine, Manila, 29.3.1987, und America's Secret Soldiers. The Buildup of U.S. Special Operations Force, in: The Defense Monitor, Washington, Nr. 2/1985, S. 6-7

4) Zit. nach: Total War (low) Intensity Conflict in the Philippines, in: Justice & Peace Review, Quezon City, Nr. 4/1987, S. 7

5) Unter den vielfältigen diplomatisch-politischen Manövern von Beauftragten des Weißen Hauses in jenem Monat (November 1986) verdiente der Manila-Besuch von Ray Cline und Generalleutnant a.D. Robert Schweitzer besondere Beachtung. Während eines mehrstündigen Geheimtreffens mit Enrile machten sie dem Verteidigungsminister klar, daß eine Destabilisierung Aquinos seitens Washington unerwünscht sei. Ex-General Rafael Iletto löste Enrile ab – ein feinfühliges Schachzug, da Iletto unter Magsaysay/Landsdale seine ersten Sporen als Counterinsurgency-Experte verdiente, aufgrund seiner – stets systemimmanenten – Kritik an Marcos als „Demokrat“ und „Erneuerer“ präsentierbar war und für die US-Regierung der Eindruck vermieden werden konnte, sich unmittelbar in innerphilippinische Angelegenheiten eingemischt zu haben. Vgl. u.a. U.S. News & World Report, Washington, 15.12.1986

6) Juristisch ungewöhnlich genug, ward zwischen dem Ausgang dieses Referendums und dem Verbleib der Präsidentin im Amt ein Junktim hergestellt!

7) Vgl. Frankfurter Rundschau, 16.12.1986. Erst 1986 unterzeichnete Manila die UN-Konvention gegen die Folter. Offensichtlich wollen die Herrschenden dort einer diesbezüglichen Kritik „vorbeugen“, indem die Sicherheitskräfte zum nadelstichigen Terror (spricht: Liquidationen auf offener Straße) übergehen.

8) Siehe Manuel F. Montes, 11 Questions Regarding Nationalist Industrialization, Background paper prepared for the session entitled „The Economics of Nationalist Industrialization“ in the „Forum on Nationalist Industrialization“ sponsored by the Ateneo Center for Social Policy and Public Affairs in cooperation with the Lakas Manggagawa Labor Center, 12 December 1987, at the Asian Institute of Management, Manila.

9) Diese Elemente einer „policy of counterrevolution on the cheap“ erläuterte US-Außenminister George Shultz explizit in seiner am 15.1.1986 an der Washingtoner National Defense University gehaltenen Rede: Low-Intensity Warfare. The Challenge of Ambiguity, in: Current Policy, Washington, Nr. 783/1986

10) Vgl. Inquirer, Manila, 28.8.1988; The NMCL Board, Quezon City, Nr. 11/November 1988 und National Midweek, Quezon City, 7.12.1988

11) Näheres in: pintig – Puls der Befreiung, Nr. 4/1988, hrsg. von der Aktionsgruppe Philippinen e.V. (agph), Polch, November 1988

12) Vgl. Weaving a network of terror, in: Liberation, o.O., Nr. 4/Juli-August 1988, S. 3-6. Diese Strategie stünde im übrigen in Einklang mit dem bereits am 2. Juli 1987 von General Ramos (damals noch Generalstabschef) unterzeichneten und vom „Rat der Obersten und Generäle“ gebilligten „Operationsplan Camia“, in dem unter Punkt 4b (Mission Objectives) explizit der Einsatz eben dieser „Waling Waling“ vorgesehen ist.

NADER BEHZADI

Die Hinrichtungskommandos leeren die Gefängnisse

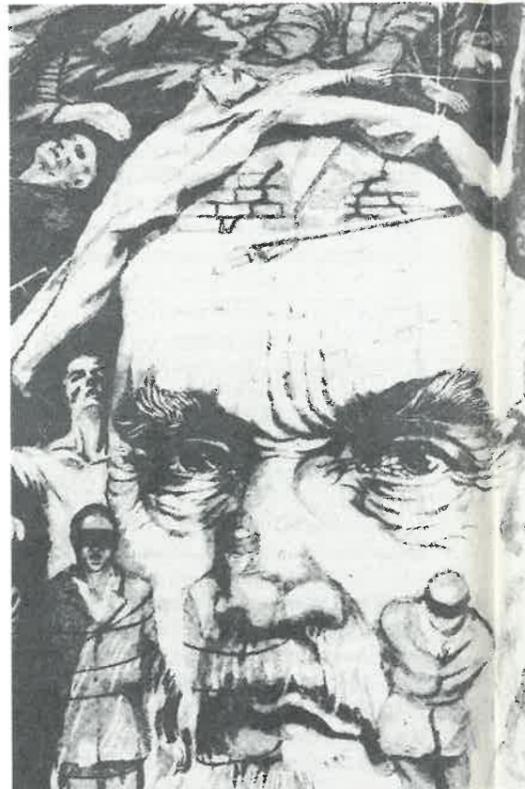
Der Krieg ist vorbei. Das Schießen geht weiter. Nach dem Waffenstillstand mit dem Irak, dem das iranische Regime am 20. August 1988 zustimmte, hat eine beispiellose Welle von Hinrichtungen gegen die politischen Gefangenen begonnen.

Vom Tod ihrer Angehörigen erfahren die Familien mit ein- bis zweimonatiger Verspätung, wenn sie aufgefordert werden, deren Habseligkeiten abzuholen. Um Protestkundgebungen zu verhindern, werden Trauerfeiern untersagt. Der Ort, wo die Toten verscharrt wurden, wird geheimgehalten. Und die Habseligkeiten werden meist nicht am Gefängnis, sondern von den Revolutionskomitees ausgehändigt.

Außerdem wird den Angehörigen auferlegt, über die Hinrichtung zu schweigen. Deshalb ist nur schwer festzustellen, wie viele der politischen Gefangenen der größten Hinrichtungswelle seit 1981 zum Opfer gefallen sind. Daß Schätzungen von mehreren tausend bis 23 000 den Rahmen des Wahrscheinlichen abstecken, darauf deuten viele Berichte über einzelne Gefängnisse, über entdeckte Massengräber und von Angehörigen hin. So sollen mindestens 500 Gefangene im Teheraner Evin-Gefängnis getötet worden sein, indem sie in einem Gebäude zusammengepfercht wurden und es dann in die Luft gesprengt wurde. Nach verschiedenen Aussagen sind in den Gefängnissen von Hamadan und Kerman alle, in dem von Orumieh 200 bis 400 und in dem von Khorramabad 152 von 154 erschossen worden (1). In einem Bericht der UN-Menschenrechtskommission vom November 1988 wird bereits von 1140 Fällen bis Mitte September 1988 gesprochen. Amnesty International hat am 13.12.1988 eine Liste mit 300 belegten Fällen veröffentlicht und erklärt, dies sei nur die Spitze des Eisbergs (2).

In der Regel handelt es sich bei den Hingerichteten um Gefangene, die in den Jahren 1981 und 1982 verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Außerdem sollen bereits Freigelassene erneut verhaftet und erschossen worden sein.

Nach anfänglichem Schweigen kommt die iranische Führung nicht mehr umhin, die Hinrichtungswelle zuzugeben, auch wenn keine Zahlen und Namen genannt werden. Am 6.12.1988 erklärte Präsident Khomeini in einer Fernsehdiskussion, er billige und bestätige die Hinrichtungen. „Denkt ihr, wir sollen den Personen Zuckerbrot geben, die von den Gefängnissen aus Kontakte mit den



Khomeini: „Tötet, schlägt und verhaftet diejenigen, die gegen die islamische Republik sind.“ Gemälde von Schahab Mussawisabe

Monafekin unterhalten, den Leuten, die einen bewaffneten Angriff innerhalb der Grenzen Irans durchführten?“ (3)

Mit dem Schimpfwort „Monafekin“ (Heuchler) meint das iranische Regime die oppositionellen Volksmudjahedin, deren bewaffnete Organisation auf Seiten des Irak gegen den Iran gekämpft hat. Dutzende von ihnen waren zur Abschreckung öffentlich gehängt worden.

Die Volksmudjahedin bezifferten am 1.12.1988 die Zahl der meist heimlich Ermordeten auf 12 000 seit Juli 1988 und erklärten, daß Khomeini persönlich den Befehl gegeben habe, alle politischen Gefangenen umzubringen.

Dies wurde im Januar d.J. durch den Obersten Richter Massavi-Ardebili bestätigt. Er erklärte außerdem: „Als der Imam (Khomeini)

neulich informiert wurde, daß es auf Grund von Problemen (. . .) Zeit braucht, bis Urteile gesprochen werden, (. . .) betonte er, daß wir nicht zulassen dürfen, daß die Vollstreckung der Gottesurteile verzögert wird.“ (4)

Dabei war die bisherige „Gerichtspraxis“ an Schnelligkeit kaum noch zu überbieten. „Prozesse“ dauern in der Regel drei Minuten. Dabei wird der Gefangene lediglich gefragt, ob er „Reue“ bekunde, d.h. seinen politischen Anschauungen abschwört und andere denunziert. Tut er das nicht, so kommt er vor das Erschießungskommando. Da mittlerweile auch die weiblichen Gefangenen diesem Verfahren unterworfen werden, ist zu befürchten, daß ihre Hinrichtung ebenfalls ansteht.

Die Behauptung Khomeinis, es würden nur jene hingerichtet, die Kontakte zu den Volksmudjahedin unterhalten, entpuppt sich nicht nur als Propagandalüge, weil Kontakte nach außen in den Gefängnissen unmöglich sind, sondern weil unterschiedslos Gefangene aller oppositionellen Gruppen betroffen sind.

Zwar dürfte die Mehrheit Anhänger der Volksmudjahedin sein, die das Gros der politischen Gefangenen darstellt. Jedoch befindet sich unter den Hingerichteten auch ein hoher Anteil von Mitgliedern der linken Organisa-

Postkartenaktion des ASK

Gegen die Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen im Iran hat das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) eine Postkartenaktion begonnen, die an das UNO-Zentrum für Menschenrechte gerichtet ist.

So wird's gemacht: Nebenstehenden Text ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an das UNO-Zentrum für Menschenrechte, Palais des Nations, CH-1211 Genf schicken.

IRAN

tionen Tudeh-Partei, Volksfedajin, Weg des Arbeiters, Kurdische Demokratische Partei u.a. Die langen, noch unvollständigen Listen von Ermordeten, die sie veröffentlicht haben, sprechen für sich. Der Großteil der Mitglieder des Zentralkomitees der Tudeh-Partei, die seit 1982 eingekerkert worden waren, wurde mittlerweile hingerichtet.

Jedoch richtet sich die Repression nicht allein gegen die Opposition im Untergrund. Aufgrund der Machtkämpfe in der iranischen Führung stehen auch Vertreter aus den eigenen Reihen auf der Erschießungsliste. Mehrere Dutzend islamische Würdenträger und Anhänger Ayatollah Montazeris, des designierten Nachfolgers Khomeinis, die sich der wirtschaftlichen Liberalisierung nach innen und außen widersetzen, wurden bereits hingerichtet.

Am 23. November 1988 wurde Kazem Sami, Arzt und erster Gesundheitsminister nach der Revolution, ermordet – wahrscheinlich vom Geheimdienst. Seine Beerdigung, an der 150 000 Menschen teilnahmen, wurde zu einer Kundgebung gegen die Regierung (5).

Daß die Hinrichtungswelle mit dem Waffenstillstand im Golfkrieg begann, verweist bereits auf ihren wichtigsten Grund. Es wird jetzt nur noch schwerlich möglich sein, das Ausbleiben sozialer Reformen und die wachsende Verelendung mit den Erfordernissen des Krieges zu begründen. Die steigende Inflation, eine Arbeitslosenrate von offiziell 17 % und der sinnlose Tod von Hunderttausenden haben die Unzufriedenheit wachsen lassen. Mit der Hinrichtung der politischen Gefangenen und der bereits Freigelassenen hofft das Regime, Fatalismus zu verbreiten und zu verhindern, daß die Opposition die Unzufriedenen organisiert.

Zwar sind die illegalen Organisationen schwach. Doch glauben die Machthaber in Teheran anscheinend, daß dies sich ange-

sichts der innenpolitischen Lage schnell ändern könnte, zumal wenn es den verschiedenen demokratischen und linken Organisationen gelänge, sich zusammenzuschließen. Parlamentspräsident Rafsandjani, der starke Mann des Regimes, erklärte kürzlich, die Opposition sei zwar isoliert, jedoch nicht „gelähmt“, und die Sicherheitskräfte sollten für ihre völlige „Stillelegung“ sorgen (6).

Der Augenblick hierfür ist auch aus einem anderen Grund wohlbedacht worden. Da die meisten Weltmächte darauf aus sind, am Wiederaufbau des Landes mitzuverdien, sind von ihnen kaum wirkungsvolle Proteste gegen die Massaker zu erwarten. Bisher haben die UNO, das Europa-Parlament und auch der Bundestag Resolutionen gegen die Hinrichtungen verabschiedet.

Aber allzu hart wollen die einzelnen Regierungen das Regime dennoch nicht anfassen, zumal es sichtlich darum bemüht ist, sich dem Westen zu öffnen. Deshalb ist es auch nicht sonderlich verwunderlich, daß Bundesaußenminister Genscher im November 1988 in Teheran zwar beim Thema Menschenrechte abblitzte, dieser aber dennoch ein Kulturabkommen abschloß.

Es ist zu befürchten, daß selbst verbale Proteste bald jeglichen Sinn verlieren, weil die letzten Gefangenen hingerichtet sein werden. Das iranische Regime hat indirekt bestätigt, daß die Erschießungskommandos täglich tätig sind, indem es eine zehntägige Aussetzung der Hinrichtungen zum 10. Jahrestag der Revolution verkündete.

Anmerkungen

- 1) Vgl. El Pais, Madrid, 26.12.1988 und Iran-Informationsblatt, Extrablatt, o.O., Dezember 1988
- 2) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 14.12.1988 und Iran-Informationsblatt, a.a.O.
- 3) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 17.12.1988
- 4) Zeitung vom Letzeburger Vollek, Luxemburg, 24.1.1989
- 5) Vgl. Le Monde, Paris, 2.12.1988
- 6) NZZ, a.a.O.

Über das UNO-Zentrum für Menschenrechte fordere ich von der iranischen Regierung:

- * Sofortiger Stopp der Hinrichtungen!
- * Schluß mit der Folter!
- * Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!
- * Unverzügliche Einreiseerlaubnis für eine internationale Untersuchungskommission!

(Ort, Datum, Unterschrift)

PETER SCHÜTT

Wie weiter mit der Solidarität?

Das Komitee gegen den Golfkrieg diskutierte in Hamburg

Knapp ein halbes Jahr nach dem Waffenstillstand Irak-Iran treten die unter UNO-Regie laufenden Friedensverhandlungen nach wie vor auf der Stelle. Dies ist nicht die Zeit, der Solidarität mit den Völkern am Persischen Golf adé zu sagen.

Rund 30 VertreterInnen von Friedensinitiativen, Solidaritätsgruppen, Menschenrechtsvereinigungen sowie von irakischen, kurdischen und iranischen Exilorganisationen haben auf einem Seminar des „Komitees gegen den Golfkrieg“ am ersten Februarwochenende in der Hamburger Werkstatt 3 die aktuelle Lage im Mittleren Osten nach dem Waffenstillstand erörtert und darüber beraten, in welcher Form und mit welcher Zielsetzung die Solidaritätsarbeit für die Völker des Iran und des Irak fortgesetzt werden kann.

Daß Solidarität bitter notwendig ist, daran besteht kein Zweifel: Im Irak werden die Kurden weiterhin mit Giftgas verfolgt. Aus dem Iran wird die schlimmste Hinrichtungswelle seit dem Sturz des Schah vor genau 10 Jahren gemeldet. Das „Komitee gegen den Golfkrieg“ wird darum seine Tätigkeit nicht einstellen, sondern als „Solidaritätskomitee für die Verteidigung der Menschenrechte im Iran und Irak“ weiterarbeiten. Zugleich soll eine engere Koordination mit Amnesty International, mit der Gesellschaft für bedrohte Völker, mit dem Antimperialistischen Solidaritätskomitee und mit anderen Dritte-Welt-Initiativen angestrebt werden.

Die Referenten und Diskutanten in Hamburg waren sich darin einig, daß der Frieden zwischen den verfeindeten Golfstaaten keineswegs gesichert ist. Trotz des Waffenstillstandes rüsten beide Staaten weiter, die Genfer Friedensverhandlungen sind an einem toten Punkt angelangt, selbst der Austausch von Kriegsgefangenen ist eingestellt worden. Ein erneuter Kriegsausbruch ist nicht auszuschließen.

Das irakische Regime unterhält an der Frontlinie bewaffnete iranische Widerstandsgruppen, deren Ziel es ist, die Islamische Republik zu stürzen. Jede militärische Aktion von ihrer Seite wäre für den Iran Anlaß und Grund, den Waffenstillstand aufzukündigen.

Das „Komitee gegen den Golfkrieg“ fordert darum, daß die anhaltenden Waffenlieferungen an beide Kriegsparteien endlich gestoppt werden. Dazu zählt nach wie vor die von der Bundesrepublik aus an den Irak gelieferte Giftgastechologie.

Dieselben bundesdeutschen Firmen, die heute wegen ihrer Beihilfe zum Bau einer chemischen Waffenfabrik in Libyen weltweit am Pranger stehen, waren schon Jahre vorher im Giftgasgeschäft mit dem Irak tätig. Seit 1983 haben bundesdeutsche Golfkriegsgegner immer wieder die Einstellung der Chemiewaffenhilfe an den Irak gefordert und dafür kaum öffentliche Resonanz erfahren. Erst als im Frühjahr 1988 bei einem Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabja mehr als 5000 Zivilpersonen grausam getötet wurden, äußerten ein-

zelne Politiker Bedenken gegen den Chemiewaffenexport, aber Konsequenzen haben ihre Einwände bislang nicht gehabt.

Im Inneren beider Länder herrscht alles andere als Frieden. Im Gegenteil, beide Regimes setzen den Krieg nach dem erzwungenen Waffenstillstand mit verstärkter Brutalität gegen die politische Opposition, gegen die religiösen und nationalen Minderheiten im eigenen Land fort.

Das Saddam-Regime im Irak, so berichtete ein Sprecher der Widerstandsbewegung, präsentiert sich gegenüber der eigenen Bevölkerung und in der arabischen Welt als Sieger und rühmt sich seiner überlegenen Waffen, einschließlich der Chemiewaffen. Fast zwei Drittel der zuvor an der Golfkriegsfront eingesetzten Armee sind jetzt in Kurdistan stationiert. Und sie setzt alle Mittel ein, um die nationale Widerstandsbewegung zu zerschlagen. Mehr als 100 000 Kurden sind in die Türkei geflohen und leben dort in Zelten und Elendshütten unter nahezu unerträglichen Bedingungen.

Auch die schiitische Opposition, die annähernd die Hälfte der irakischen Bevölkerung repräsentiert, wird blutig verfolgt. Ihre Sprecher werden als Khomeini-Agenten inhaftiert und hingerichtet. Hoffnung kommt neuerdings von einer breiten nationalen Widerstandsfront, die sich Anfang Januar 1989 in Damaskus offiziell konstituiert hat. Ihr gehören die drei einflussreichsten Befreiungsbewegungen Kurdistans, zwei islamische Parteien, eine prosyrische Abspaltung der regierenden Baath-Partei sowie die KP des Irak an.

Erstes und einigendes Ziel ist der Sturz des Saddam-Regimes. An die Stelle des Einparteiensystems soll ein politischer und religiöser Pluralismus treten, Kurdistan soll autonom werden. Über die staatliche Ordnung soll die Bevölkerung in freien Wahlen entscheiden.

Das Bagdader Regime reagierte auf diese Kampfansage mit hektischer Betriebsamkeit. Es beschloß aus heiterem Himmel den Übergang zu einem Mehrparteiensystem von Saddams Gnaden und verhängte andererseits die Todesstrafe für die Mitgliedschaft in jeder nichtlegalen Organisation.

Widersprüchlich ist derzeit, darüber informierten Vertreter verschiedener Oppositionsgruppen, die innere Entwicklung im Iran. Nach außen hin gibt es Anzeichen für eine gewisse Liberalisierung und für eine Lockerung des Drucks gegenüber den städtischen Massen. Zwischen den Liberalen und den Fundamentalisten ist ein offener Meinungs- und Machtkampf entbrannt. Die Extremisten innerhalb des Staatsapparates, die zugleich die Gegner des Waffenstillstands waren und sind, tragen

die Hauptverantwortung für die Hinrichtungswelle der letzten Monate.

Ihr sind seit dem Waffenstillstand mindestens 2200 politische Häftlinge aus allen Strömungen der Opposition zum Opfer gefallen, Angehörige der linksmuslimischen Volksmudjaheddin, Funktionäre der Tudeh-Partei und anderer linker Gruppierungen, aber auch islamische Geistliche aus Ghom und ehemals enge Vertraute der regierenden Ajatollahs.

Das Regime konnte diese Exekutionen auch darum durchführen, weil es kaum internationale Proteste gab und die Solidaritätsbewegung nach dem vorläufigen Ende des Golfkriegs rasch erlahmte. Auf dem Höhepunkt der Hinrichtungswelle reiste Außenminister Genscher selbst nach Teheran und unterzeichnete ein umfangreiches Handelsabkommen, das offenbar alle weiteren Fragen nach der Einhaltung der Menschenrechte erübrigt hat.

Die Diskussion in der Werkstatt 3 befaßte sich selbstkritisch auch mit den Schwächen und Versäumnissen der eigenen Solidaritätsarbeit. Die bundesdeutsche Linke, das wurde nicht zuletzt von den ausländischen Teilnehmern bemängelt, ist derzeit offenbar so sehr mit eigenen Problemen beschäftigt, daß kaum noch Zeit und Kraft für internationales Engagement bleibt.

Aber Richtungsstreitigkeiten gibt es derzeit nicht nur bei den GRÜNEN und der DKP, sondern mit mindestens dergleichen Heftigkeit beispielsweise in der Tudeh-Partei des Iran. Auch dort streiten Bewahrer und Erneuerer über die Beurteilung der eigenen Vergangenheit wie über die künftige Strategie und Bündnispolitik der Partei.

In allen linken Bewegungen des Nahen und Mittleren Ostens wird anhaltend über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den islamischen Fundamentalisten gestritten. Während die irakischen Kommunisten die Kooperation mit den Schiiten befürworten, neigen die meisten Linksparteien und -gruppierungen aus dem Iran nach den Erfahrungen mit dem Khomeini-Regime zur generellen Absage an religiöse Strömungen. Über dieses Kernproblem demokratischer Bewegungen im gesamten islamischen Kulturkreis besteht auch in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung Diskussions- und Klärungsbedarf.

Nicht minder unklar sind die Positionen zur Kurdenfrage, ohne deren Lösung keine dauerhafte Friedensregelung am Golf möglich ist. Bei diesen Streitfragen geht es nicht nur um interne Probleme der betreffenden Befreiungs- und Widerstandsbewegungen. Ihnen gegenüber kann sich die Solidaritätsbewegung nicht auf die Haltung der „Nichteinmischung“ zurückziehen. Sie sollte den Mut zu eigenen Standpunkten aufbringen und helfen, ein Klima der Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, in dem es möglich ist, miteinander zu streiten und zu helfen.



Erstes Treffen von Repräsentanten der USA und des PLO-Exekutivkomitees in Tunis (l.); Stockholmer Begegnung Y. Arafats mit amerikanischen JüdInnen (r. oben; r. die Juristin Rita Hauser); UNO-Rede Arafats in Genf (r. unten)

INGRID EL-MASRY

Die diplomatische Offensive

Für manche war es die politische Sensation des Jahres 1988: Die USA erklärten sich am 15. Dezember bereit, einen „substantiellen Dialog“ mit der PLO aufzunehmen.

Entscheidend für den Beschluß Washingtons war eine Presseerklärung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vom Abend des 14.12.1988, in welcher „sie die UNO-Resolutionen 242 und 338 akzeptiert, das Recht Israels, in Frieden und Sicherheit zu existieren, anerkennt und dem Terrorismus abschwört“. (1)

Die PLO hatte damit US-Bedingungen für einen Dialog aus dem Jahre 1975 erfüllt, womit die USA kaum gerechnet haben dürften.

Dem vorausgegangen war ein seit der Tagung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) vom November 1988 (2) erbitterter den je geführter Wortkrieg gegen die PLO. Dessen Etappen waren: die US-Visumsverweigerung für den PLO-Vorsitzenden Arafat am 26.11.1988, das Treffen Arafats mit fünf prominenten US-amerikanischen Juden vom „Internationalen Zentrum für Frieden im Nahen Osten“ in Stockholm vom 6.-8.12.1988, Arafats flammende Rede vor der UN-Vollversammlung in Genf am 14.12.1988, die PLO-Pressekonferenz am Abend des 14.12.1988.

Erst letztere stellte die USA zufrieden. Manch einer fragte sich indessen, wodurch sich die letzten „Klarstellungen“ von jenen in Stockholm unterschieden, hatte Arafat doch bereits hier ohne israelische oder amerikanische Gegenleistungen explizit das Existenzrecht Israels anerkannt (siehe Kästen).

Der Krieg der Worte gegen die PLO erscheint im Nachhinein wie ein diplomatischer Eiertanz, um die Wende in der US-Nahostpolitik ohne dramatischen Gesichtverlust vollziehen zu können. Freilich, Gesprächsbereitschaft – auch wenn sie einer faktischen Anerkennung der PLO gleichkommt – ist nur eine Vorbedingung, nicht aber ausreichend für eine Wende hin zu einer realistischen US-Palästinapolitik.

Zwar fanden bereits Mitte Dezember 1988 umgehend Gespräche des damit beauftragten US-Botschafters in Tunis, Pelletreau, mit PLO-Vertretern statt. Doch sind diese Gespräche Ende Januar d.J. über Präliminarien noch nicht hinausgekommen.

Dies ist z.T. dem zum 20. Januar erfolgten Präsidentenwechsel in den USA geschuldet. Die bilateralen Gespräche dienen nach dem Dafürhalten Washingtons nicht Verhandlungen über die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Sie drehten sich bisher ausschließlich um die Chancen einer Nahostfriedenskonferenz, die Haltung der PLO zum Terrorismus, deren möglicher Mit-hilfe bei der Aufklärung des US-Flugzeugabsturzes im schottischen Lockerbie, die Frage direkter Nahostverhandlungen.

Schlußkommuniqué der Begegnung Arafats mit US-amerikanischen Juden in Schweden vom 7.12.1988

Den in UN-Resolutionen enthaltenen Grundsatz bestätigend, der eine Zweistaatenlösung für Israel und Palästina fordert,

1. stimmte der PNC zu, in Friedensverhandlungen im Rahmen einer internationalen Konferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einzutreten, an der die ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats und die PLO als einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes gleichberechtigt mit den anderen Konfliktparteien teilnehmen. Diese Konferenz soll auf der Grundlage der UN-Resolutionen 242 und 338 und des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung stattfinden, ohne Einmischung von außen,

Und kaum ist der Dialog in Gang gekommen, stellen die USA bereits neue Bedingungen für dessen Fortsetzung. Dazu gehört die Aufnahme „gemäßigter“ Palästinenser aus den besetzten Gebieten in die PLO sowie der Ausschluß der Organisationen „Einheit 17“ (ursprüngliche Leibwache Arafats) und der kleinen Gruppe Palästinensische Befreiungsfront von Abu Abbas aus der PLO. Diese werden von den USA der Beteiligung an der „Achille-Lauro“-Entführung und der Ermordung eines US-Bürgers vor vier Jahren beschuldigt. (3)

Die Erfüllung dieser Bedingungen erscheint jedoch fraglich. Schon jetzt ist Arafat für manche Kräfte in und außerhalb der PLO zu weit gegangen, ohne substantielle Zugeständnisse von Seiten der USA oder Israels erhalten zu haben. Und noch eines stimmt skeptisch: Die just in diesem Moment aufgetauchten neuerlichen US-Vorwürfe, das Volksfront-Generalkommando (PFLP-GC) unter

wie es in der UN-Charta vorausgesetzt wird, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat. Diese Konferenz soll alle Aspekte des Palästinaproblems lösen;

2. der PNC rief den unabhängigen Staat Palästina aus und akzeptierte die Existenz Israels als einen Staat in der Region;
3. der PNC erklärte seine Ablehnung und Verurteilung aller Formen des Terrorismus einschließlich des Staatsterrorismus;
4. der PNC forderte eine Lösung des Flüchtlingsproblems in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und Verfahren und entsprechenden UN-Resolutionen (die das Recht auf Rückkehr oder Schadensersatz enthalten).

Die amerikanischen Teilnehmer begrüßten und unterstützten die palästinensische Unabhängigkeitserklärung und die in Algier angenommene Politische Erklärung und waren der Ansicht, daß es kein Hindernis für einen direkten Dialog zwischen der amerikanischen Regierung und der PLO mehr gebe.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 9.12.1988)

rige, stumpfe und unkritische Generation heranzuziehen.

Turgan Arinir, Rechtsanwalt, verglich die erste Phase des Regimes – in abgeschwächter Form auch den jetzigen Zustand – als „die Wiederholung des unter Ludwig XIV. in Frankreich durchlebten Verständnisses ‚l'état, c'est moi', also ‚der Staat bin ich'“. Arinir bezeichnete die heutige Verfassung der Türkei als „Kasernenordnung“. Außerdem seien alle Gesetze „uniformiert“.

Yücel Top, Europavertreter des verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK, zeigte die schlechte ökonomische und rechtliche Lage der türkischen Arbeiter auf. So ist es den Gewerkschaften verboten, sich politisch zu betätigen oder zu politischen Parteien Beziehungen aufzunehmen. Ferner existiert in vielen Arbeitsbereichen ein Streikverbot. Weitere Verbote und Regelungen verhindern eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber dem Staat und den Arbeitgebern.

Arife Kaynar, Lehrerin und Journalistin, bewertete die gesamtgesellschaftliche Konzeption des Regimes gegenüber den Frauen: „Mit dem 12. September wurde die islamische Sichtweise über Frauen zur offiziellen Staatsdoktrin, Schulbücher und Unterrichtsinhalte wurden in dieser Weise verändert.“ So würden emanzipatorische Ansätze verhindert und die Frauen wieder zu ihrer „klassischen“ Rolle – zu Küche, Kinder und Religion – zurückgedrängt.

Im Bereich der Nationalitätenpolitik des türkischen Staates wurden, am Beispiel der

kurdischen Nation, als Anklagepunkte „die Leugnung der Existenz der kurdischen Nation“ und die Unterdrückung ihrer Souveränität, der versuchte Völkermord sowie die politische Verfolgung und wirtschaftliche Ausbeutung aufgeführt.

Serafettin Kaya, kurdischer Rechtsanwalt und selbst sieben Monate Gefangener im Foltergefängnis Diyakir, erklärte: „Seit der Gründung der türkischen Republik ist es die offizielle Staatsideologie, daß es im Lande keine Kurden gäbe, daß es kein ‚kurdisch‘ gibt.“ Die Periode nach 1980 zeichne sich aus durch die höchste Dimension des Staatsterrors, durch die Systematisierung des Versuches, das kurdische Volk zu vernichten.

Rainer Kahrs von der BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte zeigte auf, daß sich die Zusammenarbeit BRD – Türkei nicht nur auf politische und ökonomische Hilfe begrenze. Sie sei auch direkt in der massiven Zusammenarbeit der Armeen, Geheimdienste und Polizeien erkenntlich. Durch den Nato-Status der Türkei könne die BRD das türkische Regime im Bereich der Rüstungsgüter „mit allem Beliefen, was die haben wollen“. Die BRD, so Kahrs, sei in jedem Fall der – leider nicht juristiablen – Mittäterschaft an den dem Militärregime vorgeworfenen Verbrechen anzuklagen.

Am Ende des Tribunals und nach einigen Beratungsgesprächen legte die Internationale Jury ihr Urteil vor:

„Der Militärputsch vom 12.9.1980 – Generalangriff auf die politischen und sozialen Rechte der Völker der Türkei – hat unermessliches Leid über weite Teile der türkischen und kurdischen Bevölkerung gebracht und große Teile der Opposition physisch oder psychisch handlungsunfähig gemacht. (...) Die Verabschiedung der Verfassung vom 7.11.1982 hat die Militärdiktatur nicht zu einer Demokratie werden lassen. Mit der Verfassung und den nachfolgenden Gesetzen (...) sind die politischen Ziele des Militärs, nämlich die Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse und die Ausschaltung der politischen Opposition, festgeschrieben worden.“

Die Jury fordert – nach der Beurteilung einzelner gesellschaftlicher Aspekte –, daß die politische Justiz und die Gesetzgebung des Regimes „revidiert“, eine Generalamnestie erlassen und die Todesstrafe abgeschafft werden müsse. Außerdem müsse die „freie gewerkschaftliche und politische Organisation und Betätigung gewährleistet“ sein und das Selbstbestimmungsrecht der Völker „anerkannt werden.“

Bis dies geschehe, müsse nach Ansicht der internationalen Jury die Aufnahme in die EG ausgesetzt und „jegliche politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe“ eingestellt werden. Die Jury-Mitglieder rufen alle „internationalen und regionalen Organisationen, demokratischen Organisationen und Einzelpersonen auf, sich verstärkt für die Realisierung der genannten Forderungen einzusetzen“.

Weitere Informationen über das „Internationale Tribunal“: Türkei-Informationsbüro, Postfach 91 08 43, 3000 Hannover 91.

SÜDLICHES AFRIKA

MARIANNE KOLTER / PETRA SITTIG

Die Umsetzung des Angola/Namibia-Abkommens hat begonnen

Am 10. Januar d.J. traten die ersten kubanischen Truppenteile den Heimweg an, verabschiedet und gefeiert von der angolanschen Bevölkerung auf dem „Platz des 1. Mai“ in Luanda. Damit hat die Umsetzung des am 22. Dezember 1988 von Angola, Kuba und Südafrika unterzeichneten Vertrages, der zur Unabhängigkeit Namibias führen soll, begonnen.

Der Abzug der kubanischen Truppen war ursprünglich von den USA als Bedingung gestellt worden, über die Umsetzung der Namibia-Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahre 1978 zu verhandeln. Diese Bedingung hatte später Südafrika übernommen.

Bis zum 1. April d.J. sollen 3000 KubanerInnen Angola verlassen. Die Verbleibenden müssen sich bis zum 1. August hinter den 15. Breitengrad, also nach Norden zurückziehen. Bis zum 1. September d.J. sollen 50 % der kubanischen Truppen das Land verlassen, die verbleibenden sich hinter den 13. Breitengrad zurückziehen. Am 1.4.1990 sollen zwei Drittel, am 1.10.1990 76 % der etwa 53 000 kubanischen SoldatInnen Angola verlassen haben, für den 1.7.1991 ist der vollständige Rückzug ausgehandelt.

Wie aus Mosambik 1984 nach Abschluß des Vertrages von Nkomati werden auch aus Angola die Basen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) abgezogen. Damit verliert die südafrikanische Befreiungsbewegung ihre wichtigste militärische Infrastruktur in den Frontstaaten.

Südafrika verpflichtet sich, seine Truppen aus Namibia abzuziehen und der UNITA (Vereinigung zur totalen Befreiung Angolas) des Jonas Savimbi keine weitere Unterstützung zu gewähren, die dieser die Kriegsführung innerhalb Angolas ermöglicht. Letztgenannte Verpflichtung wird Südafrika – so Verlautbarungen von Angehörigen der südafrikanischen Regierung und des Militärs – erst bei vollständigem Abzug der KubanerInnen ein-

gehen.

Ähnlich äußerte sich auch der neue Präsident der USA, George Bush. Dieser hatte in einem Schreiben vom 6.1.1989 Savimbi weitere – auch militärische – Unterstützung zugesagt, bis die angolansche Regierung zu direkten Verhandlungen mit der UNITA bereit sei. Die verdeckte Militärhilfe für die UNITA seitens der USA beläuft sich seit 1986 auf jährlich etwa 15 Mio \$. (1)

In Vorbereitung der irgendwann eintretenden Unabhängigkeit Namibias haben die USA das nördliche Nachbarland Angolas, Zaire, bereits vor Jahren zu einem Nachschubkanal für die angolansche Contra gemacht. Im letzten Jahr ließen sie z.B. anlässlich eines gemeinsamen Manövers mit zairischen Truppen und wohl auch UNITA-Verbänden riesige Mengen an Material für die Contra zurück, um diese für den weiteren Kampf gegen die angolansche Regierung aufzurüsten. (2)

Es wird Aufgabe der internationalen Öffentlichkeit sein, dem Treiben sowohl Südafrikas als auch der USA in dieser Hinsicht auch nach Vertragsabschluß große Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ein weiteres Mosambik, wo auch nach dem Vertrag von Nkomati der RNM (Nationaler Widerstand von Mosambik) südafrikanische Unterstützung für einen brutalen Krieg erhielt, muß verhindert werden.

Auch meldet die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) schon heute, daß Südafrika in der Kaokoveld-Region und in Jamba, dem Hauptquartier der UNITA, mehrere hundert Mann ausbilde, die den Kern einer namibischen Contra bilden könnten (3)

In den US-amerikanischen, aber auch den hiesigen Medien wird das Zustandekommen des Vertrages als letzter diplomatischer Erfolg der Reagan-Administration in der Dritten Welt gelobt, gerade weil Angola auf das sog. Linkage – Unabhängigkeit für Namibia erst nach Abzug der kubanischen Truppen aus Angola – eingegangen ist.

„Aber der Zweck dieses ‚Linkage‘“, so die Frontlinie vom 5.12.1988, „war es, den Friedensprozeß zu behindern, nicht ihn zu fördern. Die USA haben nicht vorausgesehen, daß die Angolaner und Kubaner die Zukunft Namibias mit einem kubanischen Abzug verbinden würden. Ebenso haben sie nicht vorausgesehen, daß die Anti-Apartheid-Bewegung sich in Massenprotesten erheben wür-

de und die Apartheid in ihre bis dahin ernste Krise schicken würde. Und es wurde sicher nicht vorausgesehen, daß das militärische Kräfteverhältnis sich zugunsten Angolas entwickeln würde. Crockers Erwartung, daß Südafrika im Innern stabil bleiben würde und daß der Krieg niedriger Intensität, den die UNITA führte, Angola niederringen würde.“

Auch die Financial Times vom 16.11.1988 hatte als zentralen Grund für das Zustandekommen des Vertrages die Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Südafrika und Angola angeführt. Hier ist besonders die militärische Niederlage der vereinigten Truppen der UNITA und Südafrikas bei Cuito Cuanavale im Frühjahr letzten Jahres zu nennen.

Desweiteren – so die Financial Times – ha-



Diplomaten nach der Unterzeichnung des Angola/Namibia-Abkommens in New York: Botha, Crocker, Santos Franca, Quesada (v.l.n.r.)

Abkommen zwischen Angola, Südafrika und Kuba

Am 22.12.1988 unterzeichneten die Außenminister Angolas, Kubas und Südafrikas in New York ein Abkommen, das die Unabhängigkeit Namibias und die Beendigung der Konflikte im Südwesten Afrikas zum Ziel hat. Wir dokumentieren den Vertrag ohne die Präambel.

1. Die Vertragspartner ersuchen den Generalsekretär der Vereinten Nationen, sofort vom Sicherheitsrat die Vollmacht zu erlangen, mit der Durchsetzung der UNSCR 435/78 (Resolution Nr. 435 des UN-Sicherheitsrates von 1978; d. Red.) am 1. April 1989 zu beginnen.
2. Alle militärischen Einheiten der Republik Südafrika verlassen Namibia in Übereinstimmung mit der UNSCR 435/78.
3. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der UNSCR 435/78 arbeiten die Republik Südafrika und die Volksrepublik Angola mit dem Generalsekretär zusammen, um die Unabhängigkeit Namibias durch freie und faire Wahlen zu gewährleisten und enthalten sich jeder Handlung, die die Durchführung der UNSCR 435/78 verhindern könnte. Die Vertragspartner respektieren die territoriale Integrität und Unverletzbarkeit der Grenzen Namibias und sichern zu, daß ihr Territorium weder von einem Staat, einer Organisation oder Person genutzt werden wird im Zusammenhang mit Kriegshandlungen, Aggression oder Gewalt gegen die territoriale Integrität oder die Unverletzbarkeit der Grenzen Namibias oder jeglicher Aktion, die die Durchsetzung der UNSCR 435/78 verhindern könnte.
4. Die Volksrepublik Angola und die Republik Kuba werden das bilaterale Abkommen, das am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens unter-

- zeichnet wird und den Rückzug der kubanischen Truppen in den Norden sowie deren schrittweisen und totalen Abzug vom Territorium der Volksrepublik Angola vorsieht, und die Vereinbarungen umsetzen, die sie mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Überprüfung dieses Abzuges vor Ort getroffen haben.
 5. Übereinstimmend mit ihren Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen werden sich die Vertragspartner der Androhung oder des Gebrauchs von Gewalt enthalten und sicherstellen, daß ihre jeweiligen Territorien weder durch einen Staat noch eine Organisation oder Person im Zusammenhang mit Kriegshandlungen, Aggression oder Gewalt gegen die territoriale Integrität oder die Unverletzbarkeit der Grenzen oder die Unabhängigkeit eines Staates im Südwesten Afrikas benutzt werden.
 6. Die Parteien werden das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten im Südwesten Afrikas respektieren.
 7. Die Vertragspartner werden aufrichtig alle Verpflichtungen erfüllen, die sie mit diesem Abkommen eingehen, und durch Verhandlungen und im Geist der Verständigung alle Streitigkeiten bezüglich seiner Auslegung und Durchführung lösen.
 8. Dieses Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.
- (QUELLE: Granma, Havanna, 23.12.1988)

südostasien informationen

Heft Nr. 4/88

Tourismus

- Warum Massentourismus? Zur Kultur des Fernwehs
- Thailand: Im Land des Lächelns vergeht den Frauen das Lachen
- Initiativen für einen alternativen Tourismus: ECTWT Bangkok, und CST, Manila
- Große Reiseführer-Sammelbesprechungen

und wie immer:

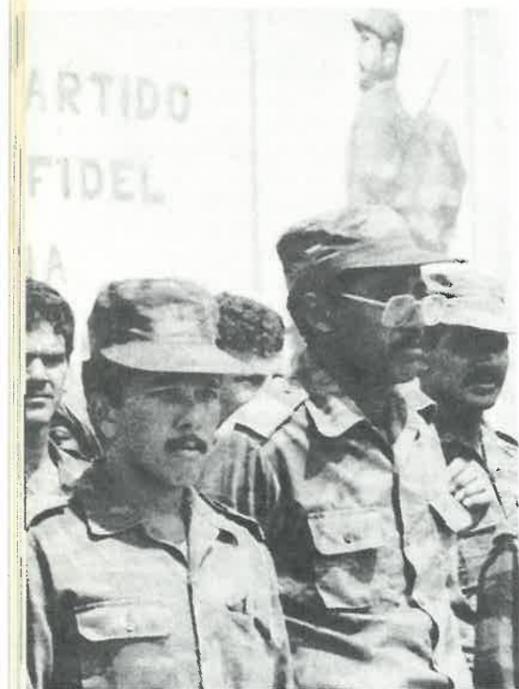
Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus zum Teil schwer zugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:
1/89 Region der Vielvölkerstaaten

südostasien informationen

erscheinen vierteljährlich
Einzelverkauf: 6,- DM
Jahresabonnement: 24,- DM für Einzelpersonen
48,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71,
4630 Bochum,
Tel.: (0234) 50 27 48



Kubanische Truppeneinheit vor dem Verlassen Angolas in Luanda

be das Scheitern der Politik der internen Lösung in Namibia Südafrikas Haltung geändert. Die weitere Besetzung der letzten afrikanischen Kolonie durch Südafrika sei letztendlich für den Apartheidstaat nicht mehr fi-

nanzierbar. Südafrika hat im Jahr etwa 400 Mio \$ für die Besetzung, insbesondere für das Militär, aufgebracht.

Die anhaltende Wirtschaftskrise in Südafrika machte ein Umdenken in bezug auf Namibia notwendig. Hierzu dürfte auch die wachsende wirtschaftliche Isolierung des Landes beigetragen haben. Insbesondere die Kapitalbeschaffung wird aufgrund der Sanktionsdiskussionen im Ausland für Südafrika immer schwieriger.

Innenpolitisch hat sicher die hohe Zahl der Wehrdienstverweigerer eine Rolle gespielt. Immer mehr junge Männer lehnten es ab, in einen sinnlosen Krieg in Angola zu ziehen. Gerade die beruflich hochqualifizierten unter ihnen verlassen in großer Zahl das Land, ein weiterer Verlust an ohnehin mangelnden qualifizierten Arbeitskräften. In der weißen Bevölkerung gab es zudem Anzeichen von Beunruhigung und Ablehnung wegen des militärischen Einsatzes in Angola, aber auch in Namibia, da immer mehr Tote oder Verletzte zu beklagen waren.

All diese Gründe zusammengenommen, dürften in der südafrikanischen Regierung zu dem Schritt geführt haben, diese Verhandlungen mitzumachen und den Vertrag zu akzeptieren. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß Südafrika auch diesen Vertragsabschluß als ein aktuell notwendiges Übel betrachtet, dessen Einhaltung – oder eben auch Nichteinhaltung – sie sich bis auf weiteres vorbe-

hält. Zumindest ist nicht absehbar, daß Südafrika auf seine Söldnertruppen als Mittel der Destabilisierung der Frontstaaten verzichtet.

Wenn auch der Prozeß der Umsetzung der UNO Resolution 435 in Namibia nicht umkehrbar sein dürfte, wird erst die Zukunft zeigen, wie weit Südafrika die Souveränität eines unabhängigen Namibia anerkennen wird. Militärische Überfälle, wie dies bei anderen Nachbarstaaten immer wieder geschehen ist, sind nicht auszuschließen. Auch große Teile der namibischen Bevölkerung, die direkt von der Apartheidstruktur als Beschäftigte abhängen, könnten von Pretoria als Faustpfand betrachtet werden. (4)

Mit Sicherheit wird Pretoria darauf bauen, daß die namibische Wirtschaft auch nach der Unabhängigkeit strukturell nahezu total an Südafrika hängen wird. Das Ansinnen, der einzige Tiefseehafen des Landes, Walvis Bay, gehöre nicht zu Namibia, sondern sei Teil Südafrikas und falle damit nicht unter den Vertragsabschluß, deutet in diese Richtung. In Wirtschaftskreisen Südafrikas dürfte bekannt sein, daß auch nach Erringung der Unabhängigkeit noch profitable Geschäfte möglich sind. Diese Erfahrung haben gerade die großen südafrikanischen Konzerne in Simbabwe gemacht.

Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, unterstrich für den Fall eines Wahlsieges seiner Organisation: „In unserem Programm ist von sozialistischen Veränderungen im Bereich der Wirtschaft die Rede. Das ist aber ein Fernziel, zu dessen Verwirklichung viele Jahre nötig sein werden. Wir dürfen hierbei nicht vergessen, daß unser Land in ökonomischer Hinsicht eine Geisel Pretorias und der multinationalen Konzerne ist. Wir sind Realisten genug, um zu begreifen, daß die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen in absehbarer Zukunft nicht einfach abgebrochen werden können.“ (5)

Diese Äußerung Nujomas reiht sich ein in eine Reihe von Verlautbarungen führender VertreterInnen der SWAPO, die sie sowohl gegenüber NamibianerInnen wie auch der internationalen Öffentlichkeit bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes machten. Und Äußerungen der SWAPO, darüber sind sich alle BeobachterInnen Namibias einig, sind Äußerungen der zukünftigen Regierungsmehrheit des Landes.

Wurde Südafrika aufgrund seiner wirtschaftlichen Krisenlage und der militärischen Niederlage des letzten Jahres in Angola an den Verhandlungstisch gezwungen, so war auch die angolansische Regierung durch anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten gezwungen, sich für eine Verhandlungslösung zu entscheiden. Ihre Hoffnung mag dabei gewesen sein, daß die Handlungsmöglichkeiten der UNITA durch einen internationalen Vertrag zumindest eingeschränkt werden.

Für das von Kriegsfolgen stark betroffene Land wird es auch eine Erleichterung sein, wenn keine südafrikanischen Truppen mehr an den Einsätzen der UNITA beteiligt sind. Es darf ja nicht vergessen werden, daß nahezu kontinuierlich seit Erringung der angolani-

schen Unabhängigkeit 1975 südafrikanische Truppen im Land waren und zeitweise die südlichen Landesteile 200–300 km weit besetzt hielten. Die enormen Kosten für die Rüstung, aber auch die Folgekosten der Zerstörungen durch den Krieg haben die angolansische Wirtschaft bis an den Rand des Zusammenbruchs belastet.

Inwieweit die MPLA-Regierung sich zu direkten Verhandlungen mit der UNITA bereit finden wird, ist heute noch nicht abzusehen. Erste Äußerungen des stellvertretenden Verteidigungsministers, General Antonio Dos Santos Franca, lassen auch hier auf einen Positionswandel schließen. Als erste Maßnahme zur inneren Entspannung hat die angolansische Regierung am 4.2.1989 ein Amnestiegesetz für alle UNITA-Angehörigen erlassen, die die Waffen niederlegen. Auch wurde nicht ausgeschlossen, daß hohe UNITA-Funktionäre auf entsprechende Posten in der angolanschen Administration hoffen können.

Der von Washington vermittelte Vertragsabschluß zwischen Angola, Kuba und Südafrika zur Umsetzung der Resolution 435, der den Weg frei macht zu freien Wahlen in Namibia und dieses Land in die Unabhängigkeit bringen kann, ist ein wichtiger Schritt zur Lösung der Konflikte in der Region des Südlichen Afrika. Dieser Vertragsabschluß ist auch, anders als dies bei den Verträgen zwischen Südafrika und anderen Nachbarstaaten wie etwa Mosambik der Fall war, ein erstes deutliches Eingeständnis der Erfolglosigkeit der südafrikanischen Politik des vergangenen Jahrzehnts.

War Südafrika nach der Erringung der Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Kolonien und Simbawwes Mitte bzw. Ende der 70er Jahre angetreten, diesen Prozeß insoweit umzukehren, als ein Verbund abhängiger Staaten unter südafrikanischer Vorherrschaft für die Region geschaffen werden sollte, muß es heute sogar seine „ursprüngliche“ Kolonie Namibia in die Unabhängigkeit entlassen. Die Destabilisierungspolitik, auf die das Apartheidregime als Mittel zur Durchsetzung seines Ziels setzte, hat sich als kontraproduktiv auch für Südafrika selbst herausgestellt.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Südafrikas in der Region die Frontstaaten zu ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwingt, deren Preis die Bevölkerung der jeweiligen Länder zu zahlen hat. Auch verzichtet Südafrika nicht auf sein ungeheures militärisches Potential, das für alle seine Nachbarstaaten eine bleibende Drohung ist.

Einschätzungen, die besagen, ein Frieden im Südlichen Afrika sei erst möglich, wenn die Apartheid abgeschafft ist, ist daher unbedingt zuzustimmen. Dies ist eine Frage des inneren Kräfteverhältnisses in Südafrika und des äußeren Drucks, der weiteren Isolierung der Apartheid.

- Anmerkungen
 1) International Herald Tribune, Paris, 13.1.1989
 2) Abrüstungsinfo, Köln, Nr. 11/1988
 3) Süddeutsche Zeitung, München, 1.2.1989
 4) New African, London, Dezember 1988
 5) Neue Zeit, Moskau, Nr. 49/1988
 6) Süddeutsche Zeitung, 30.1.1989



ECASAAMA DOSSIER

Westeuropäische Unterstützung für die UNITA

Im Dezember 1988 veranstaltete die Europäische Kampagne „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola“ (ECASAAMA) in Bonn eine internationale beachtete Konferenz. Wir dokumentieren die dort vorgelegte Kurzfassung eines Dossiers über die von Westeuropa ausgehende Unterstützung für die angolansischen Contras der UNITA.

Die Perspektive einer regionalen Konfliktlösung im Südlichen Afrika, die sich mit der Beendigung der direkten südafrikanischen Aggression gegen Angola sowie der Umsetzung der Resolution 435/78 des UN-Sicherheitsrates zur Dekolonisierung Namibias deutlich abzeichnet, läßt erwarten, daß die Kampagnen zur Unterstützung der UNITA (Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas; d. Red.) durch ihre jeweiligen Lobbies, sowohl in Europa als auch in den USA, in der nächsten Zeit verstärkt werden.

Die Zukunft sieht für die Organisation Jonas Savimbis dennoch recht unsicher aus. Von den Verhandlungen für ein Abkommen war sie ausgeschlossen, da die angolansische Regierung sich weigerte, ihr einen autonomen Status zuzusichern, denn die UNITA erhält militärische und logistische Unterstützung vor allem von Seiten Südafrikas.

Der UNITA wird durch den allmählichen Rückzug der südafrikanischen Armee aus namibischem Gebiet, der die Voraussetzung für freie Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen darstellt, die direkte Hilfe Pretorias entzogen. Ohne diesen Schutz jedoch kann sie sich langfristig nicht gegenüber der

angolanischen Armee behaupten.

Mehr als je zuvor baut sie auf internationale Unterstützung. Mit dieser Unterstützung verbunden ist die Hoffnung, daß die angolansische Regierung durch Druck auf Luanda zu direkten Verhandlungen mit der UNITA im Rahmen einer sog. „nationalen Versöhnung“ veranlaßt werden kann.

Dagegen fördert die angolansische Regierung die gesellschaftliche Wiedereingliederung von jenen UNITA-Mitgliedern, die bereit sind, die Waffen niederzulegen und Savimbis Organisation zu verlassen. Diese Politik der Amnestie hatte bereits bei der Reintegration früherer Führungskräfte und Kämpfer der FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas) Früchte getragen. Seit 1978 sind mehrere hundert ehemalige FNLA-Aktivisten ins Land zurückgekehrt, die heute u.a. auch in der Verwaltung und in Staatsbetrieben arbeiten.

„Wir werden unsere Landsleute, die sich der UNITA – ob als militärische oder zivile Funktionsträger und als Führungskräfte – angeschlossen haben, wieder akzeptieren, umso mehr, als wir wissen, daß sie durch die persönlichen Ambitionen einiger Einzelpersonen und von Pretorias expansio-

Abkommen zwischen Angola und Kuba

Am 22.12.1988 wurde in New York von den Außenministern Angolas und Kubas ein Abkommen über den schrittweisen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola unterzeichnet, das wir ohne die Präambel dokumentieren.

Artikel 1

Einleitung des schrittweisen Rückzugs bis zum 15. und 13. Breitengrad und des vollständigen Abzugs des Kontingents von etwa 50 000 Menschen, die die in der Volksrepublik Angola stationierten kubanischen Truppen bilden, nach Kuba. Dies geschieht entsprechend dem Rhythmus und der Fristen, die in dem beigefügten Zeitplan, der Teil dieses Abkommens ist, festgelegt sind. Der vollständige Abzug wird am 1. Juli 1991 abgeschlossen sein.

Artikel 2

Die Regierungen der Volksrepublik Angola und der Republik Kuba behalten sich das Recht vor, ihre Verpflichtungen, die aus dem Artikel 1 dieses Abkommens entspringen, zu verändern in dem Falle, daß flagrante Verletzungen des Drei-Parteien-Abkommens (siehe Kasten; d. Red.) festgestellt werden.

Artikel 3

Beide Parteien rufen unter Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen den Sicherheitsrat auf, die Überprüfung der schrittweisen und vollständigen Rück- und Abzugs der kubanischen Truppen vom Territorium der Volksrepublik Angola durchzuführen. Zu diesem Zweck wird ein entsprechendes Protokoll vereinbart.

Artikel 4

Dieses Abkommen wird zum Zeitpunkt der Unter-

zeichnung des Drei-Parteien-Abkommens zwischen den Regierungen der Volksrepublik Angola, der Republik Kuba und der Republik Südafrika in Kraft treten. (. . .)

Zeitplan

Zur Erfüllung des Artikels 1 des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Kuba und der Regierung der Volksrepublik Angola über die Beendigung der internationalistischen Mission des kubanischen Militärkontingents, das sich auf angolanschem Territorium befindet, legen beide Parteien folgenden Zeitplan für den Abzug fest:

Fristen: Vor dem 1. April 1989 (Tag, an dem die Anwendung der Resolution 435 beginnt), eine Truppenstärke von 3000.

Vollständige Dauer des Zeitplans, der mit dem 1. April 1989 beginnt: 27 Monate.

Rückzug nach Norden: Bis zum 15. Breitengrad, am 1. August 1989. Bis zum 13. Breitengrad, am 31. Oktober 1989.

Stärke der abziehenden Truppen: Bis zum 1. November 1989, 50 000 (50 %). Bis zum 1. April 1990, 33 000 (66 %). Bis zum 14. Oktober 1990, 38 000 (76 %), bleiben 12 000. Bis zum 1. Juli 1991, 50 000 (100 %). Es wurde eine kubanische Truppenstärke von 50 000 zugrunde gelegt.

(QUELLE: Granma, Havanna, 23.12.1988)

nistischen Zielen getäuscht wurden“, erklärte der angolische Verteidigungsminister im Oktober 1988. „Wir sind (jedoch) nicht bereit, uns mit der UNITA als Organisation auf gleichberechtigter Ebene zu einigen oder die Macht mit ihr zu teilen. Das können wir nicht akzeptieren, denn es wäre für uns gleichbedeutend damit, unserem gesamten Freiheitskampf untreu zu werden.“

Die UNITA kann für sich keinerlei historische Legitimität beanspruchen oder behaupten, den portugiesischen Kolonialismus bekämpft zu haben, wie dies ihre in den Medien recht präsenten Apologien im Westen behaupten, ohne mit der Wimper zu zucken. Westliche Medien finden besonders Gefallen daran zu behaupten, die „russisch-kubanische“ Intervention von 1975 hätte die UNITA um ihr Recht an der Beteiligung an der Macht im unabhängigen Angola gebracht.

Dieses für ECASAAMA erstellte Papier belegt eindeutig, daß die UNITA „im gemeinsamen Kampf gegen die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas)“, wie dies Savimbi selbst in seiner Korrespondenz mit führenden Kolonialbeamten formuliert hatte, mit der politischen Polizei und der Armee des portugiesischen Salazar-Regimes zusammengearbeitet hat. Ebenso beweist die Rekonstruktion jener Ereignisse, die der südafrikanischen Intervention von 1975 vorausgingen, daß die FNLA und die UNITA für den Bruch des Abkommens von Alvor verantwortlich waren. In diesem Abkommen war im Januar 1975 die Bildung einer Übergangsregierung festgelegt sowie ein Zeitplan

steht im Widerspruch zu den Fakten, die einige der Hauptfiguren liefern. Der frühere CIA-Agent John Stockwell, verantwortlich für Operationen in Angola, weist beispielsweise in seinem Buch „In Search of Enemies“ nach, daß die südafrikanische Invasion bereits vor der Ankunft kubanischer Truppen erfolgte.

All diese Informationen sind der Öffentlichkeit zum Teil durchaus zugänglich. Aber sie hindern die Freunde der UNITA in den USA und in Europa scheinbar nicht daran, immer noch die gleichen Argumente wie vor Jahren vorzubringen, wenn es um die Verteidigung der historischen „Rechte“ der UNITA bei der Machtverteilung in Luanda geht. Bei näherer Betrachtung stellt sich dann auch heraus, daß die UNITA-Lobbys weltweit identisch mit jenen sind, die Pretoria unterstützen. So ist es nicht verwunderlich, daß sie wider besseres Wissen argumentieren.

Der Kampf, den die UNITA während all der Jahre gegen die Zentralregierung in Angola geführt hat, verhalf Savimbi in den Augen seiner Freunde zu dem Image eines „Freiheitskämpfers“. In wenigen Veröffentlichungen nur wird auf seine Abhängigkeit von Südafrika hingewiesen. Trotz der Faszination, der einige Journalisten während ihrer Besuche in Savimbis Hauptquartier in Jamba erlagen, hat dieser Kampf, den Savimbis Männer führen, tatsächlich nichts mit einem „Volkskrieg“ gemein.

Die UNITA hat in all den Jahren eine Militärstrategie verfolgt, in deren Vordergrund Sabotageakte gegen zivile Infrastruktureinrichtungen und die Einschüchterung und Terrorisierung der Bevölkerung standen, sobald diese sich weigerte, mit der UNITA zu kollaborieren. Keine Guerillabewegung dieses Jahrhunderts, die wirklich den Freiheitswillen eines Volkes verkörperte, hat je solch grausame Methoden angewandt wie die systematische Ausplünderung der schutzlosen Landbevölkerung, den tausendfachen Einsatz von gegen Menschen gerichteten Minen oder die gewaltsame Rekrutierung von Jugendlichen, um ihre Kampfeinheiten zu verstärken.

Aber für die UNITA sind solche Methoden ebenso charakteristisch wie für andere Pseudo-„Freiheitsbewegungen“ der Reagan-Ära. Das sollte den wenigen Personen des politischen Lebens zu denken geben, die die UNITA unterstützen, ohne selbst rechten Gruppierungen anzugehören. Hierbei handelt es sich vor allem um einige portugiesische Sozialisten und Sozialdemokraten. Die Mehrheit der Kräfte, die die UNITA in Europa unterstützen, wird dies dagegen mit Sicherheit nicht beunruhigen. Denn bei ihnen handelt es sich um vielfach miteinander verflochtene Gruppen, die eindeutig zur Rechten gehören, meist zur radikalen Rechten.

Als die Unterstützung für Jonas Savimbi nach dem Ende des portugiesischen Kolonialsystems in die Hände des Apartheidregimes wechselte, erbe er ein ganzes Beziehungsgeflecht seiner früheren und gegenwärtigen Beschützer. Die Unterstützung, die Savimbi von der Reagan-Administration sowie von der „Heritage-Foundation“ und der „World Anti-Communist League“ erfahren hat, ist gewissermaßen auch ein Ergebnis der Kollaboration der UNITA mit dem Apartheidregime.

Pretorias regionale Strategie der Schwächung der Regierungen der engagiertesten der Frontstaaten, um ihren Sturz herbeizuführen, ist von Washington kräftig unterstützt worden. Seitdem das Clark-Amendment (Untersagung offizieller US-amerikanischer Unterstützung für angolische Organisationen; durch den Kongreß; d. Red.) 1985 außer Kraft gesetzt wurde, kann Pretoria auch auf offene Unterstützung der US-Regierung für Savimbi UNITA rechnen.

Die im Auftrage ECASAAMAs vorgenommene Untersuchung der europäischen „Freundeskreise“ der UNITA zeigt auch, daß zwischen den hartnäckigsten Befürwortern der UNITA, westlichen Geheimdiensten und dem Apartheidregime selbst fortwährende Verbindungen bestehen.

Da ist beispielsweise Samvimbis Berater und persönlicher Freund, der französische Journalist und Autor Dominique de Roux. De Roux war Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes und ein persönlicher Freund des damaligen Leiters Alexandre de Marenches. Gordon Winter, ein früherer Agent des südafrikanischen Nachrichtendienstes, schreibt in seinem Buch „Inside the Boss“, er habe von seinem Vorgesetzten Jack Kemp die folgende Antwort erhalten, als er ihm um Aufklärung über de Roux ersuchte: „Wir wissen alles über ihn. Er ist ein wichtiger Offizier des französischen Nachrichtendienstes. Den Journalismus benutzt er nur als Deckmantel. Er organisiert wichtige Waffen- und Munitionstransfers für die UNITA, und außerdem redigiert er sämtliche Communiqués Savimbis, bevor sie aus dem UNITA-Büro nach Paris gehen. De Roux' psychologische und logistische Unterstützung der UNITA beruht auf einem wechselseitigen Abkommen zwischen dem SDECE (dem französischen Geheimdienst – heute DGSE), der CIA und dem südafrikanischen Geheimdienst. Ihr Ziel ist es, Savimbi solange über Wasser zu halten, bis die MPLA vernichtet ist.“

Einige Zeit nach de Roux' Tod im Jahre 1976 folgte als persönlicher Berater Savimbis der italienische Neofaschist Stefano delle Chiaie. Chiaie war an jenen Attentaten, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die italienische Halbinsel erschütterten, direkt beteiligt gewesen, und er stand in Kontakt mit einer in Lissabon beheimateten neofaschistischen Internationale, der Aginter, deren Leiter der Franzose Y. Guerin-Serac, ein früheres OAS-Mitglied, war (rechtsradikale Gruppierung, die während des Algerienkrieges mit allen Mitteln gegen De Gaulles Lösungsversuche arbeitete). (. . .)

Die herausragende Rolle, die Abgeordnete der französischen Rechten der „Front National“ bei Savimbis Besuch in Paris 1986 spielten, ist bezeichnend für die Art der Beziehungen, die der UNITA-Chef in Frankreich unterhält. Jedoch kann für die Bundesrepublik, für Großbritannien und Belgien das Gleiche gesagt werden. Allerorten hat Savimbi Verbindungen zu Gruppen des rechten Spektrums und zu reaktionären Institutionen, die grundsätzlich von Antikommunismus geleitet, wiederum direkte oder indirekte Verbindungen mit ähnlichen Organisationen aus Washington pflegen.

Zu den leidenschaftlichsten Unterstützern der UNITA und der Renamo (Nationaler Widerstand Mosambiks, von Pretoria gestützte Contra; d. Red.), aber auch der nicaraguanischen Contra und jeder anderen reaktionären Kampftruppe zählt die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM). Die IGFM hat ihren Hauptsitz in Frankfurt/M. und unterhält „Filialen“ seit 1982 u.a. in Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien.

Neun der 13 Gründungsmitglieder dieser 1972 ins Leben gerufenen Gesellschaft sind russische Emigranten. Sie waren in dem von Deutschland 1941 bis 1945 besetzt gehaltenen Teil der UdSSR als Gestapo-Agenten tätig. Dort hatten sie die „Föderation russischer Solidaristen“ (NTS) gegründet. Der heutige Generalsekretär der IGFM, Iwan Agrusow, war Mitglied der NTS, die nach dem Krieg ihre Aktivitäten in der Bundesrepublik mit Hilfe des britischen Geheimdienstes und später der CIA fortführte.

Die IGFM pflegt besondere Beziehungen zum südafrikanischen Regime, dessen Haltung zur Na-



UNITA-Parade im Hauptquartier in Jamba vor Portraits Savimbis und Reagens

mibiafrage sie massiv unterstützt. Sie ist hier besonders in der Kampagne gegen die SWAPO engagiert und verteilt in Europa Propagandamaterial der prosüdafrikanischen Regierung in Windhoek. Sie wirbt für den „Homeland“-Chef Buthelezi und seine Idee einer „gewaltlosen Lösung“, die im Einklang mit den Vorstellungen des Rassistenregimes über die Lösung der internen Probleme Südafrikas steht. Der ANC dagegen ist für sie eine terroristische Vereinigung.

Auch die der CDU und CSU nahestehenden Stiftungen betreiben Propaganda für die UNITA. Und auch sie halten recht enge Verbindungen zum Apartheidstaat. Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) organisierte 1984 eine Diskussionsrunde über strategische Fragen im Südlichen Afrika, zu der sie den südafrikanischen Außenminister „Pik“ Botha sowie einen Vertreter der UNITA einlud. Ferner übernahm die HSS die Kosten für die Einrichtung von Vertretungen der UNITA in Bonn und München.

F.J. Strauß' persönliche Beziehungen zum südafrikanischen Präsidenten, für den er „höchste Wertschätzung und Hochachtung“ empfand, wie er während seiner letzten Reise durch das Südliche Afrika im Januar 1988 verkündete, hatten zweifellos erhebliches Gewicht bei den bevorzugten Verbindungen, die er mit Jonas Savimbi seit dem Ende der 70er Jahre unterhielt.

Andere Lobbies der UNITA in Europa sind aus ultrareaktionären Zirkeln hervorgegangen. Hierzu zählt zum Beispiel die „Pan Europa Union“, deren Vorsitzender Otto von Habsburg, ein Sproß des früheren österreichischen Kaisers und als deutscher Staatsbürger CSU-Abgeordneter im Europa-Parlament, ist. Der jüngste Ableger der „Pan Europa Union“, das „Institute for Security Matters“ (EIS), hielt im Mai 1983 einen Jahreskongreß, dessen Thema die europäischen Interessen hinsichtlich der „Sicherheit in Afrika“ waren. Dem EIS sind Vereinigungen mit ähnlichen Namen in Belgien, Holland, Spanien und Italien angeschlossen.

Kurz nach der erwähnten Tagung des EIS reisten Abgeordnete der europäischen Rechten, darunter die EIS-Gründungsmitglieder Olivier D'Ormesson aus Frankreich und Beyer de Ryke aus Belgien sowie der britische Konservative Scott-Hopkins und der Deutsche Elmar Brok zum ersten Mal nach Jam-

ba. Direkt nach ihrer Rückkehr starteten sie eine große Öffentlichkeitskampagne für die UNITA. Im EIS sind aktive und pensionierte Militärs – darunter hohe NATO-Offiziere – vertreten.

Ebenfalls beteiligt sind Repräsentanten der Wirtschaftslobby, zum Beispiel der in rechten Kreisen seines Landes wohlbekannte Belgier Nicholas de Kerchove. De Kerchove ist Inhaber der Firma „Transmarcom“, die bereits mehrfach Waffen für Savimbi über den zairischen Hafen Matadi geliefert hat.

Desweiteren zählt ein Diamantenhändler aus Anvers, Marcel Pruwer, zu Savimbis persönlichen Freunden. Pruwer ist Direktor der „International Economic Strategy“, die Verbindungen zur „Heritage-Foundation“ pflegt. Aber Pruwer ist nicht nur wegen der Diamanten, die Savimbis Organisation aus dem Lande schmuggelt, am Führer der UNITA interessiert. Er hat genauso politische Interessen: Anfang 1988 versuchte er, eine internationale Konferenz für den Frieden in Angola zu organisieren, sprich: für die Versöhnung zwischen Luanda und Savimbis Organisation. Pruwers Interessen zielen deutlich über den Diamantenhandel hinaus auf ein von der UNITA kontrolliertes Angola ab. Er hat insbesondere an einem Buch mitgearbeitet, in dem die UNITA ihre ökonomischen Optionen für das Angola von morgen darlegt. Weiter finanzierte er aus eigener Tasche die Werbung für das Buch des Savimbi-Apologeten Fred Bridgeland (Savimbi: A Key to Africa).

Wie in Frankreich, so wurde Savimbi auch in Großbritannien zuallererst Hilfe von Seiten des Geheimdienstes zuteil. Im Jahre 1975 entsandte das MI6 (britischer Geheimdienst) einen seiner Vertrauensmänner, Evan Davies, einen früheren Offizier des Spezialdienstes für Kenia, zu Savimbi. Davies wurde in Angola von einer zwielichtigen Figur der britischen Presselandschaft begleitet: Robert Moss, Redakteur der Publikation „Foreign Report“. Er hatte zuvor fünf Jahre das „Forum World Features“ geleitet. Seine Agentur mußte schließen, nachdem aufgedeckt wurde, daß sie hauptsächlich aus Quellen des britischen Geheimdienstes und der CIA finanziert worden war.

Moss zeigte deutlich seine Sympathien für das Apartheidregime, sowohl in den Berichten seines „Institute for the Study of Conflicts“ als auch in einschlägigen Aktionen. So führte er 1977, als Chef der „British National Association for Freedom“, eine Kampagne gegen den von europäischen Gewerkschaften propagierten Boykott südafrikanischer Produkte durch. Moss gehört ebenso wie Fred Bridgeland zu einer Handvoll rechts stehender britischer Journalisten, die regelmäßig Propaganda für die UNITA betreiben.

Seit Anfang der 80er Jahre werden sie dabei von konservativen Parlamentsmitgliedern, sowohl im Unter- als auch im Oberhaus, unterstützt. Zu ihnen gehören Lord Chalfont, Nicholas Winterton, John Carlisle und Julian Amery – allesamt Mitglieder der traditionellen Südafrika-Lobby.

Seit 1986 wird der UNITA das besondere Augenmerk der reaktionären Kreise des Landes zuteil. Vereinigungen und Komitees für ein „freies Angola“ erleben eine regelrechte Blüte. Hinter diesen Gruppierungen stehen rechtsradikale Organisationen wie die englische Sektion der IGFM und die „International Freedom Foundation“ (IFF). Letztere hat ihren Stammsitz in Washington und gehört wiederum zum Umfeld der „Heritage Foundation“. Der Chef der IFF, Marc Gordon, ist aus der früheren „Federation of Conservative Students“ hervorgegangen. Der konservativen Studentenorganisation hatte die Mutterpartei 1986 wegen extremistischer Positionen und Aktionen die Anerkennung

entzogen. Die IFF gibt die „Southern African Freedom Review“ heraus, die ein offizielles Büro in Südafrika unterhält.

Einen umfangreichen Teil des für ECASAAMA erstellten Dossiers nimmt die Untersuchung jener langjährigen Beziehungen ein, die Savimbi in Portugal unterhält. Der UNITA-Führer wurde nicht nur zur Zeit des faschistischen Regimes, sondern auch nach dessen Sturz von führenden portugiesischen Politikern unterstützt. Freilich ist Portugal das einzige Land, in dem Savimbi auch Freunde unter denen hat, die einmal in Opposition zum Salazar-Regime standen. Der portugiesische Präsident Mario Soares und sein Sohn João sind aktive Unterstützer der UNITA und ihres Führers. Aber Soares' sozialistische Partei unterstützt diese Politik keineswegs einmütig. Auf keinem Treffen oder Kongreß von Parteifunktionären hat je ein Antrag zugunsten Savimbis eine Mehrheit gefunden. Denn auch in Portugal sind die vorbehaltlosen Unterstützer Savimbis und der UNITA eher in dem rechten politischen Spektrum zu finden, zum Beispiel im „Centro Democratico e Social“ (CDS) sowie unter Armeeoffizieren, die immer schon in Opposition zum 25. April 1975 standen und die Dekolonisierung ablehnten.

Teile des Geheimdienstes und der Armee waren auch in terroristische Aktivitäten der UNITA verwickelt. Dies kam im Verlauf von Ermittlungen bei einem Prozeß zum Vorschein, in dem es um die Rekrutierung von Söldnern für die spanische Terroristengruppe GAL ging.

Einer der aktivsten Protagonisten der Pro-Savimbi-Kampagne in der rechten portugiesischen Presse ist Jaime Nogueira Pinto. Pinto stammt aus der extremen Rechten. 1974 wurde er in die „Angolanische Widerstandsfront“ (FRA), eine von Siedlern in Luanda gegründete Gruppe, die gewaltsamen Widerstand gegen die Dekolonisierung leistete, aufgenommen. 1976 gehörte Pinto zu den Gründern des MIRN des Generals Kaulza de Arriaga, eines Kolonialisten alten Schlags, der für grausame Repressalien gegen die mosambikanische Befreiungsbewegung FRELIMO und deren Sympathisanten unter der Bevölkerung verantwortlich war. Nogueira Pinto ist heute in Portugal einer der zentralen Kontakte für jene amerikanischen Stiftungen, die aktiv Südafrika und die Konterrevolutionäre in Angola und Mosambik unterstützen.

Es läßt sich also mit Sicherheit für die verschiedenen für das ECASAAMA-Dossier untersuchten Länder nachweisen, daß dort überall Verbindungen zwischen der UNITA-Lobby, rechtsradikalen Kreisen und Gruppierungen, der Südafrika-Lobby und zu den reaktionärsten US-amerikanischen Institutionen bestehen. Zu hoffen bleibt, daß die Informationen, die 1989 in der Veröffentlichung erschienen werden, dazu beitragen, diejenigen, die nicht mit den hinter Savimbi stehenden Kräften übereinstimmen, von einer weiteren Unterstützung der UNITA abzubringen. Darüber hinaus bleibt zu hoffen, daß Savimbi und seiner Organisation damit jegliche Glaubwürdigkeit und jeder Beistand entzogen wird.

Nicaragua

Die Vereine Berlin/Charlottenburg, Darmstadt, Düsseldorf, Karmen – Ciudad Sandino suchen ab April 1989 eine/n Kontaktmann/frau in Nicaragua, Ciudad Sandino, für mindestens ein Jahr. Näheres erfragen bei Doris, Tel. 0 61 51/ 37 68 83

Projekt „Mein Herd für Äthiopien“

Auf dem richtigen Weg

Vor rund einem Jahr riefen wir unsere LeserInnen zur Teilnahme an der Spendenkampagne „Mein Herd für Äthiopien“ auf, die von der Gesellschaft Österreich-Äthiopien als Projekt gegen den Hunger initiiert wurde. Der Grundgedanke: Angesichts der bedrohlichen Entwaldung des Landes soll der Brennholzverbrauch drastisch gesenkt werden. Dies mit Hilfe eines angepaßten Kochherdtyps, der statt Holz nur Ernteabfälle u.a. verfeuert. Für den Start des Projekts war eine Mindestsumme von 180 000 Schilling veranschlagt worden. Sie wurde überboten, wie die Bilanz des Wiener Mitinitiators Vene Maier zeigt. Unsere LeserInnen steuerten rund 10 % des Gesamtbetrages bei, wofür wir herzlichen Dank sagen.

Wenn von Äthiopien die Rede ist, tauchen in den Medien immer wieder die gleichen Bilder auf: ausgedörrte Erde, kahle Berghänge, Kinder mit Hungerödemen, Bauernfamilien auf der Wanderschaft, Hoffnungslosigkeit in Sammellagern. Seit einem Jahr sind die entsprechenden Bilder freilich nicht mehr so häufig zu sehen, endlich ist wieder einmal Regen in ausreichender Menge über die versteppten Hochebenen von Äthiopien niedergegangen.

Weiterhin ist Äthiopien aber von ausländischen Hilfsmaßnahmen abhängig, zu sehr ist das Land von Naturkatastrophen und inneren Konflikten in Mitleidenschaft gezogen worden. Neben den vielen internationalen Organisationen mit überlebenswichtigen Großspenden tragen auch eine Vielzahl kleinerer Hilfsprojekte dazu bei, dem Land und seinen Bewohnern bei der Bewältigung sowohl der ökologischen als auch der wirtschaftlichen Krise zu helfen.

Eines dieser Kleinprojekte trägt den Namen „Mein Herd für Äthiopien“, das seit gut einem Jahr von der Freundschaftsgesellschaft Österreich-Äthiopien betrieben wird. Im Rahmen dieses Projekts werden in Äthiopien Handwerker und Bauern mit der Herstellung und Handhabung eines transportablen, aus einfachsten Mitteln hergestellten Herdes vertraut gemacht. Nach der erfolgreich abgeschlossenen ersten Phase dieses Projekts hat die Freundschaftsgesellschaft kürzlich ein Resümee gezogen und ihren Spendern eine vorläufige Bilanz vorgelegt.

Insgesamt wurden für das Herdprojekt – das den Namen „Takalign“ trägt – von Spendern (hauptsächlich aus Österreich, aber auch aus der BRD und der Schweiz) über 250 000 Schilling auf das Spendenkonto eingezahlt. Organisiert vom Projektleiter in Addis Abeba, Dr. Kahsai Wolde Giorgis – der den Takalign-Herd entwickelt hat –, und der

staatlichen Hilfs- und Wiederaufbaukommission Äthiopiens (RRC), wurde im Lauf des letzten Jahres durch die überwiesenen Spendengelder sowohl der Ankauf der notwendigen Materialien und Werkzeuge möglich als auch die Ausbildung von Schmieden, der Transport, die Herstellung der Öfen und die erste Phase der praktischen Erprobung der Herde in der landwirtschaftlichen Genossenschaft Tadelle im Westen der Provinz Shoa durchgeführt. Nach dem vorliegenden Bericht des RRC hat sich in dieser Bauerngenossenschaft eine zwar kleine, nichtsdestoweniger wesentliche Veränderung vollzogen: Im November 1988 kochten bereits mehr als 100 der annähernd 2700 Familien in der Kooperative mit den Takalign-Herden.

„Takalign“ ist ein Wort aus dem Amharischen, der offiziellen Staatssprache in Äthiopien, und bedeutet soviel wie: An die Stelle des Alten tritt das Neue. Im Fall der neuen Herde bedeutet dies, daß sie an die Stelle der bislang gebräuchlichen offenen Feuerstellen treten.

Die Idee, die zur Entwicklung des Herdes geführt hat, beruht auf dem Versuch, den gro-

ßen Energieverlust, der bei offenen Feuerstellen unvermeidlich ist, einzudämmen und gleichzeitig anstelle des bisher gebräuchlichen Brennstoffes Holz andere brennbare Materialien verwenden zu können. Im Takalign-Herd können die verschiedensten Materialien wie Ernteabfälle, getrocknetes Laub, Streu, Sägespäne usw. verwendet werden.

Die Frage, die sich den Projektbetreuern in Äthiopien stellte, war: Werden die Menschen auf dem Land, die über Jahrhunderte keine andere Form des Feuermachens und Kochens kannten, eine solche technische Neuerung tatsächlich akzeptieren und den Herd zu einem Gegenstand des täglichen Gebrauchs machen?

Antwort darauf geben die Berichte von Dr. Kahsai und dem Verantwortlichen des RRC für die Durchführung des Projekts, Aberru Ketema. Demnach wird die Produktion der neuen Herde in Tadelle von drei speziell ausgebildeten Schmieden in einer eigenen kleinen Werkstatt betrieben. Gleichzeitig wurde eine Häckselmaschine nach Tadelle transportiert, die für das notwendige Zerkleinern der Materialien zum Stopfen des Herdes gebraucht wird.

Besonders erfreulich, so berichten die Projektbetreuer, sei die bisherige positive Resonanz auf die neuen Herde. Unter anderem hätten die Bauern in Tadelle aus eigenem Antrieb eine Untersuchung angestellt, die die Effizienz der Takalign-Herde deutlich nachgewiesen habe. „Die Ergebnisse“, schreibt Aberru Ketema, „sind ermutigend. Die Bauern verglichen, wie lange es dauert, bis Mais einerseits auf dem offenen Feuer und andererseits mit dem neuen Herd gargekocht ist. Während auf dem Takalign-Herd der Mais eine Stunde kochen muß, ist er, auf dem offenen Feuer gekocht, nach dieser Zeit noch hart und ungenießbar.“

Dazu kommt, daß die Energieausbeute des Herdes wesentlich höher ist als beim offenen Feuer. Bei Verwendung derselben Brennstoffmaterialien und Mengen kann mit den neuen Herden dreimal so lang gekocht werden wie nach den traditionellen Methoden.

Das Resümee des RRC-Verantwortlichen fällt für das Projekt der Österreichisch-Äthiopischen Gesellschaft sehr erfreulich aus: „Natürlich war es nicht leicht, diese neue – wenn auch angepaßte – Technik in einer Bauernkooperative einzuführen. Aber all unsere Besuche im Siedlungsgebiet und all unsere vielen Gespräche mit den Frauen und Männern dort haben eindeutig gezeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg.“

Projektleiter Kahsai-Wolde Giorgis bei der Vorstellung des alternativen Ofens



UNICEF-Jahresbericht 1989

Die Schulden töten Kinder

Mit ungewöhnlich deutlichen Worten prangert das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) in seinem Jahresbericht „Die Lage der Kinder in der Welt 1989“ die Auswirkungen der Schuldenkrise für die Kinder in der Dritten Welt an.

Die Kinder tragen die schwerste Last der Verschuldung und der Rezession in den 80er Jahren“, erklärte der Generaldirektor der UNICEF, James P. Grant, in dem am 20.12.1988 in Neu-Delhi veröffentlichten Bericht. „In den letzten zwölf Monaten sind schätzungsweise mindestens 500 000 kleine Kinder aufgrund der Verlangsamung oder der Umkehr des Fortschritts in den Entwicklungsländern gestorben.“

Mit einer Reihe von Fakten belegt der Jahresbericht die Auswirkungen der Krise, die mit Einkommensrückgängen von 10 bis 15 % in fast dem gesamten Afrika und großen Teilen Lateinamerikas am stärksten sei. „Das durchschnittliche Verhältnis zwischen Gewicht und Alter bei kleinen Kindern, ein unentbehrlicher Indikator für normales Wachstum, fällt in vielen Ländern, für die Zahlen erhältlich sind.“

„In den 37 ärmsten Nationen wurden die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit um 50 % und die für Bildung um 25 % in den letzten paar Jahren verringert. Und in fast der Hälfte der 103 Entwicklungsländer, für die neue Informationen verfügbar sind, ist der Anteil der 6- bis 11jährigen in den Grundschulen jetzt rückläufig.“

Im Gegensatz zu ihren früheren Berichten benennt die UNICEF die Ursachen für den wirtschaftlichen Niedergang großer Teile der Dritten Welt und fordert Abhilfe. Zum Grund für diesen Kurswechsel heißt es im Jahresbericht:

„UNICEF beschäftigt sich mit Kindern und nicht mit dem Funktionieren der internationalen Wirtschaft. Aber in seiner täglichen Arbeit (...) schaut die UNICEF in ein Gesicht der heutigen internationalen Wirtschaftsprobleme, das nicht in den Korridoren der Finanzmacht gesehen wird, das sich nicht in den Statistiken der Schuldendienstraten widerspiegelt und das nicht an den Konferenzsitzungen der Umschuldungsverhandlungen sitzt. Es ist das Gesicht des kleinen Kindes.“

„Es ist das kleine Kind, dessen individuelle Entwicklung heute und dessen gesellschaftlicher Beitrag morgen von der jetzigen Wirtschaft geformt werden.“ „Was wir sehen“, so Grant, „zwingt uns dazu, nicht mehr föhlich über die Schuldenkrise zu diskutieren.“

Der Bericht verweist auf den Rückgang der Rohstoffpreise um 30 %, den Anstieg des

die schlimmsten Aspekte der Unterentwicklung bis zum Ende des Jahrhunderts zu beseitigen.

Daß es mit sehr geringen Mitteln möglich ist, die gesundheitliche Versorgung der Kinder – trotz Schuldenkrise und Rezession – zu verbessern, macht der Bericht an mehreren Beispielen deutlich. So kann heute durch einen Anstieg der Impfquote von unter 10 auf über 50 % seit 1980 das Leben von 1,5 Mio. Kindern unter fünf Jahren gerettet werden.

Durch die Impfung aller Kinder könnten weitere 3 Mio der 14 Mio Kinder unter fünf Jahren, die jährlich sterben, überleben.

Die wichtigste Todesursache ist weiterhin die Dehydratation, die durch Durchfallkrankheiten ausgelöst wird. Ihnen fielen 1980 noch 4 Mio Kinder zum Opfer. Heute wird fast 1 Mio Kinder durch die billige und einfache Orale Rehydratationstherapie (ORT) gerettet, die von 25 % der Familien angewendet wird.



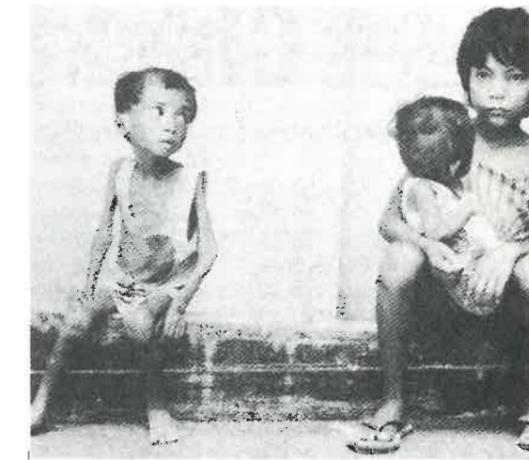
Schuldendienstes auf 25 % der Exporte und den Nettotransfer von 20 Mrd \$ in die entwickelten Staaten.

Die UNICEF erklärt, daß es nicht ausreicht, die Schuldner zu befähigen, den Schuldendienst aufrechtzuerhalten. „Was notwendig ist, ist eine Kombination von Schuldverringerung und verstärkter Hilfe, um die Türen zum Wachstum aufzuschließen. Ohne Wachstum werden wir höchstens die Möbel im Schuldnergefängnis umstellen.“

Die UNICEF geht jedoch davon aus, daß es nicht ausreicht, Verbesserungen in den Bereichen Schulden, Hilfe und Handel zu erzielen, sondern daß ein Wechsel der Richtung der Entwicklung notwendig sei. „Die harte Lektion der Schuldenkrise ist die, daß die Armen in schlechten wirtschaftlichen Zeiten am meisten gelitten haben und sie den geringsten Nutzen in guten wirtschaftlichen Zeiten hatten.“

„Wenn erneute Entwicklungsanstrengungen aus den Tiefen der Verschuldungskrise entstehen sollten, dann sollte die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Menschen nach angemessener Ernährung, sauberem Wasser, sicheren sanitären Einrichtungen, grundlegender Gesundheitsversorgung, angemessener Wohnung und Grundbildung Vorrang haben.“

Um diese Ziele zu erreichen sei es notwendig, in den 90er Jahren 30 bis 50 Mrd \$ jährlich zusätzlich aufzubringen. Die Hälfte dieser Summe müßte durch eine umfangreichere Hilfe im Rahmen eines „Paktes für wirkliche Entwicklung“ aufgebracht werden, um



Hungernde Kinder auf der philippinischen Insel Negros

„Wenn der Fortschritt in den 80er Jahren nicht durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession abgewürgt wird“, so der Bericht, „könnte die Welt in zehn Jahren angesichts mehrerer Millionen Toten unter den kleinen Kindern der Welt durch Dehydratation auf eine barbarische Vergangenheit zurückblicken. In der industrialisierten Welt... ist die Bedeutung eines solchen Sieges in der Gesundheitsversorgung nur schwer vorstellbar. Seit 1945 hat die Dehydratation auf laisen Sohlen 150 Mio Leben gefordert – viel mehr als die kombinierte Zahl der toten Zivilisten und Soldaten der beiden Weltkriege.“

Anmerkung
Alle Zitate entstammen dem UNICEF-Bericht „The State of the World's Children 1989“, Neu-Delhi 1989

ROLANDE BORELLE

Binnenmarkt und Außenbeziehungen

Die gewachsene Rolle der EG

Die beschleunigte westeuropäische Integration, die mit der Schaffung eines EG-Binnenmarktes bis 1992 einen vorläufigen Höhepunkt erreichen soll, hat Folgen auch für die Dritte Welt. Das deutet sich bereits in der aktuellen EG-Nahost- und Mittelamerikapolitik oder auch im neu zu verhandelnden Lomé-Abkommen mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) an. Eine Art Bestandsaufnahme unternimmt der Beitrag der französischen Wissenschaftlerin Rolande Borelle (Universität Grenoble), den sie auf dem Gegenkongreß der IWF/Weltbank-Kampagne in West-Berlin (siehe DRITTE WELT 11/1988) vortrug.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben 1986 ein neues Abkommen unterzeichnet, das vorsieht, daß an der Schwelle zu 1992 das Europa der Zwölf „ein Raum ohne Grenzen“ werden wird. Dieses Vorhaben des „großen Binnenmarktes“ kann den Eindruck erwecken, daß die europäischen Länder einen Rückzug aus sich selbst begonnen haben.

Es kann als Widerspruch zu den Richtlinien der nächsten Lomé-Konvention (Lomé III trat am 1.3.1985 in Kraft und gilt bis 1990; d. Red.) erscheinen, die eine Verbreiterung oder besser eine Vertiefung der Beziehungen zu den AKP-Staaten (66 aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik; d. Red.) vorsehen. Dem ist nicht so.

Die Einheitliche Europäische Akte und Lomé IV können beide dazu beitragen, Europa in eine neue kapitalistische Weltordnung einzugliedern. Die Einheitliche Europäische Akte sieht wesentliche Veränderungen des Systems der Gemeinschaft vor: Umwandlung der Entscheidungsverfahren, Veränderung der Rolle der verschiedenen Institutionen, Ausdehnung der Politik der Gemeinschaft auf neue Bereiche.

Mir scheint es ein Irrtum zu sein, sie ledig-

lich als ein Vorhaben zu behandeln oder sich damit zu begnügen, die Zukunft zu entschließen, die sie für uns bereit hält. Das Schicksal des „großen Märktes“ ist noch nicht besiegelt – die momentanen Debatten und Konflikte über die zu treffenden Maßnahmen, um ihn zu verwirklichen, legen sogar eine pessimistische Prognose nahe. Es ist wesentlicher zu verstehen, was diesen plötzlichen Neuanfang beim europäischen Aufbau ausgelöst hat. Bezüglich der Beziehungen der EG mit den Ländern der Dritten Welt – und besonders mit den assoziierten Ländern – ist es nicht nötig, auf Lomé IV zu warten, um in ihnen den Ausdruck eines „europäischen“ Imperialismus zu sehen.

Die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte drückt natürlich den Willen der Mitgliedsstaaten aus, den europäischen Aufbau wiederzubeleben. Aber jeder weiß, daß es sich um eine scheinbare Übereinstimmung handelt. Wir erinnern uns an das Scheitern des Athener Gipfels, aber es gibt eine fast ununterbrochene Reihe von begrenzten Auseinandersetzungen, nicht abgeschlossenen Verhandlungen und faulen Kompromissen während der ganzen Zeit der Erarbeitung

dieses neuen Vertrages.

Sie erlauben keinen Zweifel an der Krise der Gemeinschaft, welche der Entscheidung des Europäischen Rates vom Dezember 1985 vorausgegangen ist.

Dieses Abkommen müßte fast als Waffenstillstand angesehen werden, angesichts der weiterhin starken Rivalitäten zwischen den Zwölf und besonders zwischen Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Die Verantwortung Frankreichs für die Eröffnung dieser neuen Etappe des europäischen Aufbaus ist eindeutig. Dies ist zumindest ein Paradoxon, wenn wir uns an die geringe Unterstützung oder sogar die Feindseligkeit erinnern, die die EG gegenüber der ersten Regierung François Mitterands an den Tag legte. Aber vielleicht gilt es, zwischen zwei Übeln zu wählen: mehr Europa für weniger deutsche Vorherrschaft, d.h. weniger Macht in Frankreich für mehr Macht in Europa.

In der Tat, wenn in der Mitte der 80er Jahre von Europa gesprochen wird, handelt es sich nicht um das Europa, das diejenigen, die die Römischen Verträge unterschrieben haben, aufzubauen beabsichtigten. Die europäische Integration ist am Vorabend der Unterzeichnung der Einheitlichen Akte sehr wenig fortgeschritten, wenn damit die Schaffung eines zusammenhängenden Wirtschaftsraumes bezeichnet wird.

Dies zeigen deutlich die Schwierigkeiten beim Aufbau einer – zudem nicht sehr weitgehenden – Zusammenarbeit im Währungsbereich. Die einzigen bedeutenden „europäischen“ Unternehmungen wurden in der Tat außerhalb der Politik der Gemeinschaft verwirklicht (Airbus, Ariane).

Sicherlich ist der wirtschaftliche Austausch innerhalb der Gewerkschaft stark angewachsen, obwohl festgestellt werden muß,

daß diese Tendenz sich nach 1972 umgekehrt hat. Aber darin kann kein Integrationsphänomen auf einer gleichberechtigten Basis gesehen werden. Dieser Handel wird durch die deutsche Wirtschaft polarisiert. Und er enthüllt die Effekte ihrer wirtschaftlichen Vorherrschaft.

Struktur und Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen der europäischen Staaten mit Deutschland tendieren dazu, sich denen zwischen unterentwickelten und entwickelten Ländern anzunähern. Diese deutsche Vorherrschaft verdeutlicht die Rolle der Mark im Vergleich zu den anderen Währungen des Europäischen Währungssystems (EWS). Europa wurde sogar als eine Art Mark-Zone analysiert.

Diese Situation ist nicht ohne Bezug zur Wirtschaftskrise. Einerseits hat sich der wirtschaftliche Integrationsprozeß, der mit den Römischen Verträgen einsetzte, Ende der 60er Jahre verlangsamt, wie alle Beobachter festgestellt haben. D.h. dies geschah zur gleichen Zeit, da die ersten Anzeichen dieser Krise sichtbar wurden, die sich noch bis heute fortsetzt. Andererseits hat sich der Prozeß der Zerstörung von Produktivkraftsystemen, der den Kern der Krise bildet, stark auf die europäischen Wirtschaften, und besonders auf diejenigen mit der ältesten Industrialisierung, ausgewirkt. Dadurch wurde dieser machtvolle Aufstieg der deutschen Wirtschaft begünstigt, der heute im Zentrum des europäischen Problems steht.

Aber die Analyse der Einheitlichen Akte muß über die ersten Feststellungen bezüglich der wirtschaftlichen und politischen Lage in Europa hinausgehen. Die Kräfteumgruppierung, die auf dieser Ebene stattfindet, ordnet sich in einen bestimmten globalen Zusammenhang ein.

Die Wirtschaftskrise hat schrittweise die kapitalistische Weltordnung zerstört, die das außergewöhnliche Wachstum der 50er Jahre und Anfang der 60er Jahre bestimmt hatte. Die Struktur der Weltwirtschaft brach schließlich durch den Prozeß der Zerstörung von Produktivkraftsystemen in jenem Zeitraum auseinander. Nachdem ein Jahrzehnt lang versucht wurde, dem Fall der Profitrate zu begegnen, verschärften sich die Widersprüche in der kapitalistischen Wirtschaft, wovon Handelsbilanzungleichgewichte, die Verschuldung und die unregelmäßigen Schwankungen der Wechselkurse zeugen.

Anfang der 80er Jahre ist die Krise in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. Obwohl der Zusammenbruch nicht ausgeschlossen werden kann – der Oktober-Krach 1987 hat einige Illusionen über die Festigkeit des Finanzsystems gestört –, ist die Hauptsorge gegenwärtig die des Wiederaufbaus einer kapitalistischen Ordnung, die nur wenig mit der „trilateralen“ Vision der 70er Jahre zu tun hat.

Die deflationistische Politik hat den Weg geöffnet für eine Rückzugsbewegung des Kapitals auf Räume, die kleiner sind, aber besser beherrscht werden (es war ähnlich während der Großen Depression Ende des 19. Jahrhunderts und nach dem Krach von



Unterzeichnung des EWG-Vertrages am 25.3.1957 in Rom

1929). Unter deutscher oder autonomer Vorherrschaft könnte Europa sehr wohl einen solchen Raum darstellen – ohne jedoch seine Einflußgebiete in der Dritten Welt aufzugeben.

Wie bei den vorhergehenden beiden „großen Krisen“ kommt die Frage der Nachfolge der dominierenden Wirtschaft hinzu. Die Rivalität USA – Japan – Deutschland bleibt auch nicht ohne Einfluß auf die europäische Lage.

In Fortsetzung der vorhergehenden Analyse kommt man nicht umhin, den Fall Japans, das versucht, seine Einflußzone in der asiatisch-pazifischen Region zu strukturieren und eine neue Politik der Hilfe an die unterentwickelten Länder dieses Teils der Welt entwickelt hat, in Verbindung mit dem der EG zu bringen.

Sie beabsichtigt, im nächsten Assoziierungsabkommen mit den 66 AKP-Ländern das Prinzip einer Intervention in die makroökonomische Politik dieser Staaten festzuhalten, um direkt „zu den Reformen und Umstrukturierungen, die notwendig sind“ – besonders in Afrika – beizutragen. Aber bezüglich der Beziehungen Europas mit den Ländern der Dritten Welt scheint es uns wichtiger, hier die Tatsache hervorzuheben, daß die EG heute eine wirkliche imperialistische Macht darstellt.

Die EG hat ihre Mitglieder in den Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt nicht ersetzt. Sie hat jedoch eine Rolle übernommen, die es erlaubt, sie für Phänomene der Vorherrschaft verantwortlich zu machen, die entscheidend waren für das wachsende Elend, das den Großteil der Bevölkerung be-

trifft, und die es noch immer sind. Ich werde mich darauf beschränken, hier nur die wichtigsten zu benennen.

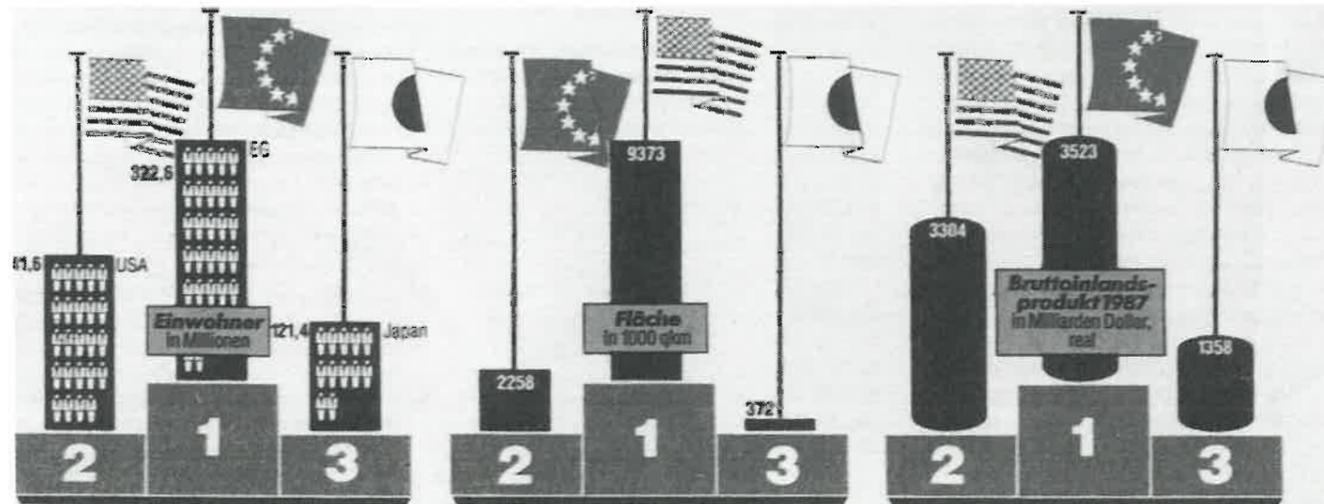
Die Länder der Dritten Welt – oder zumindest ein Teil von ihnen – waren unmittelbar von der europäischen Gründung betroffen. Ein Teil ihrer momentanen Probleme ist sicherlich noch auf die Politik zurückzuführen, die damals betrieben wurde.

Als das Europa der Sechs entstand, vereinigte es Länder, die noch bedeutende Kolonialmächte waren (Frankreich, Belgien, Niederlande), und Länder, denen es nicht – oder nur

MIT DER EG-GRÜNDUNG
WURDE ALLEN MITGLIEDERN
DAS RECHT ZUGESTANDEN, AN
DER AUSBEUTUNG DER
KOLONIEN MITZUWIRKEN

für kurze Zeit – gelungen war, sich ein Imperium aufzubauen. Die Römischen Verträge gestanden letzten das Recht zu, an der Ausbeutung dieser Länder und dieser Völker mitzuwirken, die ihre politische Unabhängigkeit noch nicht errungen haben.

Es handelte sich dabei um eine politisch-wirtschaftliche Veränderung von Bedeutung. Die Öffnung der Einflußgebiete hat die Zerrüttung der Funktionsweise dieser beherrschten Wirtschaften ausgelöst und ihr Auseinanderbrechen verstärkt. Die Metropolen und ihre Kolonien bildeten strukturierte Einheiten: Produktivkraftsysteme. Ein Preis-



system und eine gemeinsame Währung stabilisierten den Beherrschungsprozeß.

Indem das Präferenzsystem des Austauschs zwischen den Metropolen und den Kolonien von der EG auf einen Schlag abgeschafft wurde, hat sie nicht nur die Bedingungen für die Rückkehr zur gewöhnlichen Ausplünderung geschaffen, sondern auch eine Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in Gang gesetzt, die durch die Unabhängigkeit nicht umgekehrt werden kann: Verfall der Landwirtschaft, Verstärkung und Wachstum der Elendsviertel, Auflösung der sozialen Strukturen usw. Dies könnte sehr konkret am Beispiel des Rückgangs der Erdnußpreise Mitte der 60er Jahre in Westafrika gezeigt werden.

Nach der ersten Konvention, die 1958 mit den Metropolen unterzeichnet wurde, welche als Vertreter der abhängigen Gebiete angesehen wurden, erneuerte die EG mehrmals mit den ehemaligen Kolonien des einen oder anderen Mitgliedslandes ein „Assoziierungsabkommen“, das mehr der Unterjochung als der Befreiung dieser Länder dienen sollte (Yaoundé, dann Lomé I, II und III).

Diese Konventionen haben nicht die kritische Aufmerksamkeit erhalten, die sie verdienen. Schnell wurde das strenge Urteil vergessen, das die Gruppe der 77 über sie gefällt hatte. Ihre Hauptrichtung war die der Verdrängung und der Integration in den Welt-

**DIE SCHAFFUNG DES
EG-BINNENMARKTES STEHT
NICHT IM WIDERSPRUCH ZUR
VERTIEFUNG DER
BEZIEHUNGEN MIT DEN
AKP-STAATEN**

markt (mit dem gleichen Zerrüttungseffekt für die Preise).

Die Systeme zur Stabilisierung der Exporteinnahmen (Stabex und Sysmin), die ihre – oft mit dem Interesse verwechselte – Originalität ausmachten, sollten kurzfristigen Schwankungen entgegenwirken. Sie konnten die Folgen ihres Rückgangs jedoch nicht bremsen, der mit der zweiten Phase der Krise in einem Augenblick begann, als die Lage dieser Länder ohnehin aufgrund ihrer Verschuldung kritisch wurde.

Schließlich kann nicht vergessen werden, daß die EG, allgemeiner gesehen, fortwährend die Beibehaltung der bestehenden Ordnung in den Beziehungen mit der Dritten Welt unterstützt hat. Es reicht einerseits, an ihre feindliche Haltung zu den Entwicklungsländern zu erinnern, die Mitglied des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sind (bis hin zur Streichung der Nahrungsmittelhilfe an Vietnam), und andererseits an ihre Gleichgültigkeit oder sogar ihre Verurteilung der Versuche, die einige Mitgliedsländer unternommen haben könnten, um mit einer Politik der Beherrschung der Länder der Dritten Welt zu brechen (der Fall Frankreichs 1981).

GEORG DIEDERICH

„Südafrika muß weltweit isoliert werden – auch im Sport!“

Als eine der löchrigsten Stellen des internationalen Sportboykotts gegen das Apartheidsystem Südafrikas haben sich jüngst einmal mehr die BRD und West-Berlin erwiesen. Zeitgleich starteten hiesige Spitzensportler eine Boykott-Initiative „Spiel nicht mit Apartheid“.

Sie wollen heute Abend den Weltmeisterschaftskampf zwischen Titelverteidiger Rocchigiani und dem Südafrikaner „Sugarboy“ Malinga ansehen. Tatsächlich findet hier eine Propagandashow für das Apartheidregime statt.“ Mit diesen deutlichen Worten wurden die etwa 7000 Besucher einer Profibox-Veranstaltung am 27. Januar d.J. vor dem Eingang der West-Berliner Deutschlandhalle konfrontiert.

Per Lautsprecherwagen, Transparenten und Flugblättern wiesen zahlreiche Apartheidgegner auf einen neuerlichen Bruch des internationalen Sportboykotts gegen Südafrika hin: den von der International Boxing Federation (IBF), dem kleinsten der drei Profibox-Weltverbände, initiierten Weltmeisterschaftskampf im Supermittelgewicht zwischen dem West-Berliner Titelträger Graziano Rocchigiani und dem schwarzen Südafrikaner Thulane „Sugarboy“ Malinga.

Angesichts der massiven Proteste stellte sich der smarte und mit allen Wassern gewaschene Box-Promotor und Rocchigiani-Manager Wilfried Sauerland erst einmal dumm: „Wir können doch nicht einen in Südafrika sowieso verfolgten Schwarzen noch einmal

bestrafen.“ Und Malinga selbst sekundierte mit der gewohnten Ausrede all derer, die den vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) 1970 und von der UNO 1980 beschlossenen Sportboykott gegen Südafrika brechen: „Ich bin Sportler und kein Politiker.“

Um den fadenscheinigen Eindruck zu erwecken, daß Malinga als Südafrikaner gar nicht für sein Land boxe, wurde auf Betreiben Sauerlands – entgegen aller sonstigen Gepflogenheiten bei Weltmeisterschaftskämpfen – auf nationalen Fahnenstücken und das Abspielen der Landeshymnen verzichtet. Diesem Täuschungsmanöver widersprach allerdings das unübersehbare Engagement des Südafrikanischen Fernsehens (SABC): Der Rocchigiani/Malinga-Kampf wurde nicht nur in Südafrika ausgestrahlt, sondern er wurde auch vom SABC und damit de facto von der südafrikanischen Regierung finanziert.

Für die Machthaber in Südafrika, die den Sport stets als Mittel zum Prestigeerwerb sehen, war der West-Berliner Weltmeisterschaftskampf denn auch ein ausgesprochen glücklicher Fall. Ihnen bläst nämlich seit geraumer Zeit ein scharfer Wind ins Gesicht: Das von der UNO erstellte Register über Sportbe-

Protestaktion von Anti-Apartheid-Gruppen vor der Deutschlandhalle während des WM-Boxkampfes Rocchigiani gegen Malinga (Foto r.)



SPORT

kleideräume sind streng nach Hautfarbe getrennt, z.T. für die schwarzen Sportler auch gar nicht vorhanden.“ „Ursache für diese rassistische Diskriminierung im Sport“, so Ramsay, „ist die Politik der Apartheid, die der schwarzen Bevölkerungsmehrheit grundlegende Menschenrechte verweigert.“

Um die Rassentrennung in Sport und Gesellschaft tatsächlich zu überwinden, gibt es für Ramsay nur einen Weg: „Südafrika muß weltweit isoliert werden – auch im Sport!“ Der Profibox-Weltverband WBC will deshalb auch die Promoter des Rocchigiani/Malinga-Kampfes sowie West-Berlin als Austragungsort von Boxveranstaltungen bannen.

WBC-Präsident Jose Sulaiman bezeichnete die erfolgreiche Titelverteidigung Rocchigianis (er gewann den Kampf gegen Malinga nach Punkten) als „Verstoß gegen die elementaren Prinzipien von Würde und Gleichheit aller Menschen.“ Zudem forderte er den z.Z. von allen Verbänden anerkannten Schwergewichts-Weltmeister Mike Tyson auf, den Meistergürtel der IBF abzugeben, wenn der Verband nicht unverzüglich sämtliche Sportkontakte mit Südafrika abbrechen würde.

Dem bundesdeutschen Amateur-Boxverband fiel hingegen nichts besseres ein, als sich hinter Formalitäten zu verschanzen: „Das sind Profis, da haben wir keinen Einfluß drauf.“ Daß die meisten bundesdeutschen Sportfunktionäre und auch viele Athleten nicht gerade Aushängeschilder sind, wenn es darum geht, gegen die Apartheid im Sport aktiv zu werden, gehört leider zur Realität im hiesigen Sportgeschehen.

203 Sportler und Sportlerinnen sowie zwei komplette Mannschaften aus der Bundesrepublik haben laut UNO-Angaben zwischen 1980 und 1987 an Sportwettkämpfen in Südafrika teilgenommen, darunter die gesamte bundesdeutsche Tennisriege von Boris Becker über Carl-Uwe Steeb, Bettina Bunge bis Sylvia Hanika, der Golfer Bernhard Langer, der Rennfahrer Jochen Maas, die Motorradfahrer Mang, Roth, Herweh und Wimmer, um nur einige zu nennen.

Mit überhöhten Prämien und reizvollen Angeboten wie der Übernahme von Reisekosten und Spesen sowie bezahlten Urlaubsaufenthalten angelockt, machen sich gerade auch bundesdeutsche Sportler und Funktionäre – gewollt oder ungewollt – zu Handlangern des südafrikanischen Rassistenregimes.

Ein zumindest für bundesdeutsche Verhältnisse neues Kapitel beim Versuch, die (trotz bekannter Ausnahmen) international breite und alles in allem wirkungsvolle Boykottfront des Sports zu durchbrechen, ist der Fall der weißen südafrikanischen Hochspringerin Desiree Du Plessis. Die 23jährige Leichtathletin kam vor etwa einem Jahr in die Bundesrepublik und treibt seitdem hierzulande Sport, wobei sie mit Fred Eberle, dem Wurftrainer von Zehnkämpfer Sigi Wentz, sogar einen Bundestrainer an ihrer Seite hat.

Der Grund liegt auf der Hand: Desiree Du Plessis will einen bundesdeutschen Paß, um den internationalen Sportboykott zu umgehen. Deshalb ist sie hier. Und deshalb ähnelt ihr Fall auch dem von Zola Budd, die sich vor

ziehungen mit Südafrika tut seine Wirkung, die letzten Schlupflöcher im Terrain des internationalen Sports werden nach und nach gestopft.

So hat sich nach dem Internationalen Tennis-Verband, der Johannesburg aus dem Grand-Prix-Turnierplan strich, Ende Januar d.J. sogar die Internationale Cricket-Konferenz (ICC), eine traditionelle Bastion des Apartheidsports, dem Südafrika-Boykott angeschlossen. Im Oktober 1988 trafen sich in Simbabwe Hauptstadt Harare gar Vertreter des nur für Weiße reservierten Rugby-Verbandes SARB und Delegierte des schwarzen Rugby-Verbandes SARU mit dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC). Wenige Tage danach fanden in Lusaka (Sambia) ebenfalls Gespräche zwischen Funktionären der Nationalen Fußball-Liga (NSL), des Südafrikanischen Fußball-Verbands (SASA) und dem ANC statt.

In beiden Fällen ging es um die Beseitigung jeglicher Rassenschranken im südafrikanischen Sport und um die Bildung nicht-rassistischer Verbände. Und da selbst die beiden großen Weltverbände der Profiboxer, WBA und WBC, kaum noch etwas von Südafrika wissen wollen, kam der kleine und willfährige IBF, dessen Titelträger Rocchigiani ist, den Rassisten am Kap gerade recht.

Mit Malinga schickten sie einen schwarzen Sportler ins Ausland, der sich sogar gegen Apartheid aussprechen durfte. So sollten seine Startchancen verbessert und die anscheinende Ungerechtigkeit des Boykotts vorgeführt werden. Die damit suggerierte „Chancengleichheit“ von weißen und schwarzen Sportlern weiß Sam Ramsay, Präsident des exilierten nicht-rassistischen Olympischen Komitees (SAN-ROC), allerdings zu widerlegen:

„Zwar gibt es inzwischen in Südafrika auch gemischten Sport. Doch sobald die Sportler das Spielfeld verlassen haben, gehen sie getrennte Wege. Denn Duschen und Um-



Jahren aus dem gleichen Grund einen britischen Paß ausstellen ließ.

In einer Presseerklärung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) heißt es denn auch: „Spätestens seit dem Fall Zola Budd ist bekannt, daß die südafrikanische (Sport)Politik auch den Verlust der offiziellen südafrikanischen Staatsbürgerschaft in Kauf nimmt, damit Sportler und Sportlerinnen südafrikanischer Herkunft im Ausland an Wettkämpfen teilnehmen können. Diese werden innerhalb und außerhalb Südafrikas trotz ihrer veränderten Staatsbürgerschaft als SüdafrikanerInnen angesehen und entsprechend von den in Südafrika de facto staatlich kontrollierten Medien vermarktet. Der Apartheidstaat versucht durch diese Taktik, den Sportboykott zu unterlaufen und sich auf dem internationalen Parkett salonfähig zu machen.“

Die AAB forderte deshalb vom Deutschen Leichtathletik-Verband und vom Deutschen Sportbund, den Boykottbruch im Fall Desiree Du Plessis zu verhindern. In besagter Presseerklärung der AAB heißt es abschließend:

„Der mit dem WM-Boxkampf Graziano Rocchigiani gegen Thulane Malinga am 27.1.89 in West-Berlin erfolgte Bruch des Sportboykotts gegen Südafrika hat dem Ansehen des bundesdeutschen Sports bereits international geschadet. Eine zögerliche oder gar die Position Du Plessis unterstützende Haltung des Deutschen Leichtathletik-Verbandes und/oder des Deutschen Sportbundes würde diesen Schaden weiter vergrößern.“



„SPIEL NICHT MIT APARTHEID“

„Eine Broschüre der Anti-Apartheid-Bewegung, Bonn, Januar 1989“

Broschüre „Spiel nicht mit Apartheid“

Eine neue Broschüre der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) mit dem Titel „Spiel nicht mit Apartheid“ bietet ausführliche Informationen über den Sport in Südafrika und die Entwicklung des internationalen Sportboykotts. Spitzensportler äußern sich zum Thema Apartheid und zum Sportboykott. Zudem werden Beispiele der Kollaboration zwischen der Bundesrepublik und Südafrika sowie Protestmaßnahmen vorgestellt.

Die 28seitige Broschüre kann zum Preis von 2,50 DM plus Versandkosten bei der AAB-Geschäftsstelle, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, bestellt werden.

Internationalismus auf neuen Wegen?

Am Anfang stand die Erkenntnis, daß wir uns in einer weltweiten Umbruchsituation befinden, daß die aufgeworfenen neuen Fragen eine Weiterentwicklung der programmatischen Grundlagen internationaler Solidarität erforderlich machen. Dies veranlaßte im vergangenen Jahr das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), in einen Diskussionsprozeß einzutreten. Als Grundlage diente zunächst ein ausgedehnter Thesenentwurf von Peter Wahl (ASK-Sekretär), dem, in Auswertung der IWF/Weltbank-Kampagne, ein Papier von Rainer Falk (ASK-Mitarbeiter) folgte. Auf einem Ratschlag des Komitees vom 3./4. Dezember 1988 in Frankfurt wurden sodann weitere Kurzthesen vorgetragen von Warena Rosenke (AKAFRIK Münster/Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen – BUKO), Wolfgang Treiber (BUKO), Andrea Arcais (Jungdemokraten) und Klaus D. Fischer (ASK-Mitarbeiter). Der Meinungsstreit wurde von vornherein so angelegt, daß er verschiedene Strömungen der Solidaritätsbewegung einschließen, also über das Spektrum des ASK (Judos, Falken, DKP, SDAJG, DFG/VK, Naturfreundejugend usw.) hinausreichen sollte. Wir sind bestrebt, diese Diskussion in ihrer ganzen Breite wiederzugeben und zu vertiefen. Wir fordern hiermit alle Beteiligten und noch außen vor gebliebenen Kräften auf, sich mit eigenen Kurzthesen (Richtwert: max. 160 Zeilen à 43 Anschläge) oder kritischen Anmerkungen zu Wort zu melden.

PETER WAHL

Solidarität im Umbruch

Thesen zur Standortbestimmung der internationalistischen Solidarität

II. Die globalen Probleme

3. In den letzten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts hat sich ein einzigartiger Einschnitt in der Menschheitsgeschichte ergeben: Es wurde die „Fähigkeit“ zur Selbstvernichtung der ganzen Gattung hervorgerufen. In den 30–60 000 Jahren, in denen der Homo Sapiens in seiner derzeitigen biologischen Verfassung existiert, sind zwar immer wieder ganze Völker untergegangen, haben Naturkatastrophen, Seuchen gesellschaftlich bedingtes Elend und Gewaltherrschaft, Kriege und Genozid Hunderte von Millionen Tote gekostet, doch so fürchterlich dies war und ist, das menschliche Leben ging weiter, der Fortgang von Geschichte und Zukunft konnte als selbstverständlich vorausgesetzt werden, die Existenz der Gattung war niemals gefährdet.

Dies ist heute anders. Die sog. globalen Probleme können, sofern nicht bald eine Lösung gefunden wird, zu einer weltweiten Katastrophe führen, die die Zivilisation vernichtet und alles menschliche Leben auslöscht.

4. Drei Problemkomplexe sind es vor allem, in denen das menscheitsbedrohende Potential konzentriert ist:

- Krieg, Rüstung, Massenvernichtungswaffen;
- Zerstörung der Umwelt und möglicherweise der gesamten Biosphäre des Planeten;
- Unterentwicklung und Elend in der „Dritten Welt“.

5. Innerer Zusammenhang dieser Entwicklung, ihre Ursache und Antriebskraft, ist eine deformierte Entwicklung der Produktivkräfte im Wechselverhältnis mit einem Prozeß fortschreitender Internationalisierung. So hat sich eine zunehmende Globalisierung von Produktions- und Lebensbereichen

und wachsenden Interdependenzen ergeben, die die alte humane Utopie von der einen Welt, den Traum des „alle Menschen werden Brüder!“ in pervertierter Form verwirklicht hat.

Heute haben wir die „eine Welt“ und die „eine Menschheit“ als reale, soziale Kategorie. Sie kam schneller und vor allem anders, als wir sie uns erhofft hatten. Nämlich nicht als ihrer selbst bewußtes und handlungsfähiges Subjekt ihrer Geschichte, sondern als Zwangsgemeinschaft einer vom Untergang bedrohten Gattung.

6. Die überkommenen Segmentierungen der Weltgesellschaft werden beträchtlich relativiert. Politik nur im nationalen Rahmen ist unmöglich geworden. Politik nur im Rahmen klassenmäßiger Kategorien ist unmöglich geworden. So etwas wie eine „Weltinnenpolitik“, in der die Lösung der globalen Probleme Priorität vor allem anderen hat, steht auf der Tagesordnung.

Die entscheidende strategische Problemstellung, die sich angesichts dieser Bedrohungslage zwingend für alle Politik, in allen Lebensbereichen ergibt: Die Menschheit muß zum bewußten und handlungsfähigen Subjekt gegenüber den globalen Bedrohungen werden und dies innerhalb eines historisch kurzen Zeitraums von 1 bis 2 Generationen. Denn der Zeitfaktor hat einen neuartigen, geradezu dramatischen Stellenwert bekommen, der „point of no return“ kann jederzeit überschritten sein.

7. Allerdings: Die Gefährdungsgemeinschaft Menschheit ist in vielfältige Segmente zerteilt, in denen unterschiedliche, oft antagonistische Interessen herrschen: Klassen, Nationen, Staaten und Staatenbündnisse, Religionsgemeinschaften etc. und vor allem zwei Gesellschaftssysteme, die sich

in zwei gigantischen Militärblöcken gegenüberstehen.

Die Lösung der globalen Probleme muß unter diesen Bedingungen angegangen werden und diese Bedingungen werden auch den Charakter der Lösungen in hohem Maße mitbestimmen. Idealtypisches, die „Verwirklichung der reinen Lehre“ wird es nicht geben.

8. Die singulären Züge unserer Epoche erfordern neue Politikkonzepte. Die traditionellen Theorien und Strategien – gerade auch der Linken – befinden sich in der Krise und im Umbruch. „Business as usual“ ist nicht mehr möglich. Alle Politikbereiche müssen auf die neue Situation hin überdacht und verändert werden. Kein Inhalt, keine Arbeitsweise, kein Konzept, daß von der neuen Konstellation unberührt bleiben könnte!

III. Humanismus

9. Gemeinsamer Nenner der unterschiedlichsten Ansätze von Solidarität war von je die Absicht, zur Veränderung von Verhältnissen beizutragen, in denen der Mensch ein geknechtetes und ausgebeutetes Wesen ist. Dies, nämlich realer Humanismus, ist die Essenz aus einem Verständnis von Solidarität, das aus christlicher Nächstenliebe gespeist ist, ebenso wie es der Kern antiimperialistischer Solidarität, von proletarischem Internationalismus oder anderen Konzeptionen ist. Das Bewußtsein dafür ist in der Kleinarbeit des Alltags oft verschüttet – und die Erinnerung daran deshalb – zu Unrecht – oft im Geruch der Sonntagsrede.

10. Die Bedeutung eines realen Humanismus, in dessen Gravitationsfeld Solidaritätsbewegung wie alle fortschrittliche Politik sich bewegt, bleibt nicht nur erhalten, sondern bekommt heute eine zusätzliche Dimension: Humanität meint jetzt auch, er

zwungen vom Druck der globalen Probleme, Menschheit als Reales, als Materielles, nicht nur als philosophischen Begriff und als utopischen Entwurf.

Das Denken in Gattungskategorien bekommt so – gut materialistisch – seine Basis.

Humanität ist Menschlichkeit und Menschheit zugleich, Humanismus ist Menschlichkeit, die in doppeltem Sinne die Menschheit umgreift – jedes einzelne Individuum und die Gattung als Ganzes.

11. Ein so aus unserer menscheitsgeschichtlichen Situation heraus definierter Humanismus wäre auch für die Solidaritätsbewegung die Plattform, auf der ansonst politisch, ideologisch, philosophisch, weltanschaulich unterschiedliche und gegensätzliche Positionen – unter Beibehaltung ihrer Identität – zusammenwirken können. Er könnte zugleich das Fundament eines im einzelnen noch zu entwickelnden Konzepts eines „Neuen Internationalismus“ werden. In ihm sind konzeptionell bereits wichtige Elemente eines solchen Neuen Internationalismus enthalten – wie die ganzheitliche Sicht der Welt und die sich daraus ergebenden Interessenzusammenhänge, die Überlebensfragen der Menschheit sowie die Verknüpfung untereinander – und damit die Vernetzung der unterschiedlichen Überlebensbewegungen über thematische und über nationale Grenzen hinweg.

IV. Die Dritte Welt im Geflecht der globalen Probleme

12. Die Rüstungslasten, die mit dem Wettrüsten verknüpfte Konfrontationspolitik, die Übertragung des Ost-West-Konflikts auf die Dritte Welt, die vielen regionalen und lokalen Kriege in Afrika, Asien und Lateinamerika binden nicht nur gigantische Ressourcen, die für die Entwicklung gebraucht werden, sondern verursachen bereits aktuell für Dutzende von Ländern einen katastrophalen Aderlaß. Das Ausmaß an Betroffenheit und menschlichem Leid, das die Militarisierung der Welt hervorruft, ist in der Dritten Welt unvergleichlich größer als im Norden.

13. Auf dem Hintergrund von Unterentwicklung haben auch die ökologischen Probleme eine besondere Brisanz. Die Abholzung der tropischen Regenwälder hat bereits eine akute Bedrohung des globalen Klimagleichgewichts zur Folge.

Die Ausbreitung von Wüsten und Dürregebieten infolge von Eingriffen in das ökologische Gleichgewicht führt zur Zunahme von Hungerkatastrophen. Auch die negativen Auswirkungen von industriellen Großanlagen, die Handhabung gefährlicher Technologien (AKW's, Gentechnologie u.a.), Giftmüllexport etc. sind unter den Bedingungen der Unterentwicklung noch weitaus dramatischer als im Norden.

14. Ohnehin bereits niedergedrückt von ökonomischer Unterentwicklung und Abhängigkeit verschlimmern also die globalen Problemkomplexe Militarismus und Ökologie den Teufelskreis der Verelendung. Politische Instabilität, die Zerrüttung der Gesellschaften, eruptive Ausbrüche von Gewalt, Konflikten, Bürgerkriegen und regionalen Kriegen – mit der Möglichkeit, eine globale Kettenreaktion auszulösen – nehmen zu. Die Probleme der Dritten Welt werden so zum Katalysator für die Verschärfung der weltweiten Bedrohungen. Insofern ist die Überwindung der Unterentwicklung auch aus der Interessenlage des Nordens heraus ebenso notwendig wie Abrüstung und die Bewahrung der Umwelt.

15. Der weltweite Prozeß der Internationalisierung (siehe These 5) vollzieht sich unter der Hegemonie der imperialistischen Metropolen. Es ist eine kapitalistisch deformierte Vergesellschaftung, die für die Entwicklungsländer sich in der Zwangs-

integration in den Weltmarkt, in wachsender Abhängigkeit und neokolonialer Ausplünderung äußert. Die letzten Residuen autonomer Wirtschafts- und Lebensweise fallen. Alle Lebensbereiche werden von Krisenerscheinungen durchwuchert.

16. Diese Entwicklung ist im wesentlichen auf die Durchsetzung eines „marktradikalen Neoliberalismus“ („Reagonomics“) in der Weltwirtschaft und der konservativen Herrschaft in den Metropolen zurückzuführen. Der Erfolg dieser aggressiven Konzepte hat die entwicklungspolitischen Hoffnungen auf die Emanzipationsperspektiven der späten 60er Jahre zerschlagen.

17. Mit der riesigen Schuldenlast von über 1 Bio \$ ist sogar ein neuer Ausbeutungsmechanismus im System des Neokolonialismus entstanden, der einen Nettoressourcentransfer von Süd nach Nord zur Folge hat.

Zugleich vertieft die Verschuldung die strukturelle Einbindung des Südens in die kapitalistische Weltwirtschaft, erhöht die einseitige Abhängigkeit der Entwicklungsländer, festigt und entwickelt die Hegemonie des kapitalistischen Sektors und ist ein Hebel für politische Erpressung. Die Lösung der Schuldenkrise ist daher zur entwicklungspolitischen Schlüsselfrage geworden.

18. Auch mit der wissenschaftlich-technischen Revolution bildet sich eine neue Dimension im System der neokolonialen Ausbeutung heraus. Der technologische Vorsprung des Nordens nimmt ebenso sprunghaft zu, wie die technologische Abhängigkeit der Entwicklungswelt. Im Zuge der Computerisierung sind schon heute 98 % aller technologischen Daten auf Datenbanken im Norden konzentriert.

19. Im Ergebnis dieser Prozesse mußten auch jene Entwicklungsländer, die nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit die Möglichkeit zu haben schienen, für gesellschaftspolitische Alternativen zum kapitalistischen Entwicklungsweg zu optieren, kapitulieren.

Die Möglichkeiten, einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg und gar eine sozialistische Orientierung einzuschlagen (Angola, Mosambik, Äthiopien, Kambodscha, Afghanistan, VDR Jemen; früher Somalia, Ägypten, Burma, Irak, Syrien u.v.a.) wurden überschätzt.

Auch die Hoffnungen, die von Linken in den Metropolen auf Versuche wie Tansania und Algerien



gesetzt wurden, wurden enttäuscht, selbst wenn in solchen Ländern bis heute noch formal an den sozialistischen Ansprüchen festgehalten wird. Angesichts der weltwirtschaftlichen Machtverhältnisse besteht auch in dieser Ländergruppe wenig Spielraum für Alternativen. Das heißt, daß vorerst die überwältigende Mehrheit der Entwicklungsländer in den Weltmarkt integriert ist und keine Alternative zur kapitalistischen Orientierung hat.

Dabei bleibt die Gruppe derjenigen Entwicklungsländer, die den sozialistischen Weg eingeschlagen hat, auf die bis 1960 entstandenen Fälle beschränkt (Kuba, Vietnam, Nordkorea, Mongolei, VR China).

20. Mit der Herausbildung der aktuellen Konstellation in der Weltpolitik war eine deutliche Verminderung des Spielraums von sozialrevolutionären Bewegungen verbunden. Die traditionellen Befreiungsstrategien sind in der Krise. Mehr als je zuvor beeinflussen internationale Faktoren den Verlauf und die Resultate gesellschaftlicher Umwälzungen. Dabei handelt es sich keineswegs nurmehr um die ‚klassische‘ Form des Exports der Konterrevolution durch militärische Mittel (Intervention, Low Intensity Warfare etc.) – obwohl diese Mittel nach wie vor eingesetzt werden – relativ dazu sind vielmehr die Formen von ökonomischem Druck, von Destabilisierung, von politischer, kultureller, ideologischer Einflußnahme beträchtlich gewachsen. Zumal in Kombination mit militärischem Druck (wie z.B. in Nicaragua) können sie einen revolutionären Prozeß auf ‚kaltem Weg‘ liquidieren.

Durch äußeren Druck können alternative Entwicklungswege, ohne daß formale Strukturen z.B. durch Regierungswechsel o.ä. gebrochen werden, unterbrochen und um- bzw. zurück in den kapitalistischen Mutterschoß gelenkt werden. Gleichzeitig wächst damit die Fähigkeit des Imperialismus zur Durchsetzung systemkonformer Krisenlösungen für marode Diktaturen und Militärregimes (Philippinen, Sudan, Haiti, Chile).

V. Zunehmende Differenzierungen

21. Im Prozeß der Internationalisierung und Herausbildung einer ganzheitlichen Welt ist zugleich eine Tendenz zu wachsender Differenzierung und Vielfalt enthalten. Die Unterschiede z.B. im Entwicklungsniveau der sog. „Newly Industrialized Countries“ (Süd-Korea, Taiwan, Singapur), der reichen OPEC-Staaten und der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder sind enorm und nehmen weiter zu. Auch politische Unterschiede nehmen zu. Die Differenz zwischen einer politischen und militärischen Großmacht wie Indien, die inzwischen die Rolle einer regionalen „Ordnungskraft“ in Südasien spielt, und z.B. den pazifischen Inselstaaten kann kaum größer sein. Hinzu kommen historisch bedingte Unterschiede, ideologische, kulturelle etc. Vielfalt. Gerade als Konsequenz aus der Internationalisierung werden diese Differenzierungen deutlicher wahrgenommen, um sich als solche im internationalen System zu manifestieren.

22. Diese Differenzierungen können auch zum Auslöser von Konflikten werden. Nationale, ethnische, rassische, religiöse Probleme, Stammes-, Grenzkonflikte und Hegemonialkämpfe rivalisierender Eliten (Golfkrieg!) können zu Bürgerkriegen und regionalen Kriegen eskalieren. Angesichts der weltweiten Interdependenzen geht auch von diesem Konflikttypus eine globale Bedrohung aus. Der Ost-West-Konflikt im allgemeinen und der Imperialismus im besonderen sind am Ausbruch dieser Konflikte in der Regel nicht ursächlich beteiligt. Dies gilt natürlich erst recht für Kriege zwischen sozialistischen Ländern (VR China-Vietnam) und zwischen progressiven Bewegungen, Organisationen etc.

23. Die wachsende Differenzierung und die neue Problemlage findet ihren Reflex auch in der Entstehung neuer politischer Formationen, sozialer Bewegungen und Organisationen. Sehr häufig geschieht das außerhalb der uns geläufigen organisatorischen und ideologischen Schemata. Dazu gehören so unterschiedliche Erscheinungen wie die Selbsthilfeorganisationen von Slumbewohnern, Überlebensgemeinschaften bedrohter Minderheiten, neuartige Zusammenschlüsse von Frauen, religiös begründete Bewegungen, darunter der viel diskutierte Fundamentalismus.

Viele dieser neuen Akteure verfolgen Interessen, die mit denen der Solidaritätsbewegungen der Metropolen konvergieren. Gewissen Ähnlichkeiten mit den neuen sozialen Bewegungen in den Metropolen sind unverkennbar. Sie sind, so wie Befreiungsbewegungen, Gewerkschaften und andere progressive Organisationen in der Dritten Welt, unsere Partner.

Kompliziert wird es in einigen Fällen, wie etwa bei den islamischen Fundamentalisten, nationalistisch-separatistischen Strömungen o.ä., die sehr widersprüchliche Erscheinungen sind. Dem völlig legitimen Moment von Widerstand gegen den Verlust von Identität, das ihnen oft eignet, sind wiederum Elemente beigemischt, die mit dem humanistischen Anspruch internationaler Solidarität unvereinbar sind.

Hier kann nur die kenntnisreiche Analyse des Einzelfalls helfen. In jedem Fall werden wir – mehr als früher – die Spezifik der einzelnen Länder und Bewegungen, stärker die sog. Überbauphänomene, Tradition, psychologische Faktoren berücksichtigen müssen. Von vereinfachten politischen Schemata, von klassenreduktionistischen Stereotypen u.ä., die uns in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Fehlurteilen einbrachten, müssen wir uns trennen.

24. Von epochaler Bedeutung ist der Aufbruch der Frauen. Die Konsequenzen erstrecken sich natürlich auch über die Dritte Welt. Das Patriarchat haftet auch dort allen Lebensbereichen und Problemlagen an, ebenso wie es die Solidaritätsbewegung durchdringt. Bisher sind die damit zusammenhängenden Fragen kaum aufgearbeitet. Unser Spek-

trum der Solidaritätsbewegung hat hier einen großen Nachholbedarf. Praktisch stehen wir noch bei Null.

VI. Zur Imperialismusanalyse

25. Die herkömmliche Imperialismusanalyse ist in der Diskussion. Es wird die Frage aufgeworfen, ob sie unter den heutigen Bedingungen nicht weiterentwickelt und modifiziert werden muß. Eine schwierige Diskussion, die an Grundfesten unseres Selbstverständnisses rührt. Da werden Ängste und Abwehr mobilisiert, Identitäten scheinen auf dem Spiel zu stehen.

Aber wir werden uns den Fragen stellen müssen. Einige dieser Fragen sind:

- Schaffen die globalen Menschheitsprobleme neue Existenzbedingungen auch für den Imperialismus, und vermögen sie ihn – in welcher Form auch immer – zu modifizieren?

- Welche Auswirkungen hat die Existenz des sozialistischen Systemantagonisten auf den Imperialismus?

- Ist der Imperialismus friedensfähig?

- Wenn ja, bezieht sich die Friedensfähigkeit nur auf den Ost-West-Gegensatz und einen großen Weltkrieg, oder könnte sie sich auch auf das West-Süd-Verhältnis erstrecken?

- Ist der Imperialismus ohne Neokolonialismus denkbar und lebensfähig?

- Wenn nicht, wie realistisch sind die Forderungen nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung? Welche Perspektiven hätte dann die Dritte Welt unter den gegebenen Machtverhältnissen?

- Wenn ja, worauf gründet diese Hoffnung?

- Welche Perspektiven ergeben sich für den metropolitanen Kapitalismus aus der wissenschaftlich-technischen Umwälzung? Neue Reserven? Neue Widersprüche? Macht sie den Neokolonialismus weniger notwendig oder gar überflüssig?

- Welche Konsequenzen ergeben sich für den Neokolonialismus aus möglichen Abrüstungsmaßnahmen?

- Ermöglichen Abrüstungsmaßnahmen einen Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer („Entwicklung durch Abrüstung“)?

- Wenn ja, unter welchen entwicklungspolitischen Bedingungen?

- Ist ein Begriff von dem Imperialismus differenziert genug? Welche Rolle spielen heute Interessendivergenzen zwischen imperialistischen Zentren? Bedeutung der westeuropäischen Integration? Welche Interessendifferenzierungen gibt es wiederum innerhalb einzelner Imperialismen?

- Bestehen im Imperialismus systemimmanente Interessen an der Lösung der globalen Probleme? Falls ja, wie könnte sich internationalistische Politik dazu verhalten?

- Wie produktiv ist heute Imperialismusanalyse unter der Perspektive von Kräfteverhältnissen?

VII. Die Rolle der sozialistischen Länder

26. In der interdependenten Welt können die Entwicklungsperspektiven der Dritten Welt nicht abstrahiert von einem weltpolitisch so gewichtigen Faktor wie die sozialistischen Länder betrachtet werden. Das Ost-West-Verhältnis, das Ost-Süd-Verhältnis und die innere Entwicklung der sozialistischen Länder waren für die Dritte Welt von Bedeutung und werden es zukünftig bleiben. Folglich muß dies auch in der Solidaritätsbewegung thematisiert werden. Die Veränderungen in der UdSSR sind dabei sehr hilfreich. Sie erleichtern einen unverkrampften und sachlichen Umgang mit den Problemen.

Nicht nur die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten müssen in die Analyse eingehen. Wir müssen auch die VR China, die seit dem Scheitern des Maoismus (der in der Solidaritätsbewegung eine große Rolle spielte) unserer Aufmerksamkeit entging, wieder ins Blickfeld nehmen.

Die Veränderungen in der Sowjetunion sind nicht nur Folge einer inneren Krisenentwicklung, sondern auch die Reaktion auf den Umbruch der internationalen Situation, insbesondere auf die Herausforderungen der globalen Probleme. Die Stellung der UdSSR im internationalen System wird sich im Zuge der Perestroika wandeln, ebenso wie ihre Außenpolitik. Dies wirkt sich natürlich auch in hohem Maße auf die Dritte Welt aus.

Mit der Verarbeitung dieser Entwicklung hat die Solidaritätsbewegung noch kaum begonnen.

Peter Wahl, Frankfurt/M. Ist Sekretär des Antimperialistischen Solidaritätskomitees.

löst werden können. Im Ergebnis kommt es zur Blockade von (ohnehin deformierten) Entwicklungsprozessen, bisweilen auch zu Rückentwicklungen in Form von De-industrialisierungsprozessen und (Beinahe-)Zusammenbrüchen. Infolge des inzwischen erreichten Grades der internationalen Verflechtung stellt sich das Problem der Rückwirkungen internationaler Krisenprozesse auf die Systeme und Bevölkerungen in den Zentren heute jedoch auf besonders dringliche und neue Weise. In ihrer Verknüpfung mit globalen Problemlagen und vermittelt über einen sich wandelnden Typ der internationalen Akkumulation bleiben die Metropolen von diesen Entwicklungen nicht verschont. (Stichworte wären hier u.a. die mit den Begriffen „Neue Internationale Arbeitsteilung“ und „Neue Internationale Finanzordnung“ (Schuldenkrise) verbunden, teilweise gravierenden Herausforderungen für die traditionelle Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.)

5. Die Entwicklungskrise der Dritten Welt erweist sich in dieser Perspektive jedoch nur als ein Moment einer umfassenden Krise des kapitalistischen Regulationsmodus der Nachkriegsperiode. Dabei handelt es sich zugleich um einen Prozeß der Neubzw. Restrukturierung der internationalen Ordnung (Neubestimmung von Hegemonial- und Marktstrukturen; Aushöhlung und Erschöpfung nationalstaatlicher und internationaler Steuerungskapazitäten, Tendenz zu handelspolitischen Konflikten und Turbulenzen im internationalen Kredit-system usw.). Es ist offenkundig, daß angesichts einer solchen Konstellation die Linke nicht weniger, sondern mehr Internationalismus braucht. Dieser Internationalismus wird sich weder auf die bilaterale Unterstützung einzelner Bewegungen an den „Brennpunkten“, noch auf die Zusammenarbeit einzelner ideologischer Richtungen, etwa der kommunistischen oder der sozialistisch-sozialdemokratischen Parteien, beschränken können.

6. Zwar bleiben internationale kapitalistische Ausbeutung und sich verschärfende soziale Widersprüche im Innern ein permanenter Nährboden für die Entstehung sozialer Befreiungsbewegungen und -tendenzen. Die Sicherung des elementarsten Lebensrechts der in ihrer Mehrheit unterdrückten und abhängigen Bevölkerung der Peripherieländer bleibt unter diesen Bedingungen eine mobilisierende Vision des Befreiungskampfes. Doch stößt diese immer deutlicher an die Grenzen „äußerer“, weltwirtschaftlich bedingter Zwangsverhältnisse. Der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung, verstanden im Sinne grundlegend neugestalteter internationaler Rahmenbedingungen, bleibt deshalb ein vordringliches Problem der Dritten Welt. Ein „neuer Internationalismus“ wird sich unter diesen Bedingungen nicht mehr nur negativ auf die Kritik des bestehenden Systems und der bestehenden Verhältnisse (im Sinne des traditionellen „Antimperialismus“) beschränken können, sondern überzeugende Gegenentwürfe, ebenso radikale wie realistische Alternativen zum herrschenden Status quo formulieren müssen. Er wird sich dabei zugleich und vorrangig an den Überlebensforderungen des Atomzeitalters zu orientieren haben.

7. Das vielzitierte, von der Sowjetunion ausgehende „neue Denken“ ist in vielerlei Hinsicht eine Reaktion auf diese neuen Herausforderungen. Seine verschiedenen Elemente fügen sich zusammen – vgl. zuletzt die UNO-Rede Gorbatschows – zur Vision einer neuen Weltordnung. Die westliche Linke wird dies nutzen, sich jedoch nicht auf deren bloße „Propagierung“ beschränken können, sondern die eigentliche Herausforderung und Chance darin sehen müssen, mit eigenen Strategien und Konzeptionen in den laufenden Prozeß der Restruktur-

ierung der internationalen Ordnung einzugreifen. Ähnliches gilt für den Perestroika-Prozeß im Innern: Hier geht es über die Korrektur von Fehlentwicklungen und die schonungslos-kritische Aufarbeitung der Vergangenheit hinaus letztlich um die Rehabilitation der sozialistischen Idee selbst. Gelingt dieses Projekt, dann gibt dies auch Raum für eine Renaissance der sozialistischen Idee und der sozialistischen Bewegung im Westen. Auch auf die Solidaritätsbewegung hat dies Auswirkungen.

8. Schon heute gibt es reale Chancen für einen „neuen Internationalismus“, die eng mit dem wachsenden Bewußtsein über die sich verstärkenden globalen Bedrohungen verknüpft sind und durch die Rückbesinnung auf den humanistischen Kern des Marxismus nachhaltig gefördert werden (können). Real sind diese Chancen vor allem deshalb, weil der Begriff „neuer Internationalismus“ kein Hirngespinnst abgehoben-theoretischer Reflexion ist, sondern in einem ganz praktischen Zusammenhang, einer konkreten politischen Kampagne, der IWF/Weltbank-Kampagne, in deren Rahmen es zu den seit der Vietnambewegung größten internationalistischen Massenaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik kam, zu einer Leitfrage der Solidaritätsbewegung wurde.

9. Der Inhalt dessen, was sich heute erst umrißartig – als Hoffnung und Vision – als „neuer Internationalismus“ abzeichnet, kann freilich nicht von irgendeiner Seite präjudiziert werden (im Sinne eines neuen Patentrezepts), sondern muß einem nach vorn offenen Diskussionsprozeß in der Bewegung anvertraut bleiben. So gesehen kann „neuer Internationalismus“ zum jetzigen Zeitpunkt auch verstanden werden als Aufgabe gemeinsamen Suchens nach neuen Konzepten, die dem gegenwärtigen Stand der internationalen Verflechtungen gerecht werden. Dies wird nur im Kontext einer „neuen politischen Kultur“ möglich sein, die Bündnispolitik als gemeinsamen Lernprozeß versteht. Von strategischer Bedeutung in diesem Prozeß dürfte die Erkenntnis sein, daß „alte“ und „neue“ soziale Bewegungen trotz aller Gegensätze darauf angewiesen sind, eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln, wenn sie den Herausforderungen wachsender Internationalisierung und globaler Bedrohungen gerecht werden wollen.

10. Auch ein „neuer Internationalismus“ kann sich nur auf einer gemeinsamen Interessenbasis herausbilden. Dabei scheint eine Überprüfung überkommener interessenspolitischer Konzepte in zweifacher Hinsicht erforderlich: Zum einen wird die im traditionellen Antimperialismus schon vom Begriff her gegebene Negativfixierung zugunsten einer positiven Zielbestimmung (im Sinne von Alternativen) überwunden werden müssen. Zum anderen wird ein neuer Internationalismus auch die

(trade-unionistische) Verengung des Interessenbegriffs auf rein materiell-ökonomische Interessenlagen zugunsten der Aufnahme stärker moralisch-ethischer Imperative, bis hin zur Frage der eigenen Lebensweise, überwinden müssen. In diesem Sinne bedarf es eines umfassenden Alternativansatzes, in dem unterschiedliche Interessenlagen mittel- und langfristig miteinander verknüpft sind und der sowohl die konkret-utopische Vision einer neuen Weltordnung, als auch konkretisierte Antworten auf die Frage nach den ersten Schritten in diese Richtung einschließt.

11. Die visionäre Seite dieses Alternativansatzes, die notwendigerweise über das bestehende System hinausweisen muß, wird wahrscheinlich die Elemente radikale Demokratie, soziale Gerechtigkeit, nationale Unabhängigkeit und gleichberechtigte internationale Kooperation, „In-Recht-Setzung“ von Frauen- und Subsistenzarbeit, Frieden und Ressourcenschonung in sich aufnehmen. Zugleich muß aber an den heute erkennbaren Widersprüchen und Bruchstellen des bestehenden Systems angeknüpft werden können. Dies sind im wesentlichen Steuerungs- und Regulierungsdefizite, die sich vor dem Hintergrund der Mehrheitsinteressen vor allem als mangelnde Gleichheit, ungenügende Partizipation und Demokratie darstellen. Konkrete Ansatzpunkte wären etwa: die Wiederbelebung des Spannungsprozesses (Abrüstung), die auch Raum schafft für einen nord-süd-politischen Neuanatz; die Machtverschiebungen im Gefolge des Niedergangs der US-Hegemonie; die neuen Integrationsprozesse in der Dritten Welt selbst; schließlich auch das herrschende Krisenmanagement (z.B. in der Schuldenkrise), dessen Deregulierungskonzepte mehr und mehr an Grenzen stoßen.

12. Zentral in diesem Zusammenhang ist die Frage der Veränderung internationaler Machtverhältnisse und der Durchsetzung neuer Regulierungsmechanismen gegen die globale Dynamik des internationalen Kapitals. Die nächstliegende Perspektive – und zugleich die Chance eines Neubeginns im Sinne alternativer Entwicklungslogiken – liegt deshalb in der gemeinsamen Suche nach Konzepten der umfassenden und radikalen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Demokratisierung und Entmilitarisierung, bei der vermeintliche Systemzwänge, überkommene Privilegien und Asymmetrien zugunsten von mehr gleichberechtigter Kooperation und demokratischer Kontrolle überwunden werden. Die Bedeutung der unterschiedlichen Kräfte innerhalb der Solidaritätsbewegung wird künftig nicht zuletzt daran gemessen werden, ob sie in der Lage sind, mit konstruktiven Beiträgen in diese Diskussion einzugreifen.

Rainer Falk, Hamburg, arbeitete für das Antimperialistische Solidaritätskomitee im Arbeitsausschuß der IWF/Weltbank-Kampagne mit.

RAINER FALK

„Neuer Internationalismus“ in der Solidaritätsbewegung

1. Die wachsende Bedeutung globaler Probleme und Bedrohungen wird heute weithin anerkannt. Dennoch stellt sich die Frage, ob die westliche Linke in der Lage sein wird, den Diskurs über die globalen Probleme für sich zu „besetzen“, oder ob sie dies den aufgeklärten Sektoren der bürgerlichen Öffentlichkeit überläßt. Die theoretischen Schwierigkeiten der Linken bei der Analyse globaler Probleme resultieren offensichtlich gerade daraus, daß sich ihre Zuspitzung zwar unter den Bedingungen kapitalistischer Globalität vollzieht, eine auf den „klassischen“ imperialismustheoretischen Verursachungszusammenhang beschränkte oder reduzierte Argumentation jedoch weder in der Lage ist, die kumulativen, sich selbst verstärkenden Wirkungen der globalen Probleme, noch ihre tieferliegenden Verknüpfungen mit gesellschaftlichen Krisenprozessen hinreichend zu erklären. Notwendig ist deshalb der Abschied von eindimensionalen, auf die Systemauseinandersetzung, die Frage des „Kräfteverhältnisses“ usw. verengten und schablonenhaften Erklärungsmustern.

2. Die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung (im übrigen auch die aktuellen Krisen- und Vorkrisenprozesse in den Ländern des „realen Sozialismus“) und die Herausbildung globaler Bedrohungen sind heute vor allem über die objektive Tendenz zu wachsender Internationalisierung und sprunghafter Produktivkraftrevolutionierung miteinander verknüpft. Die Crux liegt zum großen Teil darin, daß – bei wachsender Interdependenz von Problemen – die Steuerungs- und Regulierungskapazitäten, die zur Bearbeitung dieser Probleme zur Verfügung stehen, allenthalben abgenommen haben. Doch es ist zugleich eben dieses Feld von Widersprüchen, aus dem sich heute die Ansatzpunkte für alternatives (in der Perspektive auch systemüberwindendes) politisches Handeln entwickeln läßt und in der täglich erlebten Praxis auch entwickelt.

3. Was die Dritte Welt betrifft, so ist heute eine Entwicklungskrise in umfassendem Sinne unübersehbar, die einhergeht mit einer Tendenz zur „Rekolonialisierung“, die jeglichen Emanzipationsbe-

strebungen enge Grenzen setzt und selbst elementarsten Lebens- und Überlebensinteressen ganzer Völker den Boden entzieht. Dieser „neue Kolonialismus“ kann aber weder als bloße Fortschreibung dessen begriffen werden, was in den 60er und 70er Jahren als Neokolonialismus beschrieben wurde, noch als eine schlichte Neuauflage traditioneller imperialistischer Kolonialpolitik. Denn erstens ist dieser „neue Kolonialismus“ selbst noch Ausdruck eines tiefgreifenden Strukturbruchs im System der globalen kapitalistischen Akkumulation und der internationalen Beziehungen. Und zweitens zerstört er wesentliche Grundlagen des nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Nord-Süd- oder besser: West-Süd-Verhältnisses.

4. Der mit dem kapitalistischen Wachstumsmodell der Nachkriegsperiode („Fordismus“/„Keynesianismus“) einhergehende Neokolonialismus hatte auch für die Entwicklungsländer bis zu einem gewissen Grade Wachstums- und Entwicklungsgarantien bereitgehalten, die jedoch vor dem Hintergrund der Krise dieses Modells nicht mehr einge-

WERENA ROSENKE

Gegenmacht mit Hilfe einer internationalistischen Politik

Wenn wir die Anforderungen eines „neuen“ Internationalismus diskutieren, sollten wir noch einmal einen kritischen Blick auf die traditionelle Politik der Dritte-Welt-Solibewegung werfen.

Die günstigste Voraussetzung für internationale Solidarität war ein möglichst widerspruchsfreier Befreiungsprozeß in den Ländern der sog. Dritten Welt: Ein eindeutiger Feind, der US-Imperialismus,

und das „kämpfende Volk“ vertreten durch seine nationale Befreiungsbewegung, deren Ideologie sich mit der eigenen weitgehend deckte. Diese Konstellation hatte zumindest für die anti-imperialistische Solidaritätsbewegung eine große Mobilisierungskapazität. Hatte sich das Volk „befreit“, die Yanks oder die einheimische Elite zum Teufel gejagt, konnte der nächste Brennpunkt ins Visier ge-

nommen werden.

Diese schon sprichwörtlichen Konjunkturschwankungen sind den LeserInnen dieses Blattes sicher geläufig. Das eher christlich motivierte Spektrum der Dritte-Welt-Bewegung konzentrierte sich auf die Hilfe für die „Opfer“ in den Ländern der Dritten Welt, lange Zeit ohne die Verursacher von Hunger, Elend und Krieg zu benennen. Mobilisiert wurde die Bereitschaft zur Spende, die Sammelbüchse für den Brotgroschen oder das überschaubare Selbsthilfeprojekt standen im Mittelpunkt des Interesses.

Zugegebenermaßen hat es in der gesamten Solidaritätsbewegung auch Entwicklungen gegeben, nicht zuletzt haben sich eine relativ große Zahl von Dritte-Welt-Initiativen im BUKO zusammenschlossen, um mit themenübergreifenden Kampagnen die Verursacher von Hunger, Krieg und Massenverelendung in den drei Kontinenten hier bei uns zu benennen und politisch anzugreifen. Jedoch, und deswegen habe ich die Situation so überspitzt dargestellt, reflektieren die beiden zuerst genannten Haltungen zwei wichtige Triebfedern der Solidaritätsarbeit, wobei nicht behauptet werden soll, sie seien die einzigen: zum einen ein latentes Schuldgefühl, ohne es zu wollen, an der Ausbeutung der Armutbevölkerung über den Weltmarkt zu partizipieren, die Erkenntnis, daß der relative Wohlstand in den Metropolen mit der Ausbeutung und den permanenten Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt zu tun hat, und zum anderen die Hoffnung auf einen Anstoß zu grundlegenden Veränderungen weltweiter Machtverhältnisse durch die kämpfenden Bewegungen in den Ländern der drei Kontinente.

Doch die Siege der Befreiungsbewegungen haben sie nicht dem Zwang des kapitalistischen Weltmarktes entziehen können. Mosambik ist nur ein Beispiel dafür, wie das Zusammenwirken der militärisch-wirtschaftlichen Destabilisierungspolitik Südafrikas und die wirtschaftliche Aggressionspolitik der internationalen Finanzinstitutionen der Hebel sind, das Projekt eines sozialistischen Entwicklungsprojekts zu gefährden. Schon 1984 hieß es in der mosambikanischen Nachrichtenagentur AIM, daß „der Imperialismus nun mit wirtschaftlichen Mitteln versuchen wird, das zu vollbringen, was ihm mit militärischen Mitteln nicht gelungen ist – die Zerstörung des Sozialismus in Mosambik.“

Im Kontext linker Politik in der BRD ist die Internationalismusbewegung immer nur eine Bewegung neben anderen gewesen. Von einer internationalistischen Politik der sog. neuen und alten sozialen Bewegungen kann keine Rede sein. Im Gegenteil, die Politikkonzepte sind größtenteils eurozentristisch und kreisen um die eigene spezifische Betroffenheit, die nicht in Zusammenhang gesetzt wird mit den international angelegten Kapitalstrategien und der Logik des Weltmarktes. Um einen Internationalismus zu entwickeln, der nicht nur auf Projektion oder Mitleid basiert, bedarf es der Identifizierung gleichgerichteter Interessenlagen.

„Diese gemeinsamen Interessen gibt es im grundsätzlichen Sinne als gemeinsame Interessen von abhängig Beschäftigten, die im grundsätzlich gleichen Verhältnis der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft stehen“, heißt es lapidar in der Grundsatzklärung der Jungdemokraten zur Solidaritätsarbeit. Aus diesem Begründungszusammenhang läßt sich die Notwendigkeit eines internationalistischen Politikansatzes eben nicht herstellen, denn obwohl die Bevölkerungsmehrheit in den Metropolen nicht zu den herrschenden Klassen gehört, hat sie doch bis zu einem gewissen Grad an der Ausbeutung der Dritten Welt partizipiert, bis hin zur offenen Unterstützung und Stabilisierung der weltwei-

ten Herrschaftsverhältnisse. Auch die jüngsten Wahlerfolge der Republikaner in Berlin machen die Unzulänglichkeit dieses Erklärungsansatzes deutlich, gelingt es den Rechtsradikalen doch gerade in den am meisten von den Auswirkungen weltwirtschaftlicher Krisenerscheinungen Betroffenen, Ressentiments und Abwehr gegen ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge zu wecken.

Die Verschuldungskrise hat die neokoloniale Abhängigkeit der Länder der sog. Dritten Welt zu einer neuen Qualität geführt, zu einer Massenverelendung und zu einer Ressourcenzerstörung in nie gekanntem Ausmaß und damit zu einem Bedrohungspotential für die Menschheit insgesamt. Dies und die fast unbegrenzte Erpreßbarkeit der Staaten im „Krieg der Außenverschuldung“ (Lula) richtet sich nun offen gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit in den hochindustrialisierten Ländern. Wenn man den Giftmüll hier nicht mehr so problemlos los wird, dann schafft man ihn eben in ein hochverschuldetes Land, das kann Guinea-Bissau sein, aber auch Polen, Hauptsache dem Land bleibt keine Wahl. Müllverbrennungsanlagen sind genauso unpopulär, also warum dann nicht den Angolanern eine verkaufen?

Das Stichwort „globale Bedrohung“ ist in aller Munde. In der gegenwärtigen Situation verbirgt sich dahinter die Erkenntnis und bei vielen vielleicht nur die Ahnung, daß bestimmte Entwicklungen in den Ländern der drei Kontinente nun auch die Existenz auf der nördlichen Erdhalbkugel gefährden. Es wird offensichtlich, daß beispielsweise die drohende Klimakatastrophe durch die Abholzung des tropischen Regenwaldes oder die zunehmende Verwüstung der Sahelzone, Konsequenz einer hemmungslosen Profitideologie und eines industriellen Entwicklungsmodells, nicht nur das Problem der indianischen Völker oder der „armen Afrikaner“ sind, denen man was Gutes tut, wenn man mal 'ne Mark spendet, sondern es sind ganz konkret die eigenen Lebenschancen betroffen. Für die Menschen, die seit drei Jahrzehnten aus den tropischen Regenwäldern vertrieben werden, sind die sog. „globalen“ Probleme schon seit Jahren tödlich. Lange vor Tschernobyl sind Tausende von Menschen in den Uranabbaugebieten radioaktiv verseucht worden und ganze Regionen sind irreversibel zerstört.

Dies sind alles keine neuen Informationen und auch den sozialen Bewegungen hier bestens bekannt, nur – diese Tatsachen hatten sich bislang kaum in Politikkonzepten manifestiert. Die Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte hier wird es sein, mit dieser „globalen“ Bedrohungssituation offensiv umzugehen. Einer „wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Politik“ das Wort zu reden, ist dabei sicher nicht der richtige Weg. Auch die Weltbank spricht von der „globalen Krise des Ökosystems“, von „umweltbezogenen Interventionen“, von „gemeinsamer Verantwortung für die gegenwärtige Situation“. Die Auswirkungen der Krise sind global, aber die Verursacher sind sehr deutlich festzustellen, sie sitzen in den Konzern- und Bankenregierungen und auf den Regierungsbänken.

Um der „Einen Welt“ als realer Kategorie gerecht zu werden und die weitverbreitete Ahnung von den Zusammenhängen aufzugreifen, müssen die fortschrittlichen Kräfte in den Industrieländern ihre Politikkonzepte radikal verändern. Die Orientierung an ausgetretenen Bewegungsbahnen muß aufgegeben werden, als erster Schritt steht eine systematische Zusammenführung von Analyseinstrumenten auf der Tagesordnung, ein internationalistischer Ansatz muß integraler Bestandteil der Politik neuer und alter sozialer Bewegungen werden.

Um effektiv z.B. gegen die Chemiemultis vorzu-

gehen, ist es dann auch notwendig, mit den Kräften in den Ländern der Dritten Welt zusammenzuarbeiten, die sich dagegen wehren, daß ihre Länder nun auch noch zur Müllkippe oder zum Standort gefährlicher Technologien werden, die in den Industrieländern politisch nicht mehr durchsetzbar sind. Es ist auch eine weithin bekannte Tatsache, daß es zu den Strategien multinationaler Konzerne gehört, die nationalen Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen, d.h., um den Bestrebungen zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit, der unterbezahlten Heimarbeit vor allem der Frauen, der Zunahme sog. „ungeschützter“ Beschäftigungsverhältnisse entgegenzuwirken, der Nivellierung der Lebensmöglichkeiten international auf unterem Niveau effektiv zu begegnen, müssen die Kämpfe in den Billiglohnfabriken bundesdeutscher Multis offensiv unterstützt werden.

Dies wäre eine Politik, die sich nicht mit dem Prinzip der Sozialpartnerschaft vereinbaren läßt, einem Prinzip, dem sich auch die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung verpflichtet fühlt. Ein so verstandener internationalistischer Politikansatz impliziert nicht nur den Aufbau eines Diskussionszusammenhangs zwischen fortschrittlichen Kräften in den Industrieländern über Bewegungs- und nationalstaatliche Grenzen hinweg, sondern auch vor allem eine wesentlich effektivere internationale Zusammenarbeit. Die schon existierenden Netzwerke gilt es zu stärken und ihnen neue hinzuzufügen.

Um die Vision eines selbstbestimmten Lebens aller Menschen realisieren zu können, müssen wir als erstes voneinander wissen, scheinbar gegensätzliche Interessen zur Kenntnis nehmen und arbeiten, um besser gerüstet zu sein in der Auseinandersetzung mit den Konzern- und Bankenstrategien und den hinter ihnen stehenden Regierungen. Die Kampagne anlässlich der Jahrestagung von IWF und WB war sicher ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung.

Es ist zwar wichtig und notwendig, Alternativen zur herrschenden Vernichtungslogik des Weltmarktes zu entwickeln, dies darf allerdings nicht dazu führen, sachdienliche Hinweise zur Aufmöbelung eines bankrotten Industrialisierungs- und Entwicklungsmodells zu geben. Vielmehr bleibt die Entwicklung von Gegenentwürfen untrennbar verbunden mit der Entwicklung einer alltäglichen politischen Praxis und eines Widerstandes, die sich daran orientieren müssen, mit welchen Forderungen, Strategien, Aktionen sich aus den konkreten Arbeits- und Lebenszusammenhängen eine Gegenmacht organisieren läßt.

Werena Rosenke vertritt den AKAARIK-Arbeitskreis Afrika-Münster im Koordinierungsausschuß des Bundeskongresses Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 8. 2. 1989:
4.188.164,37 DM

KULTUR

HELMUT GROSCHUP

Eindrücke vom Filmfestival in Havanna

Bilder eines Kontinents

Zum zehnten Mal fand vom 3.–17. Dezember 1988 in der kubanischen Hauptstadt ein Filmfestival besonderer Art statt. Es befaßte sich mit dem „Neuen lateinamerikanischen Film“. Mit von der Partie war für uns Helmut Groschup, freier Journalist aus Innsbruck.

Vedado, das Hotel-Viertel von Havanna, verwandelt sich seit 10 Jahren in den ersten Dezembertagen zu einem „El Dorado“ des lateinamerikanischen Films. Links und rechts von La Rampa, der belebtesten Straße von Kubas Hauptstadt, wurden über 500 Spiel-, Dokumentar- und Animationsfilme der Bereiche Kino, Video und Fernsehen angeboten.

Während das zweite große, aber jüngere Filmfest des Subkontinents von Rio de Janeiro den A-Festivals in Europa (Cannes, Venedig, West-Berlin und Moskau) nacheifert, orientieren sich die kubanischen Organisatoren immer noch an den Bedürfnissen des Films der Länder Lateinamerikas. So wurde dieses Festival zum Bollwerk gegen den Kulturimperialismus made in USA.

In Havanna werden nicht nur Filme gezeigt und später prämiert, sondern es werden in Seminaren Perspektiven zur Verbesserung der Produktions- und Distributionsbedingungen für den lateinamerikanischen Film erarbeitet. Das Markenzeichen „Neuer lateinamerikanischer Film“ bedeutet nicht die reine Zusammenfassung aller lateinamerikanischen Kinematographien, sondern vielmehr ein Programm: Die lateinamerikanischen Filmemacher haben den übermächtigen Produzenten und Verleihern aus den Vereinigten Staaten den Kampf angesagt.

Die Rezeption des lateinamerikanischen Films in Europa steht derzeit nicht in Hochblüte. Die europäische Filmkritik, v.a. die bürgerliche, ist darin einig, daß der lateinamerikanische Film in einer Krise steckt. „Die Krise ist allzu offensichtlich, sie reicht von Feuerland bis zum Golf von Mexiko. Und es ist nicht eine von vielen Krisen: Es ist die schlimmste, die das neue lateinamerikanische Kino jemals erlebte.“ So charakterisiert Peter B. Schumann, Papst der Kritik lateinamerikanischer Filme in der BRD, den vermeintlichen Tiefgang des Latino-Kinos im Cineastenblatt epd Film.

Was will er damit ausdrücken? Er meint, daß der politisch und ästhetisch riskante Film tot ist, daß die Aufbruchsstimmung vorbei ist, daß Genres und Traditionen heute nicht mehr gebrochen werden. Schumann stellt die Tendenz zum Massenkino fest, das nicht mehr genug innovativ sei und mit dem Geschmack des Publikums liebäugelt. (1)

Doch auf einem Kontinent, wo der Geschmack des Publikums seit Jahrzehnten von fremden Produkten geformt wurde, wo ein medialer Krieg gegen die Köpfe geführt wird, wo die Menschen ständig mit einer Wirklichkeit konfrontiert werden, die nicht die ihre ist und die sie tief entfremdet und sicher entwerfen, ist diese Tendenz hin zum Publikum zu verstehen. Die eherne Vergangenheit hat doch einen solchen Funktionswandel erst möglich gemacht.

In diesem Sinne sind auch Fidels Worte aus dem Jahre 1985 zu verstehen, „das Festival in ein Festival des ganzen Volks verwandeln“. (2) Beim jetzigen 10. Festival haben 20 000 begeisterte Kubaner und Kubanerinnen die García Márquez-Serie „Amores difíciles“ (Schwierige Liebschaften) gesehen. Für ihren Gabo, wie der Nobelpreisträger auch in den Gassen Havannas genannt wird, standen sie endlos in der Schlage, kilometerlang und stundenlang.

Europäische Augen sind vielleicht leicht ermüdet in den neun Stunden voll garciamar-

quez'scher Zauberei und ver- bzw. behinderter Liebe. Spanien, sein schlechtes Gewissen hinsichtlich der 500-Jahrfeier der Landung von Kolumbus beruhigend, hat 6 Mio \$ für die Fernsehproduktion zur Verfügung gestellt. Zuviel, um in der Tradition des „imperfekten Kinos“ (3) zu arbeiten, zu wenig, um zu Hollywoodproduktionen wirklich in Konkurrenz zu treten.

In Zahlen ausgedrückt: Eine Warner-Bross-Produktion verschlingt durchschnittlich 10 Mio \$, während sich die mittleren Kosten eines peruanischen Films auf 12 000 \$ belaufen. (4) Damit habe ich nicht gesagt, daß ein teurer Film besser ist als ein billiger. Aber wie der argentinische Filmemacher Fernando Birri meint:

„Du hast die Auswahl zwischen einem Film aus Hollywood und einem einheimischen Film, die gleichzeitig in zwei verschiedenen Kinos gezeigt werden. Der einheimische Film wird mit einem handgeschriebenen Plakat angekündigt, mit Tapetenkleister affiziert. Für den Hollywood-Film hingegen gibt es in den Massenmedien eine Werbekampagne. Instinktiv hast Du mehr Interesse, den Hollywood-Film zu sehen. Du bist konditioniert durch die Produkte der Massenmedien, die in Lateinamerika natürlich im Interesse der transnationalen Filmkonzerne ar-

Szene aus dem Film von Fernando Birri „Un señor muy viejo con unas alas enormes“



beiten, um diese intakt zu halten.“ (5)

Zur Krise meint der Direktor der „Internationalen Film-Fernseherschule“ in San Antonio de los Baños, 30 km südöstlich von Havanna (6): „Krise bedeutet zunächst einmal Veränderung. Von daher muß man sehen, ob das eine tödliche Veränderung ist, das heißt eine Krise, die den Untergang bedeutet, oder ein Wechsel zu mehr Vitalität.“ (7)

Und die Vitalität scheint Birri im Moment total. Lateinamerikas Film werde nicht von einer rückschrittlichen Krise erschüttert, wie europäische Kritiker sie verstehen.

Langeweile, genormte Sprach- und Bildlosigkeit und wenig Innovation wird von den KollegInnen in der taz konstatiert (8). Doch immerhin wird darauf hingewiesen, daß „Kino zu machen in Lateinamerika Luxus ist.“ Das Kino leide eben auch an den Strukturen

**DAS KINO LATEINAMERIKAS
KANN ZWAR MIT HOLLYWOOD
NICHT SCHRITT HALTEN,
VOLLZIEHT ABER EINEN
WECHSEL ZU MEHR VITALITÄT**

der Unterentwicklung und der Abhängigkeit.

„Der Untergang einer gewissen Form von politischem, direktem, militantem und explizitem Kino, das wir in den 50er und 60er Jahren produziert haben, muß klar festgestellt werden. Und es ist unhistorisch, von uns zu verlangen, in den 80er Jahren so Kino zu machen, wie wir es in den 60er und 70er Jahren gemacht hatten. Wir haben es geschafft, uns anzupassen, ohne unser oberstes Anliegen zu verraten: die Befreiung der Völker Lateinamerikas.“ (9) In dieser Bemerkung Birris ist jene Subversivität enthalten, die nötig ist, eine alles beherrschende Konkurrenz zumindest zu verunsichern.

Gabriel García Márquez hat einmal gemeint, erst, wenn die Filme der Lateinamerikaner ein lateinamerikanisches Publikum finden werden, dann werden die transnationalen Filmverleiher auf die einheimischen Produkte aufmerksam werden.

Wenn ich Bilanz ziehe, wenn jene 40 Filme, die ich gesehen habe, nochmals vor meinen Augen ablaufen, sehe ich Bilder eines Kontinents, Bilder aus dem Alltag, Bilder, die in den Köpfen dort entstehen. Die im Kopf entstehen, welche ein Konzept erfüllen, wie Birris García-Márquez-Film ‚Un señor muy viejo con unas alas enormes‘ (Ein sehr alter Herr mit riesigen Flügeln), werden sehr gegensätzlich diskutiert.

Dem Vater des neuen lateinamerikanischen Films war die Kritik am Eröffnungsfilm des Festivals in der Parteizeitung „Granma“ zu streng. „Eine unfaire Kritik. Sie hat meinen Film total zerstört. Keine konstruktive Kritik, aber dogmatisch.“ So drückte Birri seine Enttäuschung während einer Pressekonferenz aus. (10)

Ein alter Mann mit Flügeln, gespielt vom Regisseur selbst, stürzt über einem Dorf irgendwo in der Karibik ab. Ein Wunder für die

Dorfbewohner, die an Engel glauben. Ein Engel auf einer Karibikinsel, die Kuba sein könnte? Im Engel/alten Herren steckt die ganze Tragikomik des Subkontinents, der „utopische Entwurf der Hoffnung in einer eher hoffnungslosen Welt.“

Die widersprüchliche Diskussion über einen kubanischen Film vor dem Hintergrund der Öffnung gegenüber der Kirche sollte in Kuba bald zum Alltag gehören. Der Film des Kubaners Juan Carlos Tabío „Plaff oder zu viel Angst vorm Leben“, der Unzulänglichkeiten des kubanischen Alltags, wie Bürokratie, Wohnungsnot und Funktionärstum aufs Korn nimmt, wurde vom Publikum mit Begeisterung aufgenommen und erhielt den dritten Preis in der Spielfilmsektion.

Die zwei argentinischen Beiträge „Sur“ (Süden) von Fernando Solanas und „La amiga“ (Die Freundin) von Jeanine Meerapfel widmen sich sehr unterschiedlich der Bewältigung jüngster Vergangenheit. „Sur“ auf eine mehr plastische Art, was europäischen Sehgewohnheiten eher entspricht, während die in West-Berlin lebende Jeanine Meerapfel ein Dokumentarspiel inszenierte, welches sehr becheiden die Suche der Mütter der Plaza de Mayo in Buenos Aires nach ihren von Militärs verschleppten Söhnen beleuchtet.

Die Norwegerin Liv Ullmann in der Rolle einer der Mütter schafft eine Distanz, die Allgemeingültigkeit entstehen läßt. So wird die Situation im Film auf jeden beliebigen Ort übertragbar, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Der in der BRD durch seinen Dokumentar-Klassiker „La hora de los hornos“ (Die Stunde der Hochöfen) bekannte Solanas bekam für sein Opus in vier Akten von der internationalen Jury unter Vorsitz des Brasilianers Augusto Boal den Gran Premio Coral zuerkannt. „Sur“ zeichnet die Erinnerungen eines Politgefangenen an seine Kerkerzeit nach und läßt sozialrevolutionäre Hoffnungen hinter Nebelschwaden wie aus einem Werbefilm verschwinden.

Spanische Gelder sind auch einem nicaraguanischen Film zugeflossen: Damit entstand der erste international meßbare Spielfilm des INCINE (nicaraguanisches Filminstitut). „El espectro de la Guerra“ (Das Gespenst des Krieges) schildert einen jungen Schwarzen aus der Costa Atlantica, der nach Managua kommt, um dort eine Ballettschule zu besuchen. Doch er wird zum Militärdienst eingezogen. Im Contra-Krieg wird er verletzt und kann nie wieder tanzen. Kulturproduktion in einer Kriegssituation ist keine Selbstverständlichkeit, ein Leitmotiv des Films.

Egal wie das Kino der lateinamerikanischen Film-Autoren genannt wird: „cine de la liberación“, „tercer cine“, „cine nuevo“ oder „subcine“, es ist ein Kino der Identitätssuche, ein Kino der Bewußtseinsbildung, ein Kino, das die Errungenschaften der Avantgarde zu nützen weiß. Aber es ist noch ein unterdrücktes Kino, das sich auf einem Markt behaupten muß, der über 50 % in Händen der US-Verleiher liegt.

Eurozentristische Betrachtungsweisen entspringen oft der Mißachtung der Distribu-

tionsbedingungen, die für die Cineasten Lateinamerikas noch schlechter sind als die Bedingungen der Produktion. „Tiempo de victoria“ (Zeit zu siegen), die jüngste Produktion von Radio Venceremos in den Bergen El Salvadors, gibt den Leitsatz für die Zukunft des lateinamerikanischen Films.

Der Beginn der Hoffnungen liegt in Kuba selbst: Der Sitz der „Stiftung neues lateinamerikanisches Kino“ und die „Schule der Drei Welten“, beide erfunden von Gabriel García Márquez.

Anmerkungen

- 1) Peter B. Schumann, Die Erfahrung der Geschichte. Thesen zum lateinamerikanischen Film, in: epd Film, Nr. 4/1988
- 2) Fidel Castro, Discurso de Clausura del Séptimo Festival Internacional del nuevo cine latinoamericano, in: Hojas de cine, Puebla (Mexico) 1986
- 3) Julio García Espinosa, Für einen nicht perfekten Film (1969), in: Cine Cubano, CON 1980
- 4) Octavio Getino, Cine Latinoamericano: Economía y nuevas tecnologías audiovisuales, Havana-Merida 1987
- 5) Helmut Groschup/Renate Wurm, Interview mit Fernando Birri in Venedig 1988
- 6) Fernando Birri ist Direktor der 1986 in San Antonio de los Baños gegründeten Internationalen Schule für Kino und Fernsehen (EICTV), genannt „Schule der Drei Welten“. Einzige Darstellung in deutscher Sprache: Fernando Birri, Materialien und Dokumente, herausgegeben von den Westdeutschen Kurzfilmtagen 1987
- 7) Rainer Braun, Birri: Lateinamerikanisches Kino blüht wie nie zuvor, in: Die Wahrheit, West-Berlin, 8.11.1988 (Interview)
- 8) Andrea Klein und Ekko von Schwichow, Kino der Eidechsen, in: taz, West-Berlin, 19.1.1989
- 9) Helmut Groschup/Renate Wurm, a.a.O.
- 10) Rolando Perez Betancourt, Un señor muy viejo... Granma, Havana, 5.12.1988

Die Schachtel die es in sich hat

das einzigartige
Antirepressivum

MEDICO MENTAL

hochwirksam
überzeugend
natürlich

medico-mental ist ein Medikament, das sich nicht einfach schlucken läßt. Die Schachtel enthält 10 hochdosierte Informationskarten: zur Aufklärung über Gesundheit, Medizin und überflüssige Geschäfte mit falscher Medizin in der Dritten Welt.

Comp.: Tips und Wissenswertes über Vitamine, Durchfallerkrankungen, Atemwegserkrankungen, Hunger und Hilfe, Pestizide, Bevölkerungswachstum, Verschuldung, Basismedikamente.

Indikation: Armut, Mangelernährung, Ungerechtigkeit, Fehlende Hygiene, Arbeitslosigkeit, Umwelterstörung, Medikamentenmißbrauch.

Bezug über medico:
Preis 3,- DM/im 5er-Pack 10,- DM
medico international, Obermainanlage 7,
6000 Frankfurt 1, Telefon (069) 499 00 41.



INFOS ZUR SOLIDARITÄT

Mittelamerika

Bundestreffen der Komitees zieht Bilanz zu Nicaragua und El Salvador

Vom 3. bis 5. Februar d.J. trafen sich etwa 200 VertreterInnen von Mittelamerika-Solidaritätsgruppen zu ihrem Bundestreffen in Frankfurt. Im Mittelpunkt der Debatten stand eine Bilanz der Entwicklung in Nicaragua und der Solidaritätsbewegung. Weiterer Schwerpunkt waren die jüngsten Ereignisse in El Salvador (siehe Beitrag in diesem Heft).

Während der neue Verhandlungsvorschlag der FMLN, die politische und materielle Solidarität mit ihr und ein Abbruch der Bonner Entwicklungshilfe für El Salvador einmütig unterstützt wurden, kam es zu Kontroversen über die Entwicklung in Nicaragua. Auf der einen Seite wurde von einer „eher pessimistischen Einschätzung der Entwicklung der nicaraguanischen Revolution“ ausgegangen und die antiimperialistische Ausrichtung der Revolution z.T. in Zweifel gezogen. Die andere Seite verwies auf die ungünstigen Rahmenbedingungen im Lande und weltweit (niedriges Niveau der Produktivkräfte, Zwänge des Weltmarktes, Aggression des Imperialismus). Diese würden dazu führen, daß sowohl in Nicaragua als auch in anderen revolutionären Staaten der Dritten Welt längerfristig Übergangsgesellschaften bestehen werden, in denen die Bourgeoisie an der Macht beteiligt bleibe und ständig um die Entwicklungsrichtung gerungen werde.

Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Revolution wird vom 17. bis 19. Juni d.J. in Wuppertal ein Kongreß der Mittelamerikagruppen stattfinden, der sich mit der Entwicklung und den Perspektiven der Revolution auseinandersetzen und deren Erfahrungen verallgemeinern will. Unterstützt wird außerdem ein großes Solidaritätsfest am 1. Juli in der Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg, zu dessen Vorbereitung die nicaraguanische Botschaft alle Strömungen der Solidaritätsbewegung eingeladen hat.

Bereits am 15.12.1988 hat in Frankfurt ein Treffen von VertreterInnen der Solidaritätsbewegung, von Hilfsorganisationen und dem nicaraguanischen Botschafter stattgefunden, bei dem die Katastrophenhilfe für das am 20.10.1988 von einem Hurrikan verwüstete Land analysiert wurde.

Dabei wurde festgestellt, daß bisher 3 Mio DM zusammengekommen sind, die zu je einem Drittel von der Solidaritätsbewegung und nichtstaatlichen Organisationen, den kirchlichen Hilfswerken und staatlichen Organen stammen. Die Versammelten kritisierten, daß die Bundesregierung aus politischen Gründen nur geringe Hilfe leiste und forderten die sofortige Erhöhung der Leistungen.

Buchtipp

Südafrika: Alltag und Sanktionen

Zwei Bücher, die Ende letzten Jahres erschienen, sind jeweils auf andere Art nützliche Hilfsmittel für die Solidarität:



Carolin Schüten, Schwarzer Alltag in Südafrika, Greno-Verlag, Nördlingen 1988, 207 S., 20,- DM

eignet sich, die Lebensbedingungen im Apartheidstaat zu veranschaulichen. Mehr als 100 Fotos zeigen das Leben jener, die auf der Schattenseite Südafrikas leben, die Apartheid erleiden und gegen dieses brutale System Widerstand leisten. Frank Kürschner-Pelkmann, Sanktionen gegen die Apartheid, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/M. 1988, 184 S., 18,- DM

ist eine Studie über den Stand der Sanktionsdiskussion innerhalb Südafrikas, in der internationalen und insbesondere bundesdeutschen Öffentlichkeit sowie über die Auswirkungen von Sanktionen. F. Kürschner-Pelkmann nennt alle Argumente des Für und Wider von Sanktionen, die er anhand der politischen Entwicklung der letzten Jahre überprüft. Seine Schlussfolgerung lautet, Sanktionen müssen Teil eines politischen Gesamtkonzepts zur Beendigung der Apartheid sein, dann sind sie ein wirkungsvolles Mittel, den Befreiungskampf in Südafrika zu unterstützen.

Medien

Video zu El Salvador

Die jüngere Geschichte El Salvadors und des Befreiungskampfes ist Thema der neuesten Videoproduktion von Sistema Radio Venceremos,

Termine

17.-19. März:
Seminar „Revolutionen im Würgegriff des Marktes in Bonn-Bad Godesberg. Nähere Informationen: BUKO, Nernstweg, 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40/39 31 56

1. April:
Seminar „Subsistenz als Alternative? Frauen in der Dritten Welt“ in Frankfurt. Veranstalter von DRITTE WELT und IMSF. Anmeldung: IMSF, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 0 69/72 49 14

3.-8. April:
Seminar „Drei Welten oder eine? Eine Einführung in Entwicklungspolitische Zusammenhänge“ in Vlotho. Nähere Informationen: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 0 57 33/68 00 und 29 77

7.-9. April:
Seminar „Für die Dritte Welt noch nicht genug. Das Geschäft der Pharma-Multis mit dem Export“ in Bonn-Bad Godesberg. Nähere Informationen: BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel. 05 21/6 05 50

der offiziellen Stimme der FMLN.

Tiempo de Victoria (Zeit des Sieges), Oktober 1988, 68 min., VHS

handelt im ersten Teil von den Ursachen des Krieges, schildert die US-Aufstandsbekämpfungsstrategie, den Völkermord Anfang der 80er Jahre und den Aufbau und die Aktivitäten der Guerilla. Der zweite Teil befaßt sich mit der heutigen Lage, die von den Kommandanten erläutert wird. Aufnahmen zeigen die Wiederbelebung der Volksbewegung, die Rückkehr der FDR-Führer, die Dialogrunde im Oktober 1987 und die aktuellen Ereignisse bis September 1988.

Insgesamt also ist dies ein Film, der sich für Einführungsveranstaltungen zu El Salvador hervorragend eignet. Das Video und auch Broschüren und Bücher zu El Salvador können bezogen werden bei: Sistema Radio Venceremos, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60, Tel. 02 21/76 58 52.

Workcamps-Alternative zum Massentourismus

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen und antifaschistischen Initiativen. Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen. Unterkunft und Verpflegung frei. Mindestalter für TeilnehmerInnen: 16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).

Sommerprogramm 1989 mit über 500 Workcamps in 40 Ländern erscheint im April. Gegen 2DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 21 20 86-7

TeamerInnen für internationale Workcamps gesucht

Für politisch interessierte junge Menschen, die an internationaler Jugendarbeit interessiert sind:

Für unsere 2-3-wöchigen internationalen Sommerworkcamps 1989 in der Bundesrepublik werden TeamerInnen gesucht. Workcamps finden statt in den Bereichen: Ökologie, Antifaschismus und Frieden, Solidaritätsarbeit, Frauenarbeit, Soziale Initiativen / Selbsthilfegruppen.

TeamerInnen werden in einem Ausbildungsseminar auf ihre Tätigkeit vorbereitet und erhalten 200 DM Honorar. Mitarbeit kann als 10-wöchiges Praktikum bescheinigt werden!

Interessierte können sofort weitere Informationen anfordern bei service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 21 20 86-7

KURZINFORMATIONEN

Jamaika

Michael Manley gelingt Rückkehr an die Macht

Bei den Parlamentswahlen vom 9. Februar d.J. konnte die sozialdemokratische Nationale Volkspartei (PNP) Michael Manleys einen überzeugenden Sieg über die rechte Arbeiterpartei Jamaikas (JLP) des Premierministers Edward Seaga erringen. Mit 46 Sitzen für seine Partei gegenüber 14 für die JLP wird Manley das Amt des Premierministers übernehmen, das er bereits von 1972 bis 1980 innehatte.

Damals hatte die PNP eine Reihe tiefgreifender Sozialreformen durchgeführt, den Bauxitkonzernen, die das wichtigste Exportgut des Landes erzeugen, Beschränkungen auferlegt und enge Beziehungen zu Kuba unterhalten. Der Verfall der Bauxitpreise zwang die Regierung damals, sich auf die Sparforderungen des IWF einzulassen. Gefördert durch eine Destabilisierungskampagne des CIA, führte die wachsende Unzufriedenheit schließlich zum Wahlsieg von Seaga 1980.



Wahlsieger M. Manley

Er brach die Beziehungen zu Kuba ab, machte sein Land zu einem engen Verbündeten der USA und unterstützte die Grenada-Invasion 1983. Wirtschaftspolitisch unterwarf sich die Regierung den Liberalisierungsforderungen des IWF, förderte ausländische Investitionen und strich die Sozialausgaben radikal zusammen. Trotz umfangreicher Wirtschaftshilfe der USA und Krediten von IWF und Banken ist heute die Lage der Mehrheit der Bevölkerung schlechter als 1980. 25 % sind arbeitslos und die Reallohne sinken. Die Auslandsverschuldung beläuft sich auf 3,9 Mrd \$ und ist damit eine der höchsten pro Einwohner weltweit.

Ob es der PNP, die ihre linke Politik in den 70er Jahren als fehlerhaft einschätzte, unter den gegebenen Bedingungen gelingen wird, die Hoffnungen der Armen, die diese in sie gesetzt haben, zu erfüllen, ist zweifelhaft. Obwohl Manley erklärt hat, er wolle das Gesundheits- und Bildungswesen wieder aufbauen, scheinen wesentliche Veränderungen in der Wirtschaftspolitik nicht beabsichtigt. Er kündigte an, beste Beziehungen zu den USA, Großbritannien und Kanada suchen sowie den Tourismus und die Investitionen fördern zu wollen.

Aufgrund der Rechtsentwicklung der PNP, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, kann sich die Regierung heute der Unterstützung der USA sicher sein. Auf die Frage, wie die USA auf die von Manley angekündigte Wiederaufnahme der

Beziehungen zu Kuba reagieren würde, erklärte Timothy Ashby, ein enger Mitarbeiter von Präsident Bush: „Großbritannien war unter den engsten Verbündeten der USA, obwohl es Beziehungen zu Kuba unterhielt.“

West Sahara

Aufnahme des direkten Dialogs POLISARIO – Marokko

Am 4./5. Januar d.J. empfing der marokkanische König Hassan II. in Marrakesch eine hochrangige Delegation der westsaharischen Befreiungsfront POLISARIO. Ihr gehörten der Exekutivkomitee-Verantwortliche für Außenpolitik, Bachir Mustafa Sayed, und Mahfoud Ali Beiba, Ministerpräsident der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, an. Der Gesprächsverlauf wurde von beiden Seiten als konstruktiv gewertet. Der UN-Sonderbeauftragte Hector Gross Espiell zeigte sich nach einer Visite durch die okkupierte Westsahara und die Nachbarstaaten am 15. Januar „ermutigt“ vom beiderseitigen Willen zum Frieden.

Noch Mitte Dezember 1988 war eine von der UNO vermittelte neuerliche Runde „indirekter Verhandlungen“ zwischen Marokko und der Frente POLISARIO ergebnislos verlaufen. Damit war, nachdem diese und der UN-Sicherheitsrat ihre prinzipielle Zustimmung zum Friedensplan von UN-Generalsekretär J. Pérez de Cuellar vom September 1988 (siehe DRITTE WELT 11/1988) gegeben hatten, nichts mehr vorangegangen.

Mit der offiziellen Begegnung von Marrakesch brach Hassan II. nun mit zwei Tabus seiner Westsaharapolitik. Erstmals erkannte er die POLISARIO als Konflikt- und Verhandlungspartei an. Außerdem kam er damit deren Forderung nach, zum offiziellen und direkten Dialog beider Seiten überzugehen. Obenan stehen dabei die Vereinbarung eines Waffenstillstands und die Durchführung eines Referendums unter UN-Regie. Strittigste Punkte sind die Wahlbeteiligung der sahrauischen Flüchtlinge und der Abzug der marokkanischen Besatzungstruppen.

Am 28. Januar d.J. verkündete die POLISARIO für den Februar einen einseitigen Waffenstillstand, um ihren Dialogwillen zu unterstreichen, und zum Erfolg des Maghreb Gipfels vom 15. Februar beizutragen.

Uruguay

Das Referendum gegen das Amnestiegesetz findet statt

Noch in diesem Frühjahr wird in Uruguay ein Referendum über das Ende 1986 vom Parlament beschlossene Gesetz stattfinden, das alle Verbrechen von Armee und Polizei unter der Diktatur (1973 bis 1985) amnestiert hat. Um das Gesetz zu Fall zu bringen, hatten die Linksparteien, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisatio-

nen 1987 eine Unterschriftenkampagne durchgeführt.

Gegen den Widerstand und die Drohungen von Regierungen und Armee gelang es bis Dezember 1987, 634 700 Unterschriften zu sammeln – weit mehr als das erforderliche Quorum von 25 %. Um das Referendum zu verhindern, blieb der Regierung nur noch der Weg über das Wahlgericht, das die Echtheit der Unterschriften zu überprüfen hatte.

Dieses erkannte nur 532 718 bei 555 701 erforderlichen an. 70 000 Unterschriften wurden für ungültig erklärt, darunter die des Präsidentschaftskandidaten des Linksbündnisses Breite Front (FA) und einer der Anführer der Kampagne, Liber Seregni. Weitere 36 819 erhielten den Status „zweifelhafte“. Diesen UnterzeichnerInnen wurde in der kurzen Zeit vom 17. bis 19.12.1988 Gelegenheit gegeben, ihre Unterschrift zu bestätigen.

Tausende von HelferInnen der Kampagne zogen daraufhin von Haus zu Haus, um die Betroffenen zu informieren und sie aufzufordern, in den Wahllokalen erneut zu unterschreiben. Sie wurden dabei vielfach behindert. Geschäftsleute ließen ihre Angestellten zum Unterschreiben nicht weggehen. RentnerInnen wurde mit dem Entzug des Weihnachtsgeldes gedroht und UruguayerInnen, die in Buenos Aires wohnen, die Einreise ins Land verwehrt.

Dennoch gelang es, das Quorum um gerade 216 Unterschriften zu übertreffen. Tausende feierten daraufhin am 19. Dezember bis in den Morgen hinein das Ergebnis.

Der Erfolg der Kampagne bedeutet eine schwere Niederlage für die Regierung von Julio María Sanguinetti, seine Colorado-Partei und die Blanco-Partei, die ebenfalls mehrheitlich dem Gesetz zugestimmt hatte. Sie sprachen sich auch jetzt für die Beibehaltung des Gesetzes aus.

Mathilde Rodriguez, die Präsidentin der Kommission für das Referendum, erklärte, daß „morgen der Kampf erneut beginnt“, damit das „Nein“ gegen das Gesetz beim Referendum siegt.

Süd asien

Entspannungszeichen zwischen Indien und Pakistan/China

Hoffnungen auf einen regionalen Konfliktabbau nährten zum Jahresende 1988 das vierte südasiatische Gipfeltreffen in Islamabad wie Visiten des indischen Premierministers Rajiv Gandhi in China und Pakistan. Gandhis Beijing-Besuch endete mit der Einigung auf einen neuen Mechanismus, mit dessen Hilfe die seit 1959 schwelenden Grenzstreitigkeiten (Krieg 1962!) überwunden werden sollen. Seine Reise nach Pakistan fand im Zusammenhang mit dem Gipfel der Südasiatischen Vereinigung für Regionale Zusammenarbeit (SAARC; gegr. 1983) Ende Dezember 1988 in Islamabad statt. Es war der erste offizielle Staatsbesuch eines indischen Premiers im Land des „Erzfeindes“ seit 28 Jahren.

Gandhis Gespräche mit der neuen pakistanischen Premierministerin Benazir Bhutto endeten mit Vereinbarungen zum Kulturaustausch, zur Be-

steuerung und zur Sicherheit. Mit dem beiderseitigen Verzicht darauf, die atomaren Anlagen des jeweils anderen Landes anzugreifen, gelang erstmals ein Schritt zur militärischen Entspannung.

Auf dem SAARC-Gipfel einigten sich die Regierungen der Mitgliedstaaten Indien, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesh, Nepal, Bhutan und Malediven auf ein Programm zur Drogenbekämpfung. Außerdem wurde eine Expertengruppe berufen, die ein Konzept für die Erweiterung der Wirtschaftskooperation erarbeiten soll. Der intraregionale Handel macht derzeit nur 5 % des Außenhandelsvolumens der SAARC-Länder aus, gegenüber noch rund 50 % in den 50er Jahren. Der Gipfel sprach sich ferner für die Vertiefung der globalen und regionalen Entspannungsschritte aus.



Indiens Staatschef Gandhi traf in China mit Deng Xiaoping zusammen

Kamputschea

Neue Anstöße für eine politische Lösung

Im Vorfeld der zweiten Runde regionaler Gespräche über Kamputschea, die für den 19. bis 21. Februar d.J. in Djakarta (Indonesien) anberaumt wurde, häuften sich die Initiativen zur Anbahnung einer politischen Verhandlungslösung.

Den Auftakt machte am 6. Januar Hanoi, als es seine Bereitschaft erklärte, die noch verbliebenen 50 000 vietnamesischen Truppen komplett bis spätestens September 1989 aus Kamputschea abzuziehen, sofern eine politische Regelung gefunden würde. Mitte Januar einigten sich die Außenminister Vietnams und Thailands darauf, „zur Beschleunigung des Prozesses in Richtung einer politischen Lösung zusammenzuarbeiten“.

Am 25./26. Januar empfing Thailands Ministerpräsident Chatichai Choonhavan in Bangkok seinen kamputscheanischen Amtskollegen Hun Sen, womit erstmals die seit neun Jahren von der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) angewandte Isolierung Phnom Penhs durchbrochen würde. Hun Sen sagte zu, die – freiwillige – Rückführung der rund 300 000 an der thailändischen Grenze kampierenden kamputscheanischen Flüchtlinge und gemeinsame Wirtschaftsprojekte zu befürworten. Für Phnom Penh wiegt die Aufwertung Thailands im Verhandlungsgeschehen schwer, vermag es doch die Versorgung der kamputscheanischen Rebellen zu stoppen.

Zeitgleich kamen bei ersten Gesprächen auf hoher Ebene seit 1979 China und Vietnam überein, daß als Gegenleistung für den vollständigen vietnamesischen Truppenabzug bis September d.J. die chinesische Regierung ihre Militärhilfe für die kamputscheanische Gegenkoalition, speziell die Roten Khmer, einstellen werde. Die Prozedur solle

von einem internationalen Gremium überwacht werden. Zunächst müsse allerdings eine politische Formel für eine nationale Aussöhnung der kamputscheanischen Konfliktparteien gefunden werden.

In einer gemeinsamen Erklärung vom 5. Februar d.J. schlugen sodann China und die Sowjetunion die Vereinten Nationen als geeigneten internationalen Kontrollmechanismus vor, wobei sie bereit wären, die Rolle von Garantmächten zu übernehmen. Sie plädierten dafür, daß alle Beteiligten ihre Militärhilfe für beide kamputscheanische Seiten „allmählich reduzieren und schließlich völlig einstellen müssen“. Außerdem wollen Beijing und Moskau die Ergebnisse künftiger freier Wahlen in Kamputschea respektieren. Die Hauptdifferenz beider Seiten liegt in der Form der Übergangsregierung in Phnom Penh nach dem vietnamesischen Abzug.

Weltwirtschaft

Keine Lösung der Schuldenkrise in Sicht

Nach einem jährlichen Bericht der Weltbank, der Ende Dezember 1988 veröffentlicht wurde, sind die Schulden der Entwicklungsländer im letzten Jahr um weitere 40 Mrd \$ auf 1320 Mrd \$ angestiegen. Der Schuldendienst lag um 43 Mrd \$ höher als die neu zugesagten Kredite.

Nach einer Studie des Münchener IFO-Instituts soll die Verschuldung der Länder der Dritten Welt gar 1600 Mrd \$ betragen, da einige Kreditarten in den Statistiken der Weltbank nicht vollständig berücksichtigt werden.

Lateinamerika konnte seine Auslandsverschuldung erstmals um 9 Mrd \$ auf 401 Mrd \$ verringern, um den Preis eines auf 0,7 % gesunkenen Wirtschaftswachstums. In Afrika stieg die Verschuldung von 218 auf 230 Mrd \$. Das Wirtschaftswachstum erhöhte sich zwar um 2,5 %, blieb aber noch immer unter dem Bevölkerungswachstum.

Der neue US-Präsident Bush hat am 19.12.1988 angekündigt, die Verschuldungsfrage „völlig neu zu überdenken“. Grund hierfür sind vor allem die politischen Risiken, die sich beim Andauern der jetzigen Situation in Lateinamerika ergeben könnten. In den meisten Ländern stehen in diesem Jahr Wahlen an, bei denen sich, nicht zuletzt aufgrund der vom IWF aufgezwungenen Verelendungspolitik, Parteien durchsetzen könnten, die wesentlich radikalere Positionen in der Schuldenfrage vertreten.

Der 1985 verkündete Baker-Plan, der für die 15 höchstverschuldeten Länder neue Kredite vorsah, sofern sie ihre Wirtschaft weiter liberalisieren, ist offensichtlich gescheitert. Denn die Kreditvergabe ist weiterhin gering. Die USA wollen aber an diesen Prinzipien festhalten. Auch weiterhin soll es nur Verhandlungen mit einzelnen Staaten und keine Schuldenstreichungen geben. Neu überlegt werden soll offensichtlich nur, wie es gelingen könnte, die Privatbanken zu einer stärkeren Kreditvergabe anzuregen. Öffentliche Mittel sollen für diesen Zweck allerdings nicht aufgewendet werden.

Auch Bundesfinanzminister Stoltenberg hat sich für „neue Elemente“ zur Lösung der Krise ausgesprochen, da der soziale Druck wirtschaftliche Anpassungen verhindere. Doch ebenso wie in Washington sind darunter nicht Schuldenerleichterungen zu verstehen, sondern die Forderung an die Schuldnerländer, ihre Politik zu verändern, damit mehr private Mittel fließen und die Kapitalflucht

eingeschränkt wird.

Bei einem Treffen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Gruppe der 7 (größte imperialistische Staaten) Anfang Februar d.J. in Washington konnte jedoch keine Einigung über die Schuldenstrategie erzielt werden, da vor allem Japan und Frankreich sich gegen die uneingeschränkte Beibehaltung des Baker-Plans wandten.

Bei der Amtseinführung des neuen venezolanischen Präsidenten Carlos Andrez Peres haben sich am 5. Februar d.J. fünf Staatspräsidenten und zwei Außenminister der Gruppe der acht, der die wichtigsten lateinamerikanischen Schuldnerstaaten angehören – Panama ist suspendiert – darauf geeinigt, nach gemeinsamen Wegen zu suchen, um die Verschuldung zu verringern. Bereits im November 1988 hatten ihre Finanzminister vereinbart, der Gruppe der 7 einen gemeinsamen Plan zu unterbreiten.

Teil dieses Plans könnte der am 28. Januar d.J. von Perez unterbreitete Vorschlag sein, ein multilaterales Gremium unter Einschluss von IWF und Weltbank zu gründen, das alle Schulden von den Banken auf dem Sekundärmarkt zu einem Abschlag von etwa 50 % aufkauft. Dadurch könnten die Zinsen erheblich verringert und die Laufzeit der Kredite verlängert werden.

Ökologie

Internationale Giftmüllkonferenz gescheitert

Am 28./29. Januar d.J. scheiterte eine Konferenz von Vertretern europäischer und afrikanischer Staaten in der senegalesischen Hauptstadt Dakar, von der eine Einigung darüber erwartet worden war, wie mit europäischen Gift- und Sondermülltransporten verfahren werden soll.

Die afrikanischen Staaten weigerten sich, Regeln für den Export und Import zu akzeptieren und beriefen sich dabei auf die OAU-Resolution der Organisation für Afrikanische Einheit vom Mai 1988, die den „Gift-Tourismus“ und die teilweise illegale Ablagerung von „Kolonialisten-Dreck“ verurteilt hatte. Sie erklärten, das Abladen von Giftmüll sei ein Verbrechen gegen den Kontinent und seine Bewohner.

Für europäische und bundesdeutsche Firmen ist die Entsorgung ihres Mülls in Ländern der Dritten Welt ein billiges Unterfangen. Da die Entsorgung in bundesdeutschen Anlagen bis zu 4000 DM/t kostet, die Ablagerung in Benin z.B. aber nur 4,5 \$, wandern 1,5 Mio t aus der BRD über Antwerpen/Belgien ins Ausland. Weltweit beläuft sich die Müllmenge, die auf die Reise geht, auf 20 Mio t.

Nun soll auf der nächsten Konferenz über die Giftmüllproblematik im März d.J. in Basel weiterverhandelt werden.

Seminar
Subsistenz als Alternative?
Frauen in der Dritten Welt
Veranstalter: DRITTE WELT und IMSF
Ort: Frankfurt
Zeit: 1. April 1989
Nähere Informationen: IMSF, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 0 69/72 49 14

PAHL-RUG.GOTTESW.54 5000KOELN
G 7426 E 504802 403 *****
HERRN
JUERGEN OTTE
SCHARNHORSTSTR. 77
4600 DORTMUND 1

henken

... an alle, die uns eine/n neue/n Abonnenten/in nennen oder die DRITTE WELT verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup
Zeitbombe Südamerika
Ein Kontinent zwischen
Diktatur und Demokratie
Pahl-Rugenstein
272 Seiten, 14,80 DM

Rainer Werning (Hg.)
Das Projekt Befreiung
Widerstand auf den Philippinen
José Maria Sison berichtet
Pahl-Rugenstein
258 Seiten, 16,80 DM

Joachim Becker
**Angola, Mosambik
und Zimbabwe**
Im Visier Südafrikas
Pahl-Rugenstein
339 Seiten, 19,80 DM